

# DEUTSCHE POLIZEI

JUNI 2013 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



## ***Geht den Rockern die Luft aus? Versuch einer Bilanz***

### IN DIESER AUSGABE:

**GDP-FACHTAGUNG FÖDERALISMUS:**  
Bundesweit einheitlich bezahlte  
Polizei gefordert

**MAI-EINSÄTZE:**  
Friedlicher im Frühling

### RAUSCHGIFT:

Kampf gegen Drogenkriminalität  
grenzüberschreitend führen

### VERKEHRSGERICHTSTAG 2013:

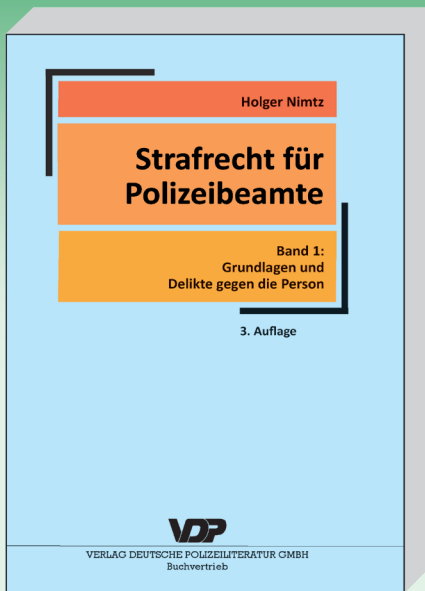
Experten kritisieren Punkte-Reform und  
empfehlen zeitgemäße Fahrausbildung

### IPOMEX:

Technik von morgen, heute erleben

**Oliver Malchow ist neuer  
GdP-Bundesvorsitzender**

# Für das Studium



## Der Autor:

Dr. Holger Nimtz ist Dozent für Straf-/Strafprozessrecht und Eingriffsrecht im Fachbereich Polizei an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, dort u. a. zuständiger Landesfachkoordinator für Strafrecht.

## Strafrecht für Polizeibeamte

### Band 1: Grundlagen und Delikte gegen die Person

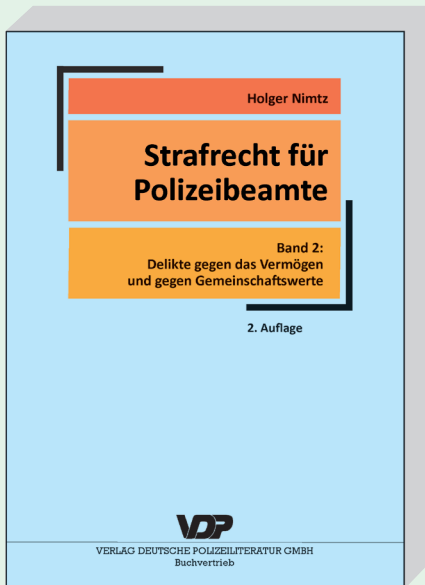
Von **Holger Nimtz**.

3., überarb. Auflage 2012, 260 Seiten,  
16,5 x 24 cm, Broschur,  
19,90 € [D],  
ISBN 978-3-8011-0672-0

Diese übersichtliche und gut lesbare Darstellung ermöglicht eine schnelle Einarbeitung in den Lehrstoff und eine effektive Prüfungsvorbereitung. Sie erfüllt alle Anforderungen an ein Lehrbuch für die polizeiliche Ausbildung und das polizeiwissenschaftliche Studium in Diplom- und Bachelorstudiengängen:

- Prüfungsschemata und Erläuterungen
- Definitionen
- Beispielfälle
- Übersichten
- Vertiefungshinweise für Selbststudium, Bachelor- und Thesarbeiten
- Leitentscheidungen der Gerichte
- Hinweise zu Übungsfällen
- Lernhilfen

Neben einer Themeneinführung beinhaltet der Band 1 die Straftat und Delikte gegen Personen.



## Der Autor:

Dr. Holger Nimtz ist Dozent für Straf-/Strafprozessrecht und Eingriffsrecht im Fachbereich Polizei an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, dort u. a. zuständiger Landesfachkoordinator für Strafrecht.

## Strafrecht für Polizeibeamte

### Band 2:

### Delikte gegen das Vermögen und gegen Gemeinschaftswerte

Von **Holger Nimtz**.

2., überarb. Auflage 2012, 307 Seiten,  
16,5 x 24 cm, Broschur,  
19,90 € [D],  
ISBN 978-3-8011-0669-0

Der Band 2 dieser Darstellung behandelt Delikte gegen das Vermögen sowie Delikte gegen Gemeinschaftswerte. Auch hier bereitet der Autor die komplexe Rechtsmaterie konsequent nach polizeilichen Bedürfnissen auf.

Den Erläuterungen der Straftatbestände sind jeweils schematische Darstellungen nebst Definitionen vorangestellt. Dies gewährleistet einen schnellen Überblick für die polizeiliche Praxis und die Prüfungsvorbereitung. Ausgangspunkt der Darstellung ist der Standpunkt der Rechtsprechung. Wesentliche rechtswissenschaftliche Streitstände werden dargestellt. Zahlreiche Vertiefungshinweise erleichtern das Selbststudium und dienen auch der wissenschaftlichen Durchdringung des Stoffes.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb**

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: [vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de](mailto:vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de) • [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)



Viele Polizisten in Deutschland reagieren frustriert, wenn es um das Thema Föderalismusreform I geht. Sechseinhalb Jahre nach Inkrafttreten der damaligen politischen Weichenstellungen steht fest, eine bundesweit einheitlich ausgebildete, aus-gestattete und bezahlte Polizei ist mit diesem Gesetz in weite Ferne gerückt ... **Seite 12**

**Rauschgift**



Die erneut drastisch gestiegene Menge sichergestellter Crystal Meth und eine erneut größere Zahl von Erstkonsumenten verdeutlichen nach Auffassung der GdP, dass hoch kriminelle Hersteller und Schmuggler die gelockerten Grenzkontrollen in Europa ausnutzen, um ihre Märkte mit Drogen zu überschwemmen. **Seite 21**

**Verkehrsgerichtstag 2013**



Mit der von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer geplanten Reform des Flensburger Punkte-systems beschäftigte sich der Deutsche Verkehrsgerichtstages Ende Januar 2013 und sparte nicht mit Kritik am Gesetzentwurf. Neben der „Katalog-Erneue-rung“ erörterte der Expertenkreis u. a. Wege zu einer verbesserten Verkehrssicherheit. **Seite 25**

<b>GDP INTERN</b> Oliver Malchow zum neuen GdP-Bundesvorsitzenden gewählt	<b>2</b>
<b>FORUM</b>	<b>3/37/38</b>
<b>TITEL/KRIMINALITÄT</b> Geht den Rockern die Luft aus? Versuch einer Bilanz	<b>4</b>
<b>INTERVIEW</b> Strafverfolgung ist auch eine Art der Prävention	<b>10</b>
<b>GDP-FACHTAGUNG FÖDERALISMUS</b> Bundesweit einheitlich bezahlte Polizei gefordert	<b>12</b>
Es war einmal ... Diskussionsbeitrag von Kevin Komolka aus Niedersachsen zur Nachwuchsgewinnung	<b>14</b>
<b>MAI-EINSÄTZE</b> Friedlicher im Frühling	<b>17</b>
<b>PREISE</b> Preis der Deutschen Hochschule der Polizei 2013	<b>20</b>
<b>SNIFFER DOGS</b> Symposium taucht ein in die Welt der Hundenasen	<b>20</b>
<b>RAUSCHGIFT</b> Kampf gegen Drogenkriminalität grenzüberschreitend führen	<b>21</b>
<b>VERKEHRSGERICHTSTAG 2013</b> Experten kritisieren Punkte-Reform und empfehlen zeitgemäße Fahrausbildung	<b>25</b>
<b>IPOMEX</b> Technik von morgen, heute erleben	<b>31</b>
<b>POLIZEIHOCHSCHULE</b> Weiterer erfolgreicher Schritt in der Ausgestaltung der DHPol zu einer allgemein anerkannten Hochschule	<b>33</b>
<b>WASSERSCHUTZ</b> Nordverbund verabschiedet Positionspapier „Sicherheit an deutschen Küsten“	<b>35</b>
<b>SENIOREN</b>	<b>39</b>
<b>BÜCHER/IMPRESSUM</b>	<b>40</b>



## Oliver Malchow zum neuen GdP-Bundesvorsitzenden gewählt

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat einen neuen Bundesvorsitzenden: der 49-jährige Oliver Malchow aus Schleswig-Holstein ist am 13. Mai in Berlin mit großer Mehrheit vom

Die Delegierten des 24. Ordentlichen GdP-Bundeskongresses hatten den Ostholsteiner zunächst in das Amt des Bundesschriftführers gewählt, im Januar dieses Jahres war er im Rahmen von

der schleswig-holsteinischen GdP-Mitglieder wirkungsvoll vertreten und dabei nie die übergeordneten Notwendigkeiten für die innere Sicherheit aus dem Blick verloren. Der Landesvorsitzende und Leiter des Gesprächskreises Innenpolitik des SPD-Parteivorstands, Ralf Stegner, wünschte ihm alles erdenklich Gute und viel Erfolg. Es sei wichtig und erforderlich, dass die Polizistinnen und Polizisten eine starke Interessensvertretung haben, betonte Stegner. Der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Wolfgang Kubicki, beglückwünschte die Gewerkschaft der Polizei zu dieser „hervorragenden Wahl“. Die polizeipolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Astrid Damerow, hob die Einsatzfreude und Sachkompetenz des neugewählten Bundesvorsitzenden hervor, die ihn weit über Schleswig-Holstein hinaus bekannt gemacht habe. Malchow habe in Schleswig-Holstein über viele Jahre bewiesen, dass er diese verantwortungsvolle Aufgabe ausfüllen könne.



**Aus der Hand seines Vorgängers Bernhard Witthaut erhält der neue Bundesvorsitzende Oliver Malchow den Schlüssel zu seiner Bundesgeschäftsstelle.**

Gewerkschaftsbeirat, dem höchsten Gremium der GdP zwischen den Kongressen, gewählt worden. Er nahm die Wahl an und dankte den Delegierten für das ihm entgegengebrachte Vertrauen.

Für den Nachfolger des bisherigen Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut mussten laut GdP-Satzung zwei Drittel der 82 anwesenden Delegierten stimmen. Die Wahl war notwendig geworden, nachdem Witthaut im April zum Osnabrücker Polizeipräsidenten berufen wurde und demzufolge sein Amt an der Spitze der GdP niedergelegt hatte.

Kriminaloberrat Malchow ist seit November 2010 Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes.

Nachbesetzungen des Geschäftsführenden Bundesvorstandes zum Ersten Stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden aufgerückt. Der Leiter der Kriminalpolizeistelle Kiel ist seit Mai 1985 Mitglied der GdP und hat seit 1997 den Vorsitz des GdP-Landesbezirks Schleswig-Holstein inne.

SPD-Chef Sigmar Gabriel gratulierte Malchow sehr herzlich zur Wahl zum Bundesvorsitzenden „der größten und einflussreichsten Gewerkschaft für Polizistinnen und Polizisten in Deutschland“.

Auch Spitzenpolitiker seines Bundeslandes beglückwünschten Malchow. Der Kieler Innenminister Andreas Breitner sagte, Malchow kenne alle Facetten der Polizeiarbeit. Er habe die Interessen



**Fotos: GdP/Immel**

Für den aus dem Geschäftsführenden Bundesvorstand ausgeschiedenen Witthaut rückte der 51-jährige Polizeihauptkommissar **Dietmar Schilff**, der zugleich GdP-Vorsitzender Niedersachsens ist, als stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender nach.

*wsd/MiZi*





### Zu: Rowdys, Raser – Deutsche Autofahrer immer aggressiver?; DP 4/13

Die von Ihnen genannte zunehmende Aggression auf der Straße kann ich nicht nachvollziehen. Bei Ihrem Artikel bekommt man schon den Eindruck, als würde jeder Zweite bei Fahrtantritt sein Gehirn zu Hause lassen, um sich in einen Kampf zu stürzen.

Obwohl ich 5 Tage die Woche jeweils 100 Kilometer pro Tag unterwegs bin, kann ich mich nicht mehr daran erinnern, wann ich zum letzten Mal „bedrängt“ wurde. Wenn ich mich auf der rechten Fahrspur der Autobahn befinde und ich überholen möchte, sehe ich doch im Rückspiegel, ob sich ein Fahrzeug mit hoher Geschwindigkeit auf der linken Spur nähert und warte dann mit meinem Überholvorgang, bis dieses Fahrzeug vorbei ist.

Was mir jedoch immer häufiger auf der Autobahn auffällt, ist der Wechsel von Fahrzeugen auf die linke Spur, frei nach dem Motto: „Der von hinten kommt, der wird schon bremsen“. Hier kommt es trotz relativ geringer Geschwindigkeitsdifferenzen häufig zu gefährlichen Situationen, da mittlerweile viele Fahrzeugführer offensichtlich zu faul sind, den Blinker nach links zu betätigen und unmittelbar vor dem sich auf der linken Spur nähernden Fahrzeug ausscheren.

Dass dem Fahrer, der sein Fahrzeug stark abbremsen musste, um einen Unfall zu vermeiden, dann der Kamm schwillt, ist für mich schon nachvollziehbar. Wenn dieser seinem Ärger dann durch Hupen oder Lichtzeichen Luft macht, fühlt sich der ausgescherte Fahrer natürlich bedrängt und erstattet Anzeige. Und schon gibt es ein Aggressionsdelikt mehr.

Man sollte schon hin und wieder mal über den Tellerand hinaus schauen und nicht jeden verteufeln, der schneller als 100 Stundenkilometer auf der BAB fährt. Und was bedeutet eigentlich Rasen? Wann wird gerast? Auf der BAB bei 140 Stundenkilometer? Oder erst bei 180? 220? Oder bei 40 in der 30er-Zone?

Ich befürworte kein generelles Tempolimit auf den Autobahnen. Und ich habe auch kein schlechtes Gewissen, wenn ich auf einer unbegrenzten BAB eine freie Strecke mit 170 Stundenkilometer fahre.

**Thorsten Schneider, per E-Mail**

Zu diesem Thema passt sicherlich eine Reihe von Studien aus den USA. Dort wurde das ethisch-moralische Verhalten von Angehörigen der Oberschicht im Vergleich zum Normalbürger verglichen. In zwei Studien konnte nachgewiesen werden, dass sich die Angehörigen der Oberschicht beim Autofahren öfters rechtsunten verhielten als der Normalbürger. Dies ist ja offensichtlich auch die Erkenntnis aus den Beiträgen beim Verkehrsgerichtstag. Da die Angehörigen der Oberschicht Geld und auch effiziente Rechtsvertreter haben, ist ihnen mit unserem Bußgeldkatalog nicht beizukommen. Hier hilft im Gegensatz zur Ansicht des BMJ nur das Strafrecht.

**Josef Schön, Bezirk Bundeskriminalamt**

### Zu: Leserbrief des Kollegen Michael Mauer, DP 4/13

Mit großem Unverständnis habe ich den Leserbrief vom Kollegen Michael Bauer aus Kiel zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelesen. Sein Brief ist offensichtlich von der persönlichen Einstellung geprägt, dass Kolleginnen, die Kinder haben, zu Hause bleiben sollen. Andernfalls stellen sie eine Belastung für den Kollegenkreis dar. Ich stimme dem Kollegen selbstverständlich zu, wenn er die Rahmenbedingungen bei der Polizei anprangert. Aber sich als Sündenbock eine Minderheit herauszupicken, die versucht, einen Beruf auszuüben und einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten, indem sie sich für Kinder und deren Erziehung entschieden hat, finde ich absolut unkollegial!

Ich habe auch zwei Kinder und mit dem Dienstherrn eine so angeprangerte Arbeitszeitvereinbarung. Ich übe den Beruf gern aus und konnte mir nie vorstellen, nur Mutter und Hausfrau zu sein. Ich bin aber auch aus verschiedenen Gründen darauf angewiesen, dass mir der Dienstherr die Möglichkeit gibt, eben nicht in den herkömmlichen Schichtzeiten meinen Dienst zu versehen. Trotzdem versuche ich, und da kann ich für viele Kolleginnen und Kollegen sprechen, die ebenfalls Teilzeit arbeiten, meine Arbeit so gut wie möglich zu machen. Natürlich im Einklang mit den Interessen der Kinder.

Das natürliche Verhalten von Eltern, auch mal „Nein“ sagen zu müssen, weil z. B. die Betreuung der Kinder einen zusätzlichen Dienst nicht zulässt, ist doch kein

gesteigertes Anspruchsdenken der Teilzeitkräfte an den Dienstherrn, sondern ein Zwiespalt, in dem sich berufstätige Eltern immer befinden. Kollege Mauer sollte sich mal Gedanken darüber machen, was die Konsequenz wäre, wenn all den Müttern und Vätern, die nur Teilzeit arbeiten können, die alternativen Arbeitszeitmodelle verwehrt blieben. Die Folge wäre, dass sie zu Hause bleiben müssten und somit ihre Dienstposten unbesetzt blieben! Denn dafür kommt kein zusätzliches Personal. Zumindest bei der Bundespolizei wäre das so.

Ich denke, dass man froh sein kann,

Fortsetzung auf Seite 37

### Richtigstellung zu DP 5/13 S. 37: GdP-Israelreise: 20.-22. Oktober 2013

In der April-Ausgabe wurde auf die diesjährige GdP-Israelreise hingewiesen. Daraufhin erreichten die GdP-Bundespolizei sehr viele Anfragen. In dem Artikel ist bedauerlicherweise ein falscher Reisezeitraum abgedruckt worden: die Reise findet nicht vom 22. bis 29. Oktober, sondern vom **20. bis 29. Oktober 2013** statt, insgesamt also 10 Tage, der Preis bleibt natürlich gleich.

Fragen können weiterhin an die GdP-Geschäftsstelle des Bezirks Bundespolizei (0211/7104520) oder direkt an Kollegen Sven Hüber, der auch dieses Mal die Bildungsreise leitet, gerichtet werden ([bhpr@bmi.bund.de](mailto:bhpr@bmi.bund.de) oder Tel.: 030/186812719). **sh**

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

#### Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand**  
**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI**  
**Stromstraße 4**  
**10555 Berlin**  
**Tel.: 030/39 99 21-113**  
**Fax: 030/39 99 21-200**  
**E-Mail:**  
**[gdp-pressestelle@gdp.de](mailto:gdp-pressestelle@gdp.de)**



# Geht den Rockern die Luft aus? Versuch einer Bilanz

Von Wolfgang Schönwald und Michael Zielasko

**Vor gut einem Jahr schaute Frank Hanebuth, Ex-Vorsitzender des Hannoveraner Ex-Ortsvereins der Hells Angels, noch ziemlich mürrisch aus der Kutte. Einen Auftragsmord hatte ihm ein Kieler Kronzeuge in einem Rocker-Prozess versucht anzuhängen. Damals im Frühjahr 2012 war die kriminelle Rockerszene von der Polizei intensiv durcheinander gewirbelt worden. Eine Razzia nach der anderen sorgte in den Reihen der „Höllengel“ und ihrer nicht weniger ruchlosen Rivalen, den Bandidos, für erhebliche Verunsicherung. Der Staat griff mit Vereinsverboten hart durch, Gerichte bestätigten die Auflösung sogenannter Chapter und Charter. Und in der Hauptstadt erwuchs den Kriminellen ein mächtiger Gegner, quasi auch eine Bruderschaft, doch eine von Staats wegen: die „Task-Force Rocker“ der Staatsanwaltschaft Berlin. Ob Hanebuth noch immer mürrisch in die Gegend blickt, ist – zumindest DP – nicht bekannt. Aus der Öffentlichkeit hat er sich wohl weitgehend zurückgezogen. Indes: den Mordvorwurf ist er wieder los, der Zeuge erwies sich als Lügner und gewiefter Wichtigtuer. Geblieben aber ist der hohe Verfolgungsdruck auf die kriminelle Rockerszene, wo sich aber nunmehr, nicht minder gefährliche, neue Akteure auf der Bühne zeigen. DP zieht Bilanz und wirft einen Blick auf die aktuelle Lage:**

**A**nfang Juni 2012 gründete sich ein Ableger des niederländischen Rockerclubs Satudarah im nordrhein-westfälischen Duisburg. DEUTSCHE POLIZEI schrieb in ihrer Titelgeschichte nur einer Monat später über die Mutmaßung der Ermittler die Oranje-Rocker wollten „ein Stück des Kuchens abzwicken und die intensiven Ermittlungen gegen Hells Angels und Bandidos zum Aufbau eigener Strukturen nutzen“. Zu recht, wie Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger in einem der GdP vorliegenden schriftlichen Bericht der Landesregierung von März 2013 darlegte. Nach Darstellung Jägers bemühten sich die Satudarah, durch die Gründung neuer Ortsvereine am Niederrhein, zu expandieren und sich somit vor allem gegenüber den in Nordrhein-Westfalen mit sechs Ortsvereinen und rund 280 Mitgliedern ansässigen Hells Angels nachhaltig in Szene zu setzen.

Mindestens drei Auseinandersetzungen im kriminellen Biker-Milieu gingen allein im August 2012 mutmaßlich auf die Kappe der Eindringlinge aus Deutschlands westlichem Nachbarland: So schoss ein

Mitglied des Satudarah MC an einer roten Ampel auf ein vor ihm stehendes Fahrzeug, dessen Fahrer den Hells Angels angehört ist. Zudem wurden Sprengsätze vor einem Clubheim des Hells Angels MC Duisburg und vor dem Wettbüro eines Sympathisanten gezündet. In beiden Fällen handelte es sich um Handgranaten.

## Tätliche Auseinandersetzungen

Im Februar dieses Jahres schien die Lage erneut explosiv: Hells-Angels-Mitglieder versammelten sich „öffentlichkeitswirksam“ in der Nähe des Duisburger Satudarah-Clubheims. Nur wenig später fanden Ermittler im Internet auf Hells Angels zielende, temporär eingestellte Beleidigungen wie „FUCK RED AND WHITE ...“. Zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppierungen kam es dann Mitte des Monats am Vereinssitz der Satudarah, an denen rund 30 Personen beteiligt waren. Die Polizei stellte unter anderem Reizstoff, Messer, Schlagwerkzeuge sowie eine scharfe Schusswaffe sicher. In

der Folgezeit belauerten sich die Rocker, fuhren wiederholt an den jeweiligen Standorten des Konkurrenten vor und zeigten Kutten-Präsenz. Unterdessen mischte auch der Bandidos MC mit, dem ein „neutral bis freundschaftliches“ Verhältnis zu den Satudarah nachgesagt wird, sodass die Hells Angels einer – an Zahl der nicht verbotenen Ortsvereine und der Mitgliederstärke – Ihresgleichen deutlich mächtigeren Allianz gegenüberstehen.

Immer wieder ermittelte die Polizei mutmaßliche Straftaten beider Gruppierungen: Schüsse auf Vereinsheime oder einschlägige Ladenlokale, Funde von Brandsätzen nahe der Club-Liegenschaften, Beschlagnahme gefährlicher Gegenstände und Waffen bis zu Delikten gefährlicher Körperverletzung und der versuchten Tötung eines Hells-Angels-Mitglieds. Auf dem Parkplatz eines Fastfood-Restaurants erlitt das Opfer Schussverletzungen. 13 Schüsse konnten die Ermittler nachvollziehen. Die Tat selbst wird der Bandidos-Szene zugerechnet.

## Passionierte Motorradfahrer

„Wir wollen doch nur Motorrad fahren“, sagte der Vorsitzende des Duisburger Satudarah-Ortsvereins, Ali Osman, in der Sendung „Stern TV“ am 13. März auf die Frage nach den Gründen, zu einem Outlaw-Bikerclub zu gehören. Doch derlei Motive wirken – gelinde gesagt – angesichts kriminalpolizeilicher Erkenntnisse über den sogenannten Einprozenter fadenscheinig. Wie sonst ließe es sich erklären, dass der Satudarah-Chef seit April in Untersuchungshaft sitzt und sich nunmehr des Vorwurfs des Verstoßes gegen das Waffen- und das Kriegswaffenkontrollgesetz erwehren muss. Da die Satudarah auch im Verdacht stehen, mit illegalen Drogen zu handeln, finden sich zudem mögliche Betäubungsmitteldelikte auf der Osman-Agenda der Behörden. Der damalige GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut saß im Übrigen an jenem Abend live im RTL-Studio mit Osman zusammen vor





**Mitte Dezember 2012:** Einsatzkräfte durchsuchen Mitglieder der Hells Angels vor einem Berliner Rockertreff. Foto: Britta Pedersen/dpa

der Kamera und hatte der breitschultrigen Begleitung Osmans trotzend dem Rocker bereits unmissverständlich erklärt, dass mit der Polizei nicht zu spaßen sei.

In der „Stern TV“-Ausgabe vom 10. April, die eine thematische Zugabe und einen weiteren Auftritt des Ex-GdP-Chefs bot, war dann Osman aus zuvor geschilderten Gründen nicht mehr Gast. Witthaut sagte: „Hinter den einschlägig bekannten Rockergruppierungen stehen keine romantisierenden Biker, sondern durchweg rücksichtslos profitorientierte Straftäter, die unsere Gesetze, die Polizei und gesellschaftlich akzeptierte Normen strikt ablehnen.“ Dagegen gehe die Polizei kompromisslos vor. Aber das habe er ja Herrn Osman, so Witthaut zu Moderator Steffen Hallaschka, schon bei der ersten Sendung deutlich gemacht.

Das klassische Rockermilieu aber allein auszuleuchten reicht auch in Nordrhein-Westfalen nicht mehr aus. Junge

Männer mit ausländischen Wurzeln und unüberschaubarem Faible für die Macho-Auro der Oldschool-Rockerclubs drängen augenscheinlich in deren angestammten Geschäftsfelder. Einen Motorrad-Führerschein muss man als angehendes Mitglied der sogenannten Black Jackets oder United Tribuns übrigens nicht vorweisen, es scheinen andere Qualitäten gefragt.

### Neue Mitbewerber

NRW-Innenminister Jäger ist das alles natürlich nicht verborgen geblieben. Die Polizei zählt bereits 43 Black-Jackets-Mitglieder im Raum Köln-Bonn sowie rund 30 Tribuns in Duisburg. Noch nähmen diese Gruppen keinen wesentlichen Einfluss auf das Geschehen, doch befinden sich die Jackets und Tribuns beispielsweise gegenüber den etwa 450 Bandidos und 280 Hells Angels personell deutlich im Hinter-

treffen. Dazu kommen mit dem Gremium MC (etwa 180 Personen) und den Outlaws (rund. 70 Personen) weitere Mitspieler, die nach polizeilichen Erkenntnissen eher den Bandidos zugeneigt seien.

### Gewalttätige Subkultur entschieden bekämpfen

Gegenüber DEUTSCHE POLIZEI sagte Jäger: „Die NRW-Polizei geht mit großem Engagement gegen kriminelle Rockerbanden vor. Wir haben diese Banden im Visier und den Ermittlungsdruck immer weiter erhöht. Intensive Ermittlungen waren erst kürzlich wieder erfolgreich und führten zur Festnahme von zwei Anführern der Rockerbande Satudarah in Duisburg. Klar ist: Wir lassen den kriminellen Rockern keinen Fußbreit Raum und dulden keine rechtsfreien Räume.“ Im vergangenen Jahr waren zwei Rockerclubs



in Aachen und Köln verboten worden. Polizistinnen und Polizisten seien, so der Innenminister, in NRW bei nahezu allen Veranstaltungen von Rockern präsent und kontrollieren. Seit 2011 hatten sie über 400 Treffen im Visier. Dabei wurden mehr als 12.000 Personen und rund 5.100 Fahrzeuge überprüft sowie zahlreiche Hieb- und Stichwaffen sichergestellt. Jäger: „Wir machen damit klar, dass sich der Staat gegen diese Banden konsequent zur Wehr setzt.“

Mit Motorradromantik hätten Hells Angels, Bandidos und Co. schon lange nichts mehr zu tun, sagte Jäger. Einige hätten noch nicht einmal ein Motorrad. Der Minister: „Diesen Banden geht es nur noch um die Vormacht im Rotlichtmilieu und um ihre verbrecherischen Geschäfte.“

## Innenminister Andreas Breitner (Schleswig-Holstein):

„Es gibt nur eine Antwort des Rechtsstaats auf Rockerkriminalität: Null Toleranz! Diese Strategie verfolgt die Polizei in Schleswig-Holstein seit einigen Jahren – mit Erfolg! Eine Sonderkommission beim Landeskriminalamt beschäftigt sich ausschließlich mit Straftaten, die von Mitgliedern krimineller Rockergruppen begangen wurden. Parallel dazu gibt es ein Einsatzkonzept, mit dem wir schlagartig auf jedes verdächtige Auftreten von Rockergruppierungen oder die Ankündigung von Konflikten zwischen den Gruppen reagieren können. Wo immer kriminelle Rocker in Schleswig-Holstein auftauchen, Kräfte der Schutzpolizei sind innerhalb kürzester Zeit an jedem Brennpunkt. Bei Kontrollen und Durchsuchungen stellt die Polizei immer wieder Waffen und gefährliche Gegenstände sicher. Drei Rockervereine haben wir bereits verboten. Über allen anderen schwebt ständig das Damoklesschwert eines Verbots. Entschlossenheit und eine selbstverständliche Kompromisslosigkeit bei der Verteidigung des Rechtsstaats haben dazu geführt, dass sich die Lage schließlich deutlich entspannt hat. Wir gehen diesen Weg konsequent weiter.“



Foto: IM-SH

Deshalb bekämpfen wir zum Schutz der Menschen diese gewalttätige Subkultur entschieden.“ Die Polizei verfolge jedes Vergehen der Rocker und nutze dabei die gesamte Palette der Gesetze. Dazu gehöre neben Kontrollen, Platzverweisen, Gefährderansprachen auch Freiheitsentziehungen. Außerdem würden in NRW die Sanktionsmöglichkeiten aus dem Steuer-, Gewerbe-, Bau-, Verkehrs- sowie dem Vereinsrecht genutzt. Jäger: „Diese Strategie aus Kontrollen und Vereinsverboten hat zu einer deutlichen Verunsicherung in der Szene geführt. Das beweisen die Selbstauflösungen von Rockerclubs in Düsseldorf, Oberhausen und Krefeld. Diesen hohen Kontroll- und Ermittlungsdruck halten wir auch in Zukunft aufrecht.“

## Alarmierender Grad der Brutalität

Im baden-württembergischen Landkreis Konstanz beschäftigt sich eine Sondereinheit der Polizei mit den Rockergruppierungen. Die Szene ist aus Sicht der Ermittler mächtig in Bewegung geraten, ein Teil der Mitglieder läuft zu anderen Gruppierungen über. Diese Veränderungen machten die polizeiliche Arbeit nicht einfacher. Dabei geht es nicht nur um die Aufklärung von Straftaten, sondern auch um das Erkennen von Gefährdungslagen.

Im Sommer 2012 hatte das Charter der Hells Angels Singen seine Auflösung bekanntgegeben, der Internetauftritt ist gelöscht. Offen bleibt jedoch, wo die etwa 30 Mitglieder, die dem Verein, mutmaßlich einer der bedeutendsten in Baden-Württemberg, zugerechnet wurden, abgeblieben sind. Sie haben sich wahrscheinlich anderen Gruppierungen angeschlossen, was der Polizei genauso gefährlich erscheint.

Innenminister Reinhold Gall, der also aus dem eigenen Land bereits über einige Erfahrungen mit Rockern und rockerähnlichen Strukturen verfügt, warnt seine Ministerkollegen mit deutlichen Worten. Er sagte DEUTSCHE POLIZEI: „Die wieder aufgeflamte bundesweite Diskussion über kriminelle Aktivitäten der großen Outlaw Motorcycle Gangs – Hells Angels, Outlaws, Bandidos, Gremium und Satudarah – sollte nicht den Blick auf die bisher hauptsächlich in Baden-Württemberg aktiven Black Jackets, United Tribuns und Red Legion verstellen. Sie werden als rockerähnlich bezeichnet, weil sie sich an den hierarchischen Strukturen der klassischen Rockergruppierungen orientieren, und sind in den letzten Jahren massiv expandiert. Jedoch spielt das Motorrad, wenn überhaupt, bei ihnen nur eine ganz

unwesentliche Rolle. In den Vordergrund werden wie bei den Rockern die unbedingte Solidarität innerhalb der Gruppe und das Gefühl von Freiheit und Stärke gestellt – wobei auch ihre Haupttriebfeder oft Gewinn- und Machtstreben ist.“

Der Minister zeigt sich nachdenklich. Die meisten Mitglieder dieser Streetgangs hätten einen Migrationshintergrund, viele von ihnen seien arbeitslos. Gall weiter: „Alarmierend ist der Grad der Brutalität einer Messerattacke der Gruppe Red Legion kurz vor vergangenem Weihnachten in Esslingen, bei der ein 22-Jähriger getötet sowie vier weitere Männer lebensgefährlich und sechs leicht verletzt wurden. Solchen kriminellen Entwicklungen begegnen wir mit einer klaren Ansage: intensive Kontrollen und die konsequente Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten mit einer niedrigen Einschreitschwelle.“ Nötig sei auch eine enge Zusammenarbeit aller Behörden, beispielsweise Waffen-, Gewerbe-, Straßen- und Fahrerlaubnisbe-

## Innenminister Roger Lewentz (Rheinland-Pfalz):

„Wir haben mit einer ganzen Reihe von polizeilichen Maßnahmen deutlich gemacht, dass wir ganz genau hinschauen bei diesen Rockern, die für uns eben nicht nur Motorradfans mit einem romantischen Freiheitsideal sind. Wir schauen ganz genau nach den kriminellen Strukturen im Untergrund, also nach der organisierten Kriminalität, Drogenhandel, Prostitution, Gewalt und Erpressung. Die vier großen Rockerclubs und ihrer jeweiligen Unterstützer-Gruppierungen im Land stehen im Fokus polizeilichen



Foto: IM-RP

Handelns und erfordern vielfältige polizeiliche Maßnahmen. Unsere Polizei verfolgt eine klare Null-Toleranz-Strategie – die sich bewährt hat. Wir akzeptieren kein martialisches Auftreten, das

Menschen verängstigen soll und Parallelsellschaften neben unserem Rechtsstaat zementiert. Als Rechtsstaat muss man von Anfang an Flagge zeigen. Das tun wir, denn wir haben es eindeutig mit einem kriminellen Milieu zu tun.“





hören, sowie als ultima ratio ein Vereinsverbot. Die Null-Toleranz-Strategie habe im Juni 2011 in Pforzheim zum Verbot des Ortsvereins Borderland der Hells Angels und des Unterstützerclubs Commando 81 Borderland geführt.

## Dicht an der Szene

Viel Arbeit für die Polizei gibt es auch noch ein Stück südlicher, in Bayern. Anfang April erst attackierten mehr als zehn Hells Angels in einer Münchner Table-dance-Bar ein österreichisches Mitglied der Bandidos. Danach folgten Hausdurchsuchungen und Festnahmen mit Hilfe eines Spezialeinsatzkommandos im Clubheim der Hells Angels, die laut Ermittlern auf die meisten Mitglieder unter den bis zu 180 Rockern in der Landeshauptstadt verweisen können. Zwei der Täter gehören den Erkenntnissen zufolge zum Führungskreis der Rockervereinigung. Andreas Gollwitzer vom Kommissariat für Organisierte Kriminalität kommt in der „Süddeutschen Zeitung“ jedoch zu der Einschätzung, dass die Lage in München anders sei als in Norddeutschland. Die Rocker hier seien nicht derart verfeindet wie etwa in Hannover, weil sie früher in Münchner Clubs organisiert waren und dann erst in Hells Angels und Bandidos aufgingen. Allerdings warnte die Polizei bereits im Sommer 2012, dass sich die Rockerclubs zunehmend ins Umland ausbreiten und sogenannte Supportergruppen gründen. Deshalb bleiben die Ermittler dicht an der Szene dran: Anfang März gab es eine bayernweite Raz-

zia mit weit mehr als 1.000 Beamten, die über hundert Wohnungen und Büros von Rockergruppen durchsuchten und Waffen und Drogen fanden.

## Zeit der Zurückhaltung vorbei

In Bremen scheint die Zeit der Zurückhaltung bei der Polizei vorbei, seitdem sich die verfeindeten Hells Angels und Mongols wieder bekämpfen. Bislang letzter negativer Höhepunkt in der Hansestadt war eine Massenschlägerei mit rund 40 Rockern an einem Wochenende Mitte April, bei der ein 41-Jähriger durch Messerstiche lebensgefährliche Verletzungen davontrug. Selbst gerufene Polizisten wurden so massiv angegriffen, dass zwei von ihnen Warnschüsse abgeben mussten. Die Folge: eine Polizeirazzia mit mehr als hundert Beamten im gesamten Stadtgebiet. 330 Verdächtige wurden kontrolliert, dutzende vorübergehend festgenommen, mehr als 130 verbotene Gegenstände beschlagnahmt, darunter eine zerlegte Armbrust, Messer, Teleskopschlagstöcke und Schutzwesten.

Eine neuerliche Eskalation in der Szene, nachdem die Hells Angels im Sommer 2012 angesichts eines möglichen Vereinsverbots ihre Selbstauflösung verkündet hatten. Innensenator Ulrich Mäurer hatte damals in einem Rundfunkinterview schon ein Ende der Revierkämpfe prophezeit. Die Mongols waren bereits 2011 verboten worden, doch zuletzt zeigten sich Mitglieder dieses Rockerclubs auch wieder öffentlich in der Stadt.

Der Innensenator stellte jetzt klar, mit einer Null-Toleranz-Strategie gegen Rocker vorgehen zu wollen. Mäurer betonte gegenüber DEUTSCHE POLIZEI: „Im Vergleich zu einigen anderen Städten ist Bremen kein Zentrum der Rockerkriminalität. Und wir tun alles dafür, dass es nicht dazu kommt. Allerdings müssen auch wir uns seit mehreren Jahren mit Rockergruppierungen in unserer Stadt auseinandersetzen.“ Das gewalttätige Aufeinandertreffen der Angehörigen des Hells Angels MC und des verbotenen Mongols MC in Bremens Innenstadt habe die behördliche Gefährdungseinschätzung bestätigt, wonach diese Rockergruppierungen ein sehr hohes Maß an Kriminalität und Gewaltbereitschaft aufweisen. Die klare Ansage des Innensensors: „Wir werden unsere Doppelstrategie konsequent verfolgen. Das heißt, wir reagieren einerseits mit Verboten gegen die Clubs und ihr Auftreten in der Öffentlichkeit. So haben wir beispielsweise in der Vergangenheit ein Kuttensverbot in bestimmten Regionen der Stadt ausgesprochen oder gemeinsame

Motorradausfahrten der Clubs untersagt. Diese Maßnahmen und die ständige Beobachtung durch die Polizei haben auch dazu beigetragen, dass die Hells Angels und die Red Devils ihre Standorte in Bremen aufgegeben haben. Dennoch beobachten wir sie weiter, denn die Personen sind ja noch in der Stadt. Andererseits gehen wir mit intensiven Ermittlungen gegen die kriminellen Strukturen vor, so im Rotlichtmilieu und in der Drogenszene.“

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizei, insbesondere mit der in Niedersachsen, sei dabei notwendig und hilfreich, sagte der Bremer Innensenator dieser Zeitschrift. Die Kooperation funktioniert sehr gut. Das beweise die schnelle Abstimmung bei den jüngsten Vorfällen. Mäurer: „Nach dem schnellen Austausch von Lagekenntnissen wurden Polizeibeamte aus Niedersachsen nach Bremen entsandt und darüber hinaus in Niedersachsen mit Bremen abgestimmte Maßnahmen getroffen. So wurden weitere Ausschreitungen in Bremen und in Niedersachsen verhindert.“ >

## Innenminister Reinhold Gall (Baden-Württemberg):

Angesagt sind intensive Kontrollen und die konsequente Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten mit einer niedrigen Einschreitschwelle. Nötig ist auch eine enge Zusammenarbeit aller Behörden, beispielsweise Waffenbehörden, Gewerbebehörden, Straßenbehörden, Fahrerlaubnisbehörden, und als ultima ratio auch ein Vereinsverbot.



Foto: IM:BW

## Innenminister Ralf Jäger (NRW):

Mit Motorradromantik haben Hells Angels, Bandidos und Co. schon lange nichts mehr zu tun. Einige haben noch nicht einmal ein Motorrad. Diesen Banden geht es nur noch um die Vormacht



Foto: IM-NRW

im Rotlichtmilieu und um ihre verbrecherischen Geschäfte. Deshalb bekämpfen wir zum Schutz der Menschen diese gewalttätige Subkultur entschieden. Die Polizei verfolgt jedes Vergehen der

Rocker und nutzt dabei die gesamte Palette der Gesetze. Das beinhaltet neben Kontrollen, Platzverweisen, Gefährderansprachen auch Freiheitsentziehungen. Außerdem nutzen wir in NRW die Sanktionsmöglichkeiten aus dem Steuerrecht, dem Gewerberecht, dem Baurecht, dem Verkehrsrecht sowie dem Vereinsrecht. Diese Strategie aus Kontrollen und Vereinsverboten hat zu einer deutlichen Verunsicherung in der Szene geführt.





**Tätowierte Hände eines Angeklagten in einem Rocker-Prozess in Pforzheim Anfang Januar 2013. Zehn Mitglieder und Sympathisanten des inzwischen verbotenen Rockerclubs Borderland der Hells Angels wird gefährliche Körperverletzung, Landfriedensbruch und die Bildung bewaffneter Gruppen vorgeworfen.** Foto: Uli Deck/dpa

## Berliner Polizei geht konsequent gegen Rocker vor

Die Polizei in Berlin hält trotz Ermittlungserfolgen ähnlich wie ihre Länderkollegen ebenfalls den Druck auf die Rockerclubs hoch. Erst in der zweiten April-Hälfte durchsuchten Hunderte Beamte, darunter Spezialeinsatzkräfte und Polizisten mit Spürhunden, Wohnungen, Bars und Bordelle der Hells Angels. Es bestand der begründete Verdacht, dass sich in einem der Objekte in Wedding und Reinickendorf Pistolen und Sturmgewehre befinden. Deshalb lag ein gerichtlicher Durchsuchungsbeschluss vor, wie ein Polizeisprecher sagte, da Sturmgewehre bekanntlich dem Kriegswaffenkontrollgesetz unterliegen.

### Innensenator Ulrich Mäurer (Bremen)

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizeien, insbesondere der in Niedersachsen und Bremen, ist dabei notwendig und hilfreich. Die Zusammenarbeit funktioniert sehr gut. Das beweist die schnelle Abstimmung bei den jüngsten Vorfällen in Bremen. Auf der Grundlage der engen Kooperation wurden an dem Wochenende auch sofort polizeiliche Maßnahmen eingeleitet.



Foto: IS/IB

Auch die Bandidos stehen weiter im Visier der Ermittler. Bei der Kontrolle eines Rocker-Fahrzeuges im Stadtteil Wittenau stellten Polizisten kurz darauf drei Baseballschläger, eine Machete, ein Messer mit feststehender Klinge, einen Holzknüppel und eine Sturmhaube sicher. Berlins Innensenator Frank Henkel sagte DEUTSCHE POLIZEI „Bei den kriminellen Rockern haben wir es mit einem der brutalsten und gefährlichsten Phänomene in der deutschen Hauptstadt zu tun. Mit Freiheit, Harleys und Route 66 haben diese Banden wenig am Hut. Es sind selbsternannte Outlaws, die sich außerhalb unserer Rechtsordnung stellen und systematisch das staatliche Gewaltmonopol unterlaufen. Es ist unser Anspruch, dass der Rechtsstaat mit aller Härte und allen zulässigen Mitteln den Kampf gegen solche Gruppen führt.“

Die Sicherheitsbehörden gingen konsequent gegen die kriminellen Geschäfte und ihre Hintermänner vor. Die Verbotsverfügung gegen ein Berliner Charter der Hells Angels im vergangenen Jahr sei nur ein erster wichtiger Schritt gewesen, sagte der Politiker weiter. „Genauso wichtig war, dass wir die Szene in einen Zustand der ständigen Ruhelosigkeit versetzt haben.“ Nach Angaben des Senators hat die Berliner Polizei 2012 mehr als 126.000 Einsatzkräftestunden gegen kriminelle Rocker geleistet. „Die Banden sollen wissen, dass der Rechtsstaat wehrhaft ist und die Polizei bei jedem noch so kleinen Verstoß einschreitet. Wir verfolgen hier eine Null-Toleranz-Strategie.“ Auch die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft in der „Task-Force Rocker“ trage zur Bekämpfung bei. „Es ist wichtig, dass wir alle Aktivitäten unter die Lupe nehmen und die ganze Palette des Gesetzes ausschöpfen. Dazu ist es hilfreich, wenn wir unsere Kräfte bündeln.“ Henkel zufolge zeigt die Strategie Wirkung: „Nachdem die Mitgliederzahlen bei dem OMCs in den letzten Jahren förmlich explodiert sind, stellen wir mittlerweile eine große Verunsicherung und Stagnation beim Wachstum fest.“

In der Bundeshauptstadt geht es wie anderenorts auch bei den blutigen Auseinandersetzungen um Ehre, Geld und Macht. Im vergangenen Jahr war zunächst ein Hells-Angels-Chef niedergestreckt und schwer verletzt worden, kurz darauf zeichneten die Ermittler Schüsse auf zwei Bandidos-Anhänger. Die Opfer schweigen, der Machtkampf jedoch geht weiter. Als unmittelbare Konsequenz dieser Straßenkämpfe wird gegen jeden noch so kleinen Rechtsbruch vorgegangen, egal

ob Beleidigung oder Fahren ohne Führerschein. „Jedes Delikt wird verfolgt, kein noch so kleines Verfahren gegen Rocker wird eingestellt“, sagte Oberstaatsanwalt Jörg Raupach, Leiter der vor einem Jahr

### Innenminister Boris Rhein (Hessen)

Die bereits Ende 2010 bundesweit auf Ebene der Innenminister vereinbarte Strategie zur Bekämpfung der Rockerkriminalität ist 2011 in Hessen landesspezifisch angepasst worden und wird seitdem konsequent umgesetzt.

Das Vereinsverbot der Frankfurter Hells Angels Charter Frankfurt und Westend konnte im Herbst 2011 vollzogen werden. Der hessische Verwaltungsgerichtshof hat das Verbot am 21. Februar 2013 bestätigt. Kriminelle Vereine haben in Hessen keinen Platz!

Wir haben das Verbotsverfahren auf schwere Straftaten einzelner



Foto: IM/HE/Alexander Kurz

Mitglieder aufgebaut, wie Totschlag oder Vergewaltigung. Dieser von Hessen beschrittene Weg kann anderen Ländern als Vorlage dienen, auf dieser Grundlage eigene Vereins-

verbote von Rockergruppierungen herbeizuführen.

Auch nach dem Verbot dieser Charter bleiben die Sicherheitsbehörden aufmerksam. Zahlreiche Rocker- oder auch rockerähnliche Gruppierungen sind in Hessen und den angrenzenden Bundesländern ansässig. Auch sie werden aufmerksam begleitet und im Bedarfsfall, das heißt nach jeweiliger polizeilicher Erkenntnislage, konsequent mit polizeilichen Maßnahmen belegt. So kann die Sensibilisierung zuständiger Ordnungsbehörden dazu beitragen, dass sich kriminelle Rockergruppierungen bei der Durchführung von Veranstaltungen und Ausfahrten oder auch bei der Einrichtung von Vereinsräumlichkeiten mit einem Bündel von Maßnahmen und Auflagen konfrontiert sehen. Die Entfaltung und Verbreitung von kriminellen Strukturen muss bereits im Keim erstickt werden.“





**Berlin Ende Oktober 2012:** Prozessbeginn im Kriminalgericht Moabit. Aussteigern aus der Rockerszene und weiteren Mitangeklagten werden Raub mit Schusswaffe und Körperverletzung vorgeworfen. Foto: Robert Schlesinger/dpa

gegründeten Roker-Task-Force, in einem exklusiven DP-Interview, (ab Seite 10).

## BKA besorgt über Tendenzen der Zusammenarbeit mit rechter Szene

Zudem lassen weitere Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Rockerkriminalität aufhorchen. Verbindungen zwischen Rechtsextremisten und Rockern sind jüngsten Analysen zufolge offenbar enger als bislang bekannt. Der Präsident

des Bundeskriminalamtes (BKA), Jörg Ziercke, zeigte sich unlängst im ZDF alarmiert über das größer als bisher angenommene Ausmaß dieser Zusammenarbeit. Zwar beobachteten Polizei und Verfassungsschutzämter seit längerem eine zunehmende Vermischung dieser Szenen vor allem im Osten. „Wir gehen im Moment von Größenordnungen von fünf Prozent aus“, erklärte der BKA-Chef im „heute journal“ besorgt. Danach seien dies von etwa 8.000 Rockern, die der Behörde in Wiesbaden bekannt sind, 400 bis 500. Im neuen Abwehrzentrum Rechts sei man deshalb zur Erkenntnis gelangt, diese Erscheinungsformen noch stärker zu beobachten. „Das Gebräu, das entsteht, ist, dass hier Gewaltpotenzial rekrutiert wird.“ Sorgen bereitet den Behörden vor allem ein Geschäftsfeld der Roker – der Waffenhandel. Immer wieder registrieren die Ermittler demnach Fälle, in denen Roker rechten Freunden Waffen besorgen.

## IMK-Vorsitzender ist beunruhigt über Rockerkriminalität

„Die aktuellen Entwicklungen in der Rockerkriminalität sind beunruhigend“, sagte der Vorsitzende der Innenministerkonferenz der Länder, Niedersachsens Amtskollege Boris Pistorius, umfassend. So trete in jüngster Zeit mit dem Motorradclub Satudarah eine Gruppierung verstärkt in Erscheinung, die für ihre

Gewaltbereitschaft berüchtigt sei, betonte der Innenminister in einem exklusiven Statement für DEUTSCHE POLIZEI. „Der Satudarah MC stammt ursprünglich aus den Niederlanden und versucht von Nordrhein-Westfalen aus, sein Einflussgebiet auszudehnen. Die Feindschaft mit den Hells Angels birgt ein erhebliches Konfliktpotenzial.“ In den vergangenen Monaten sei es bereits zu gewalttätigen Aufeinandertreffen gekommen.

„Einen vorläufigen Höhepunkt hat die Auseinandersetzung rivalisierender Rockergangs am 12. April in Bremen erreicht“, so Pistorius weiter.

## Innenminister Boris Pistorius (Niedersachsen)

Die jüngsten Vorfälle untermauern, dass Rockergruppierungen ein hohes Maß an Kriminalität und Gewaltbereitschaft aufweisen. Die Sicherstellungen von Waffen belegen zudem, dass ein massives Aufrüsten innerhalb der Szene stattfindet. Auffällig



Foto: IMK-N

ist ferner das Bestreben von Rockergruppierungen, kriminelle Praktiken ihrer Angehörigen geschickt zu verschleiern und möglichen Vereinsverboten zuvorkommen. So fahren die Hells Angels

MC die bundesweite Strategie, sogenannte Bad Charter aufzulösen und entsprechende Clean Charter neu zu gründen.

Die Polizei wird keine rechtsfreien Räume dulden. Wir werden weiterhin konsequent gegen kriminelle Rockerbanden vorgehen. Jeder Mitarbeiter ist gefordert, die Maßnahmen aus dem bundeseinheitlichen Bekämpfungskonzept umzusetzen. Ein wichtiger Schritt ist beispielweise die Einführung des personenbezogenen Merkers „Rocker“. Damit sind im täglichen Polizeidienst die Mitglieder der Rockergruppierungen klar erkennbar. Aber auch die Politik ist gefordert: Das Instrument des Vereinsverbotes muss kontinuierlich geprüft werden. Und wenn die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind, ist dieses Instrument konsequent anzuwenden, um die Szene zu schwächen.

## Innensenator Frank Henkel (Berlin)

Es sind selbsternannte Outlaws, die sich außerhalb unserer Rechtsordnung stellen und systematisch das staatliche Gewaltmonopol unterlaufen. Es ist unser Anspruch, dass der Rechtsstaat mit aller Härte und allen zulässigen Mitteln den Kampf gegen solche Gruppen führt.



Foto: Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin



# Strafverfolgung ist auch eine Art der Prävention

**DP: Mitte Juni jährt sich die Einrichtung der bislang bundesweit einzigen Task-Force gegen die Rockerkriminalität. Wie fällt Ihre persönliche Bilanz aus?**

**Jörg Raupach:** Ohne zu übertreiben, können wir wohl von einem erfolgreichen Jahr sprechen. Schon allein die Tatsache, dass wir das generelle Schweigen von Rockern bei Verhören nach Straftaten aufgebrochen haben, ist positiv. Mittlerweile konnten wir fünf bis sechs Personen dazu bringen, nicht nur über die eigenen Taten zu reden, sondern auch über jene ihrer sogenannten Brüder. Ein ehernes Gesetz unter Rockern ist: Verrat kann tödlich enden. Bemerkenswert ist, dass diese Personen sogar einen Ausstieg aus der Szene ernsthaft überlegen. Das ist ein wirkungsvoller Einbruch in die Szene, der bisher nicht da war.

**DP: Wie konnten Sie denn die Rocker knacken, die ja sonst jeglichen Kontakt zu Polizei oder Justiz strikt ablehnen?**

**Raupach:** Wir haben uns bemüht, zu diesen Tätern eine Vertrauensbasis aufzubauen. Die Täter kapieren, dass wir sie nicht nur abschöpfen wollen und sie danach ihrem Schicksal überlassen. Wir halten unsere Zusagen bestimmter Schutzmaßnahmen ein und das spricht sich auch in Verteidigerkreisen herum. Das steigert die Aussagewilligkeit der Rocker. Man darf ja nicht vergessen, dass wir es bei der alten Klientel dieser Szene mit Menschen zu tun haben, die schon eine Fünf vor dem Komma haben. Da wirkt sich jedes Gefängnisjahr aus. Wir machen ihnen klar, dass sie sich auf dem Irrweg befinden.

**DP: Und wie sieht die Erfolgsbilanz in Zahlen aus?**

**Raupach:** Als Momentaufnahme für den späten Herbst 2012 kann ich ihnen sagen, dass wir 28 Rocker wegen Kapitaldelikten, darunter gefährliche Körperverletzung und versuchte Tötung, in Haft genommen haben. Fünf Personen davon erhielten allerdings eine Haftverschonung. Im Sommer beginnt dann das Verfahren im Zusammenhang mit den fast tödlichen Schüssen auf einen bekannten Berliner Hells-Angels-Boss im Ortsteil Hohenschönhausen.

**DP: Kriminelle Rockerclubs haben sich aus dem Stadtbild erkennbar zurückgezogen. Sind die Rocker tatsächlich auf dem Rückzug, geht ihnen etwa die Luft aus?**

**Raupach:** Fakt ist, dass diese Gruppe-

*Ein Berliner Hells-Angels-Boss wird niedergeschossen. Bald darauf treffen Schüsse zwei Bandidos-Rocker, sie werden schwer verletzt. Die Auseinandersetzungen zwischen den verfeindeten Clubs drohen anscheinend zu eskalieren. Polizei und Staatsanwaltschaft reagieren und kündigen ein härteres Vorgehen gegen die kriminelle Szene an. Die sogenannte Task-Force Rocker wird ins Leben gerufen. Ihr Leiter wird Oberstaatsanwalt Jörg Raupach. Nach rund einem Jahr macht der 51-jährige Jurist in einem Gespräch mit DEUTSCHE POLIZEI (DP) eine Bestandsaufnahme.*

rungen einem erhöhten Verfolgungsdruck ausgesetzt sind und daher viel vorsichtiger agieren als noch vor einem Jahr, als sie in aller Öffentlichkeit ständig starke Präsenz zeigten und Straftaten begingen. Selbst ihre martialisch wirkenden Motorrad-Ausfahrten mit dutzenden Bikern werden von der Polizei genauestens beobachtet. Und wenn, wie jüngst am 1. Mai geschehen, eine unangemeldete sogenannte Verbundfahrt stattfindet, wird sie letztlich konsequent gestoppt. Generell lautet heute die Devise von Polizei und Justiz, jede Ordnungswidrigkeit und jedes kleinste Delikt zur Anzeige bringen.

**DP: Worin liegt die besondere Qualität der Task-Force im Vergleich zu früheren Ermittlungsansätzen?**

**Raupach:** Wir haben aus den Erfahrungen der 90er Jahre bei der Bekämpfung der vietnamesischen Zigaretten-Mafia gelernt. Damals wurden die Straftaten von

den jeweiligen Behörden, beispielsweise Zoll oder OK-Dezernate, einzeln bearbeitet. Nun sitzen die Ermittler einmal wöchentlich an einem Tisch, tauschen die relevanten Informationen aus und kommen in der Kollegenschaft so zu einem Gesamtbild, das die Beziehungsgeflechte innerhalb der Rockerszene und ihre Hauptakteure deutlich werden lässt. Die Task-Force ist also keine Spezialeinheit im Kampf gegen die Rockerkriminalität, sondern führt die jeweils vorhandenen Erkenntnisse zusammen. Am Ende steht eine aktuelle Gefährdungsanalyse.

**DP: Heißt das, wie im vergangenen Jahr Medien schrieben, Sie haben den Rockern den Krieg erklärt?**

**Raupach:** Zunächst möchte ich feststellen, nicht jeder Motorradfahrer ist ein Rocker und nicht jeder Rocker ist ein organisierter Krimineller. Im Übrigen führt die Justiz keinen Krieg. Wir dokumentieren aber in der Öffentlichkeit bewusst, dass wir den Kampf gegen kriminelle Biker-



Oberstaatsanwalt Jörg Raupach im Gespräch mit DP-Redakteur Wolfgang Schönwald.

Foto: Michael Zielasko

banden auf- und angenommen haben. Das heißt, der Staat zeigt Gesicht. Das war und ist unser Ziel. Es kann ja nicht sein, dass die Gegenseite, wie ich sie einmal nennen möchte, bestimmt, wer, wann und wo kontrolliert wird. Das verursacht mir Bauchschmerzen. Es ist schlicht Aufgabe des Staates, keine rechtsfreien Räume zu dulden.

**DP: Die Erfahrungen zeigen aber, dass die Opfer von Rockergewalt – meistens aus Angst – eher schweigen, wenn es**



## INTERVIEW

### um die Aufklärung von Straftaten geht?

**Raupach:** Das stimmt. Deshalb muss die Polizei ganz am Anfang, wenn das Opfer noch aussagebereit ist, die Erkenntnisse gewinnen und die Staatsanwaltschaft unmittelbar einbinden. Das bedeutet, mit Haftbefehlsanträgen zu arbeiten, um einerseits die Verdunklungsgefahren zu mindern. Wenn die Täter nicht mehr draußen herum laufen, haben sie andererseits keine Möglichkeit mehr, auf die Opfer einzuwirken. Und die Opfer sehen zugleich, der Staat zeigt eine Reaktion.

**DP: In den Fokus der Ermittler rücken offenbar immer mehr gewaltbereite, rockerähnliche Jugendgangs wie die konkurrierenden Black Jackets und United Tribuns, die den angestammten Rocker-Clans den Platz im Milieu streitig machen wollen.**

**Raupach:** Für die Ermittler sind solche Gruppen, die oft aus dem Jugendgangbereich kommen und bereits durch Straftaten aufgefallen sind, keine unbekannte Größe. Für die alteingesessenen Rocker indes schon. Die Aufgabe der Task-Force ist es, solche Entwicklungen zu registrieren und rechtzeitig einzugreifen.

**DP: Dient das konsequente Vorgehen gegen die Rocker auch als eine Art Blaupause für andere Deliktfelder?**

**Raupach:** Ja, das kann man so sagen. Beispielsweise im Hooligan-Bereich. Da verfolgen wir auch, wenn mal wieder einer einem Beamten vor die Füße spuckt. Dann kriegt der Hool seine Strafe und das nervt den dann irgendwann. Kleinvieh macht eben auch Mist.

**DP: Mal ganz grundsätzlich, haben wir in Deutschland ein Ordnungsproblem?**

**Raupach:** Der Ordnungsbegriff ist in Deutschland gesellschaftlich belastet. Natürlich will niemand den Blockwart wieder einführen. Doch, wenn in einem Ordnungsbereich ein Vakuum auftritt, wird das gnadenlos ausgenutzt. Wenn wir beispielsweise alle Blitzer für eine Monat abbauen, wird das wohl nicht dazu führen, dass alle 50 fahren. Die Folge wären eher mehr Verkehrstote. Es kann doch nicht sein, dass Mitarbeiter von Ordnungsdiensten ein bestimmtes Lokal aus Angst nicht mehr kontrollieren wollen. Wenn wir sehen, dass ein Gerichtsvollzieher bei einer richterlich angeordneten Wohnungsräumung den Schutz von hundert Polizisten benötigt, ist etwas aus den Fugen geraten. Man kann ja über alles

diskutieren, aber an einem bestimmten Punkt muss halt Schluss sein. Es ist ein Erfolg der Task-Force, dass sich heute der einfache Streifenbeamte wieder traut, einen äußerlich erkennbaren Angehörigen der einschlägigen Rocker-Clubs im Straßenverkehr zu kontrollieren.

**DP: Herr Raupach, auf einer Veranstaltung der GdP Berlin zum Thema Rockerkriminalität Anfang Oktober 2012 sagten Sie „Die Task-Force wird es so lange geben, bis der letzte kriminelle Rocker verurteilt oder in Rente ist.“ Befürchten Sie, dass Sie zusammen mit einigen Rockern gemeinsam in den Ruhestand treten werden? Hat die Staatsanwaltschaft tatsächlich den notwendigen langen Atem und die Unterstützung, um diese mutige Ankündigung wahr werden zu lassen?**

**Raupach:** Rocker werden immer ein Teil der organisierten Kriminalität sein. Deshalb gilt es, ganz unabhängig von meiner eigenen Person, immer wieder neue Kolleginnen und Kollegen aufzubauen, die dieses Werk fortsetzen können. Die Task-Force darf natürlich nicht mit mir in Rente gehen. Der Staffelstab muss weitergegeben werden.

**DP: Die Task-Force ist erfolgreich, sorgt aber behördenintern für eine Menge Arbeit. Ziehen da alle Mitarbeiter an einem Strang?**

**Raupach:** Ja. Die 10 bis 15 Staatsanwältinnen, die regelmäßig an unseren Runden teilnehmen, sehen, hier geht's voran und gemeinsam kann man was erreichen. Dieses gute Gefühl nehmen alle Beteiligten mit in ihre Dienstbereiche und werben sehr erfolgreich für die Idee der Task-Force. Bedauerlich ist vielleicht, dass es uns noch nicht gelungen ist, Strafverfolgungsbehörden in anderen Bundesländern von unserem Weg der, nennen wir es mal, ganzheitlichen Bekämpfung der Rockerkriminalität zu überzeugen, obwohl auch andersorts, wie gerade in Duisburg, die Szene ein mehr oder weniger großes Problem darstellt. Denn eines ist klar: Strafverfolgung ist auch eine Art der Prävention.

**DP: Vielen Dank für das Gespräch.**

*Das Interview mit Oberstaatsanwalt Jörg Raupach führten Wolfgang Schönwald und Michael Zielasko.*



COP® Specials Mai / Juni 2013

Gültig vom 20.04. - 30.06.13

### 1 Handschuh COP® SGXN

Art.-Nr. 3205GXN-Größe  
Größen: XS - 3XL; Farbe: schwarz  
Material: 50% Ziegenleder, 50% Kunstfaser  
Der ARMOR-TEX® Innenhandschuh schützt die Hand rundum vor Schnittverletzungen.

EN 388



Abriebfestigkeit: Kategorie 3  
Schnittfestigkeit: Kategorie 5  
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4  
Durchstichfestigkeit: Kategorie 4

Aktionspreis  
€ 49,90  
statt 69,90



### 2 Under Armour® Dauntless Rucksack

Art.-Nr. UA1218020S (schwarz)  
Art.-Nr. UA1218020N (navy/grau)  
Größe: 48 x 33 x 18cm  
Volumen: 25 Liter  
Material: 100% Nylon  
Farbe: schwarz und navy/grau  
Robuster Rucksack von Under Armour® mit weißen Under Armour® Schriftzug auf der Vorderseite. Perfekte Größe für Handgepäck im Flugzeug.

Aktionspreis  
€ 25,90  
statt 34,90

### 3 Cargo-Short COP® SP 6,5 und SP 9,5



SP 9,5

SP 6,5

Schrittlänge 24 cm

Schrittlänge 16,5 cm

Aktionspreis  
€ 25,90  
statt 44,90

Art.-Nr. 3SPSKK-Bundweite (SP 6,5, Schrittlänge 16,5 cm)  
Art.-Nr. 3SPSLK-Bundweite (SP 9,5, Schrittlänge 24 cm)  
Farbe: khaki. Verfügbare Bundweiten: 3SPSKK: 28 - 44; 3SPSLK: 28 - 38  
Material: 100% Baumwolle. Mit 10 praktischen Taschen.

### 4 Under Armour® Tactical GTX Schuh Allseasongear®

Art.-Nr. UA12367745-Größe US  
Farbe: schwarz  
Größen: US 8 - 14 (EU 41 - 48,5)  
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 475 g  
Leichter knöchelhoher Stiefel mit wasserdichter GORE-TEX® Membrane und selbst-reinigender Sohle.

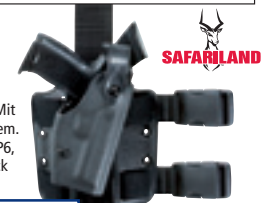


Aktionspreis  
€ 149,90  
statt 199,90

Größe US	8	8,5	9	9,5	10	10,5	11	11,5	12	13	14
Größe EU	41	42	42,5	43	44	44,5	45	45,5	46	47,5	48,5

### 5 SAFARILAND® Takt. Holster 6004 STX

Art.-Nr. SL6004  
In 4 Farben erhältlich.  
Taktisches Holster „6004 SLS/STX“. Mit dem patentierten SLS-Verschlusssystem. Für alle gängigen Dienstwaffen. - z.B. P6, P7, P8, P10, P2000, Walther P99, Glock und jetzt auch für Taser®



**PFLICHTANGABEN:**  
1) Waffe  
2) Links- od. Rechtshänder  
3) Farbe

Aktionspreis  
€ 149,90  
statt 219,90

Farben: beige, olivgrün, foliage green, schwarz



Aktionspreis  
€ 29,90  
statt 49,90

### 6 Hüfttaschenholster COP® MB61

Art.-Nr. 20000615  
Farbe: schwarz  
Material: 100% Polyester  
Maße: 28 x 16 cm  
Für Rechts- und Linkshänder geeignet. Hüfttaschenholster mit zwei aufgesetzten Taschen, dadurch werden die Konturen der Waffe komplett verdeckt.

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln, Preise bis zu 80% reduziert. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf [www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany  
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail [service@cop-gmbh.de](mailto:service@cop-gmbh.de)

[www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)

\*\*\* ehemaliger Verkäuferpreis  
\*\* Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. April bis 30. Juni 2013 \* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.

# **Bundesweit einheitlich bezahlte Polizei gefordert**

**und – um im Bild zu bleiben – wohl auf dem Abstellgleis angekommen. Deshalb die klare Ansage des damaligen GdP-Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut an die Verantwortlichen in der Politik: „Diese Mehrklassen-Polizei muss abgeschafft werden.“ Dazu müsse die Gewerkschaft den öffentlichen Druck deutlich erhöhen. Es sei ein Unding, dass die Kolleginnen und Kollegen bei gleichen Aufgaben von Bundesland zu Bundesland beispielsweise teils einige Hundert Euro mehr oder weniger im Monat verdienen. Die zweitägige GdP-Fachtagung „Die föderale Polizei im demografischen Wandel“ Ende April in Berlin beschäftigte sich mit den deutlich spürbaren Auswirkungen des sogenannten Jahrhundertwerks Föderalismusreform und suchte nach Wegen in eine bessere Zukunft, denn die gegenwärtige Situation hat Folgen für die Nachwuchsgewinnung.**

Arbeitszeit vieler Polizistinnen und Polizisten mal haben wird, ahnte damals wohl kaum jemand, obwohl sich viele Kritiker lautstark zu Wort meldeten.

Die GdP sieht zurückblickend ihre Befürchtungen bestätigt. Durch die beschlossene Verlagerung der Zuständigkeiten für die Besoldung und Versorgung der Polizeibeschäftigten in die Länder gebe es jetzt bis zu 17 unterschiedliche Besoldungsordnungen, Beihilferegelungen oder Versorgungsleistungen, fasste der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek die aktuelle Situation zusammen. „Damit ist Deutschland, was die Belange der Polizei angeht, in einem zusammenwachsenden Europa in eine mittelalterliche Kleinstaaterei zurückgefallen“, sagte Radek vor den rund 100



**E**s war der 11. November 2005, als CDU, CSU und SPD den Koalitionsvertrag unterzeichneten, mit dem die „Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung auf der Grundlage der Föderalismuskommission von Bundestag und Bundestag“ in Angriff genommen wurde. „Deutschland braucht einen modernen öffentlichen Dienst, um für den Bürger effizient Verwaltungs-

dienstleistungen erbringen zu können. Wir wollen die Leistungsbezogenheit des Dienstrechts und einen flexiblen Personaleinsatz weiter fördern und ein Besoldungsrecht schaffen, mit dem die individuelle Leistung besser gewürdigt werden kann, ohne dass neue aufwändige Bürokratie entsteht“, gaben die Koalitionäre als Ziel vor. Welche gravierenden Folgen dies für die Besoldung, Versorgung und

**Auf dem Podium (v. l.): Karsten Schneider, Leiter Abteilung Beamte und öffentlicher Dienst beim DGB-Bundesvorstand, Bernhard Witthaut, bisheriger GdP-Bundesvorsitzender, Michael Hartmann, Innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Ingrid Heckner (CSU), Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes im bayerischen Landtag, und Diskussionsleiter Carsten Köppl, Behörden Spiegel Foto: GdP/Immel**



Teilnehmern der Fachtagung, darunter viele Polizeibeamtinnen und -beamte aus allen Bundesländern.

### „Beamte als Sparschweine missbraucht“

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses (BFA) Beamten- und Besoldungsrecht, Carsten Baum, sprach vor den Teilnehmern von einem „Flickenteppich“, den die Föderalismusreform angerichtet hat. Von einer „Wiedergewinnung des föderalen Gleichgewichts“ könne nicht die Rede sein. Vielmehr mache das Wort von der „Verdörflichung der Republik“ die Runde. „Es herrscht Kleinstaaterei mit 17 unterschiedlichen Laufbahnregelungen, bei der ein Wechsel immer schwerer wird. Das bringt weniger statt mehr Mobilität und ist letztlich eine Schwächung des Berufsbeamtentums“, warnte Baum. Er betonte: „Die verfassungsrechtlich gebotene Schaffung weitestgehend einheitlicher Lebensverhältnisse hat die Föderalismusreform nicht befördert, sondern behin-



**Der niedersächsische GdP-Landes- und jetzige stellv. Bundesvorsitzende Dietmar Schilff (r.) im angeregten Disput mit seinem Landesvorstandskollegen Martin Hellweg.**

tig aus. Bei der Besoldung, aber auch in den übrigen Bereichen wie Versorgung

nuar 2013 in der Besoldungsgruppe A 7 die Einkommensdifferenz zwischen dem Erstplatzierten (Bund) und dem Berliner Beamten monatlich 317,32 Euro, in A 10 waren es schon 397,86 Euro und in A 14 immerhin 594,39 Euro. Noch gravierender waren die – mittlerweile als verfassungswidrig erkannten – Unterschiede in den Hochschul-Besoldungsgruppen W 2 und W 3, wo die Differenz bei mehr als 1.000 Euro im Monat lag.

Nachdem die Länder die Lebensalters-Höchstgrenze für die neu einzustellenden Beamtinnen und Beamten zum Teil weit über das 30. Lebensjahr hinaus angehoben haben, zugleich aber festlegten, dass die anfängliche Bezahlungseinstufung (Anwärterbezüge) nicht mehr nach Lebensalter (Dienstalter), sondern nun grundsätzlich immer in der ersten Erfahrungsstufe erfolgt, führt dies für einen über 30 Jahre alten Bewerber zu einem monatlichen Einkommensnachteil von mehr als 300 Euro (Beispiel: Rheinland-Pfalz, ab 1. Juli eingestellte Beamtenanwärter). Der Sonderzuschlag für Kinder beträgt in Niedersachsen 120 Euro, in Bremen nur 25,56 Euro. Im Bund gibt es wieder 60 Prozent Weihnachtsgeld (Sonderzahlung), in den Ländern sind Weihnachts- und Urlaubsgeld abgeschafft oder niedrigschwellig in Grundgehälter eingearbeitet worden.

Zudem gibt es in dem einen Land kostengünstige Freie Heilfürsorge, in den anderen Ländern nach jeweils unterschiedlichen Mustern (und in den letzten Jahren auch in abnehmendem Umfang) Beihilfe. Die Wochenarbeitszeit liegt in Hessen bei 42 Stunden, in anderen Län-



**Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek (l.) im Meinungsaustausch mit Carsten Baum, Vorsitzender BFA Beamten- und Besoldungsrecht. Fotos: GdP/Immel**

dert. Beamte werden als ‚Sparschweine‘ missbraucht.“

Die Länder, so der BFA-Vorsitzende, schöpften jedenfalls ihren „weiten Gestaltungs- und Ermessensspielraum“ tatkräf-

und Arbeitszeit zeige sich zugleich eine immer stärker werdende Spaltung der Republik in Gewinner- und Verliererländer.

### Lange Liste teils immenser finanzieller Unterschiede

Als Beweis führte Baum eine Reihe von Beispielen an: So betrug zum 1. Ja-



# Es war einmal ...

## Diskussionsbeitrag von Kevin Komolka aus Niedersachsen zur Nachwuchsgewinnung

Ich habe, heute 24, das Studium 2010 beendet und möchte zum Thema „Ist der Polizeiberuf noch attraktiv?“ sprechen. Um diese Frage zu beantworten, will ich darlegen, warum ich mich für den Polizeiberuf entschieden habe. Meine Erfahrungen möchte ich so schildern, als hätte ich beim Studium keine GdP-Insiderinformationen bekommen, und in Form eines Märchens, die dem Leser offenlassen, ob das Ende gut oder schlecht ist. Also: es war einmal 2006 bei meinem Einstellungsberater in Hannover, der mich mit den Worten „Sie haben sich einen sicheren, gut bezahlten Beruf ausgesucht, in dem Teamfähigkeit und Kollegialität ganz oben stehen. Man erwartet aber auch, dass Sie den Beruf nicht nur als Beruf, sondern als Berufung betrachten und sich dieser voll hingeben. Hätte ich gewusst, dass er damit auch die Hingabe von Geld in Form von Zusatz-Versicherungsleistungen und Lohnkürzungen (Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld) meint, hätte ich das sicherlich hinterfragt.“

So entschied ich mich aber für den sicheren und gut bezahlten Beruf und begann am 1. Oktober 2006 mein Studium an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege in Hannoversch Münden. Ich stellte fest, mein Einstellungsberater hatte Recht. Ich verdiente 900 Euro netto, deutlich mehr als meine Freunde in Ausbildung und Studium. Gut, er hatte mir verschwiegen, dass ich 70 Euro Kranken- und Pflegeversicherung monatlich bezahlen muss, aber dann blieben immer noch 830 Euro übrig. Auch der Teamgeist ließ sich spüren, 23 Personen in einer Studiengruppe, alle fangen bei null an, man hilft sich gegenseitig und unterstützt die Schwächeren. Unsere Dozenten kommen gern in den Unterricht, sind motiviert und bringen uns viel bei. So vergeht das erste Jahr wie im Flug und das erste Praktikum steht bevor.

Sechs Monate Hannover, Polizeiinspektion Mitte folgen. Mein Anleiter und ich sind ein starkes Team. Doch irgendwas ist komisch. Ich erfahre, dass die Berufung Polizei doch nicht so gut sein soll. Streichungen von Weihnachts- und Urlaubsgeld seien kurz vor meiner Einstellung vollzogen worden, die Kollegen und Kolleginnen zahlen bis zu 260 Euro Kranken- und Pflegeversicherung.

Ich erfahre, dass Überstunden in nahezu dreistelliger Höhe keine Seltenheit sind und stelle fest, dass ich in zweieinhalb Monaten selbst schon 42 Überstunden habe. Freie Wochenenden seien selten und auch da stelle ich fest, dass mein letztes auch schon fünf Wochen her ist.

Mit diesen Gedanken gehe ich zurück zur Fachhochschule. Doch was ist passiert? Ein großes Schild „Polizeiakademie Niedersachsen“



Foto: GdP/Immel

strahlt mir am Eingang entgegen. Unser Ausbilder, der inzwischen LFBA, Lehrkraft für besondere Aufgaben, heißt, begrüßt uns mit den Worten: „Endlich wieder richtig unterrichten, hallo gemiebtes Diplom!“ Das mussten wir erst mal sacken lassen und uns von ihm berichten lassen, was wir in dem halben Jahr Praktikum verpasst haben. Es gibt nun einen Bachelorstudiengang, der praxisnäher sowie international anerkannt sein soll und der das Diplom aufs Abstellgleis schiebt. Plötzlich sind wir das „Alte Eisen“. Augen zu und durch heißt es also und eineinhalb Jahre später ist es geschafft, die verstaubte Diplomurkunde in der Hand geht es in die Bereitschaftspolizei!

Ich treffe alte Kolleginnen und Kollegen aus den vorherigen Studienjahren wieder. Ich freue mich, aber irgendwas ist mit ihnen. Sie sehen abgearbeitet und ausgebrannt aus. Wo ist die Fröhlichkeit und Motivation hin? Ich erfahre, dass viele Beziehungen aufgrund von übermäßigen Einsätzen und Arbeitszeiten zu Bruch gegangen sind. Überstunden in dreistelliger Höhe die Regel sind und sich Geldsorgen breit machen. 1.896 Euro netto in Besoldungsgruppe A 9 minus 260 Euro Kranken- und Pflegeversicherung decken zwar die laufenden Kosten, aber an Urlaub, der wohlverdient und notwendig für die Kollegen ist, ist nicht zu denken. Wutentbrannt denke ich an meinen Einstellungsberater – gut bezahlter Beruf, so so ...

Doch es geht noch weiter, ich erfahre am eigenen Leib, was der Begriff „Bürgerkontakt“ anscheinend in Wirklichkeit bedeutet. Warum spuckt mich dieser Mensch an, obwohl ich ihm doch nur gesagt habe, dass er hier nicht durchgehen kann? Warum beschmeißt mich der da mit einer Bierflasche, obwohl ich ihn doch nur vor der wilden Horde hinter mir schützen will? Und warum zur Hölle ist mein Freund lebensgefährlich mit einem Messer verletzt worden, obwohl er nur eine Frau vor ihrem prügelnden Ehemann retten wollte?

Aber das schlimmste sollte noch kommen. Was ist mit dem so hoch aufgehängten Teamgeist passiert? Der ist weg! Plötzlich ist sich jeder selbst der nächste, weil die Beförderungschancen gleich null sind – 10 bis 15 Jahre Wartezeit auf eine Beförderung nach A 10. Man bringt sich gegenseitig nichts mehr bei, gönnt dem anderen keinen Erfolg, keinen Lehrgang, keine Anerkennung mehr. Den Schwächeren wird nicht mehr geholfen sondern es wird sich daran erfreut, dass man „besser“ ist.

Ich brems mich an dieser Stelle, möchte aber dennoch noch eine kurze Zusammenfassung geben: Der Polizeiberuf mag von außen noch sehr attraktiv sein. Oder vielleicht wird er auch nur marketingstrategisch attraktiv gemacht durch Kinowerbung, Hochglanzflyer und coole Werbesprüche. Dennoch ist es so, dass viele Vorstellungen und Wünsche an diesen Beruf im Laufe des Studiums und kurz danach langsam verblassen und sich die Realität zeigt: Man ist Opfer von Sparzwängen: Um Einstellungszahlen zu halten werden die Berufoanforderungen herabgesetzt. Wo ich 2006 in Niedersachsen noch einen NC im Abitur von 2,0 haben musste, reichen jetzt ausreichende Leistungen in Deutsch und Mathe. Kein Wunder, dass wir seit Jahren 6.000 Bewerberinnen und Bewerber halten können. Man arbeitet nicht mehr mit-, sondern gegeneinander. Und demjenigen, dem das in Niedersachsen nicht passt, der wechselt eben fröhlich durch die Republik in das Bundesland, das ihm von den Leistungen her am meisten zusagt. Es ist eben nicht überall gleich schlecht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, „und wenn sie nicht gestorben sind ...“







Die Diskussion über die unterschiedlichen Bezahlungen der Polizisten wird in der Pause intensiv fortgesetzt.

Foto: GdP/Immel

dern bei 40, bei den Tarifbeschäftigten vielfach darunter, das eine Land bietet die Möglichkeit zur Altersteilzeit, das andere nicht. Wer seine gefährliche Tätigkeit als SEK/MEK-Beamter des Bundes oder in Hessen ausübt, bekommt eine Zulage von 300 Euro, sein Pendant in Bayern 250 Euro, in Thüringen 225 Euro, in Berlin und in vielen anderen Ländern aber nur 153 Euro monatlich. Und diese Liste der Ungerechtigkeiten ließe sich fortsetzen.

### Sicherheit wird zu einer Frage des Wohnortes

„Die Föderalismusreform I hat die Erwartungen aus Sicht der Polizei nicht erfüllt“, fasste Carsten Baum die Entwicklungen seit 2006 zusammen. Es gebe nicht nur auf die drängenden Fragen der Gegenwart – beispielsweise der Frage nach einer nachhaltigen Finanzierung der Versorgung – keine angemessenen Antworten. „Auch von der mit der Reform bezweckten höheren Mobilität sind wir

Anzeige

**Ich**  
SEHE DIE WELT  
MIT MEINEN  
EIGENEN AUGEN

**TARIF DER DEUTSCHEN POLIZEI:**  
STATT 1.250 EURO PRO AUGE  
**AUGENLASERKORREKTUR**  
**945 Euro** \*  
MAX. PRO AUGE

In 30 Sekunden zu einem Leben ohne Brille –  
Vereinbaren Sie Ihr kostenfreies Infogespräch.

0800 8888 474 [www.care-vision.de](http://www.care-vision.de)  
GEBÜHRENFREI

\* Preise können gem. GOÄ leicht variieren.

**CARE VISION**  
AUGENLASERKORREKTUREN

**SOFORT**  
SICHTBARES  
ERGEBNIS

**25**  
JAHRE  
ERFAHRUNG



weit entfernt, ebenso von einem föderalen Gleichgewicht. Vor uns liegt ein Problemberg. Es herrscht Kleinstaaterei, finanzschwache Länder werden zunehmend abgehängt.“ Auch die Vertrauensbasis zwischen Beamten und Dienstherr sei erschüttert, und eine unsichere Besoldung bilde keine geeignete Basis für die so gern propagierte ergänzende Eigenvorsorge, erklärte Baum.

GdP-Vize Radek kritisierte in diesem Zusammenhang scharf die Weigerung von

bildes des Polizisten. Dies sei gerade angesichts des demografischen Wandels und einer einhergehenden immer schwerer werdenden Nachwuchsgewinnung fatal. „Die alternde deutsche Gesellschaft macht nicht vor der Polizei halt. In fast allen Bundesländern droht aufgrund von Überalterung und geringen Neueinstellungen Personalnot“, mahnte Witthaut. Er warnte vor einer künftigen verminderten Einsatzfähigkeit der Polizei. In den Bundesländern sei ein Durchschnittsalter

Thema auf der Fachtagung. Witthaut forderte Bund und Länder generell auf, „jetzt dringend mehr Personal vorsorglich einzustellen, weil der Wettstreit um die Köpfe ansonsten zum Nachteil der Polizei und des öffentlichen Dienstes ausgehen wird“. Angesichts der demografischen Entwicklung muss man sich bei den Bewerbergesprächen auf einen steigenden Anteil von Frauen, Nichtdeutscher aus anderen EU-Ländern und Kandidaten mit ausländischen Wurzeln einstellen.



**Konzentriert verfolgen die Tagungsteilnehmer die Redebeiträge.**

**Fotos: GdP/Immel**

**Engagierte Wortmeldung des GdP-Bundesvorstandsmitglieds Rüdiger Seidenspinner.**

Landesregierungen, den Tarifabschluss des Öffentlichen Dienstes in diesem Jahr auf die Polizeibeamtinnen und -beamten zu übertragen. „Es gibt keinen vernünftigen Grund, uns von der Einkommensentwicklung abzukoppeln. Gerade diejenigen, die sich täglich für die Bürgerinnen und Bürger einsetzen, haben so eine Missachtung nicht verdient“, sagte er. Mit Blick auf die Zukunft warnte Radek, die verschiedenen Bezahlssysteme mit den teils immensen finanziellen Unterschieden für die Kolleginnen und Kollegen führten dazu, dass die Qualität der inneren Sicherheit der Bürger künftig immer mehr zu einer Frage des Wohnortes werde.

### Personalnot in Dienststellen durch Überalterung vorsorglich stoppen

Unter diesen insgesamt unzumutbaren Zuständen, so der bisherige GdP-Bundesvorsitzende Witthaut in der Diskussion, leide auch die Attraktivität des Berufs-

der Beamten von 48 Jahren, in einigen Dienststellen auch 55, nicht ungewöhnlich. „Diese Kollegen sind natürlich nicht mehr immer in der Lage, jedem Jugendlichen hinterherzulaufen.“

Bis 2021 geht zudem Berechnungen zufolge die Hälfte des jetzigen Personals in Ruhestand. Wegen geringer Neueinstellungen werde diese Lücke aber nicht zwangsläufig zu einer Verjüngung der Belegschaft führen. Um die Überalterung und die damit einhergehende Personalnot zu stoppen, müssen laut damaligem GdP-Chef die Innenminister kurzfristig spezielle Programme zur Entlastung entwickeln. Zudem regte er an, Modelle zu entwickeln, zum Beispiel die Arbeitszeit älterer Kollegen zu verkürzen und Altersteilzeit wieder einzuführen.

### Steigender Anteil von Frauen in der Polizei

Die Nachwuchsgewinnung spielt also künftig eine große Rolle. Das zeigte auch die lebhafteste Diskussion zu diesem

Auch sogenannte ältere Seiteneinsteiger rücken zunehmend in den Blick.

Einen großen Stellenwert bei den Kandidaten für den Polizeiberuf nehmen, so die Erfahrungen, die Bindungen zum Heimatort, das soziale Umfeld und möglichst geringe Fahrzeiten zur Arbeitsstelle ein. Mit Blick auf die Angebote in der freien Wirtschaft komme es auch auf Schnelligkeit in den Bewerbungsverfahren an. Innerhalb von zehn Wochen sollte dem Mann oder der Frau Bescheid gegeben werden, ob er und sie dabei ist. Als zeitgemäß wurde in der Debatte die Möglichkeit von Online-Bewerbungen angeregt, jedoch angemerkt, dass dies persönliche Gespräche nicht ausschließen darf. Viele Bewerber fielen raus, weil einfach die notwendigen Unterlagen nicht vollständig seien.

### Bewerber haben Probleme mit Deutsch und Sport

Als problematisch auf der Suche nach geeigneten Kandidaten erweisen



sich die teils ungenügenden Kenntnisse in Deutsch und Mathematik, aber auch die erheblichen Fitnessmängel im Sport. Noch weniger Anforderungen beim Eignungstest gingen doch gar nicht, brachte ein Tagungsteilnehmer die unbefriedigende Situation auf den Punkt.

Dass im „Kampf um die Köpfe“ auch die öffentliche Werbung immer mehr in den Blickpunkt rückt, zeigen die in der Diskussion erwähnten Beispiele aus Niedersachsen, wo die Polizei seit 2011 erfolgreich eine Karriere-Facebook-Fan-Seite betreibt, und Hamburg, das mit dem Slogan „Mit Blaulicht durch's Rotlichtviertel“ junge Leute ansprechen möchte. Dass der Polizeiberuf nach wie vor bei Jugendlichen ganz oben steht, belegt eine Befragung von 530.000 Studienabgängern. Dieser erste Platz als Ausgangsposition müsse bei allen Anstrengungen um Nachwuchs genutzt werden, war ein wesentlicher Tenor der Debatte. Wie schwierig und zugleich widersprüchlich die Lage ist, zeigen zugleich zwei weitere Zahlen: So

hätten bei einer Erhebung über 90 Prozent der Bewerber angegeben, dass das Gespräch mit Polizisten ausschlaggebend für ihren Berufswunsch war, andererseits ergab eine andere Untersuchung, dass 60 Prozent der Polizisten meinten, sie könnten ihren Kindern nicht empfehlen, zur Polizei zu gehen.

**Fazit:** Am Ende blieben viele Fragen und eine ganze Reihe von Forderungen. Man ist fast geneigt zu sagen, dass es damals vielleicht eine außerirdische Kraft war, wie der SPD-Innenexperte Michael Hartmann rückblickend auf den Beschluss über die Föderalismusreform I auf der abschließenden Podiumsdiskussion bemerkte. „Heute will es keiner mehr gewesen sein“, fügte der Bundestagsabgeordnete polemisch hinzu. Es geht nach den Worten des Leiters der Abteilung Beamte und öffentlicher Dienst beim DGB-Bundesvorstand, Karsten Schneider, jedoch nicht um Neiddebatten, sondern um gleichen Lohn für gleiche Arbeit. „Wenn wir uns

auch noch im öffentlichen Dienst Konkurrenz machen, ist das angesichts des demografischen Wandels fehl am Platze“, stellte er klar.

Es gebe bei der Suche von geeigneten Bewerbern für den Polizeiberuf so schon klare Nachteile im Vergleich zu Unternehmen wie BMW, warf Ingrid Heckner, Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes im bayerischen Landtag, ein. Deshalb gelte es, bei der Nachwuchsgewinnung die Vorteile des öffentlichen Dienstes wie Sicherheit und Planbarkeit der eigenen Lebensvorstellungen hervorzuheben, sagte die CSU-Politikerin.

Wolfgang Schönwald



QR-Code:  
Zur Bildergalerie der  
GdP-Fachtagung

## MAI-EINSÄTZE

# Friedlicher im Frühling

**Als die Dunkelheit den Berliner Prachtboulevard Unter den Linden in das bei den Touristen so beliebte romantische Licht tauchte, sah es in Berlins Mitte fast wie immer aus, wenn das Wetter die Flanierer und Lustwandler auf das Pflaster lockt. Nur eines war anders an diesem Abend des 1. Mai 2013: Hamburger Gitter versperrten auf Höhe des Willy-Brandt-Forums den Zugang zum erhaben strahlenden Brandenburger Tor. „Sie haben ihr Ziel erreicht“ hätte dann die Stimme eines Navigationsgerätes den rund 9.000 Teilnehmern der traditionellen „Revolutionären-1.-Mai-Demo“ zugerufen. Eine Zielankunft, die viele Mai-Demo erfahrene Beobachter dem oft von Gewalteskalationen begleiteten Aufzug nicht zugetraut hätten.**

Rund zehntausend Einsatzkräfte aus fast dem gesamten Bundesgebiet hatten damit ihren Auftrag rund um den Tag der Arbeit erledigt. Und sie taten es mit der richtigen Balance zwischen souveräner Gelassenheit und konsequentem Eingreifen. So war es der Berliner Polizei sowie den zahlreichen Unterstützungskräften aus mehreren Ländern und der Bundespolizei gelungen, die in der Vergangenheit oft durch massive Ausschreitungen belasteten Demonstrationen linksautonomer wie rechtsextremistischer Gruppierungen und Parteien rund um den Mai in der Hauptstadt weitgehend friedlich zu gestalten. So friedlich, wie schon lange nicht mehr,

bilanzierte die GdP gegenüber der Presse.

### Stolzer Innensenator

Die Strategie der Polizei ist nach den Worten von Berlins Innensenator Frank Henkel am Tag der Arbeit vollständig aufgegangen. Dank des professionellen Einsatzes der mehr als 7.000 Beamtinnen und Beamten habe Berlin einen der friedlichsten Mai-Feiertage seit Beginn des Gewalttrials im Jahre 1987 erlebt, sagte Henkel vor Journalisten am Tag danach. Er dankte den Polizisten für ihren Einsatz. „Ich bin sehr stolz“, sagte der Innen-



**Sparsame Pyrotechnik: Nur einmal flammte in der Walpurgisnacht ein sogenanntes Bengalo auf und tauchte eine der kleineren Nebenstraßen in aufrührerisches Licht.**

Foto: Zielasko





senator. Er äußerte sich zuversichtlich, dass das Gewaltritual am 1. Mai künftig durchbrochen werden könne.

Nach Polizeiangaben wurden 54 Poli-

mals bis zum Ziel unweit des Brandenburger Tores führte, und schon aufgrund der Streckenführung für Skepsis im Vorfeld sorgte, beurteilten GdP-Einsatzbeobachter und Einsatzkräfte auf der Route bis auf kleinere Zwischenfälle als bemerkenswert ruhig.

Zu einzelnen Krawallen kam es am Mittwocha-bend unterdessen in Hamburg. Hier wurden nach Polizeiangaben mehrere Beamte verletzt. Oliver Malchow, noch stellvertretender GdP-Bundsvorsitzender, war am 1. Mai aus Wolfsburg, wo er auf einer Gewerkschaftskundgebung gesprochen hatte, nach Berlin geeilt, um sich in Begleitung des Berliner GdP-Vorsitzenden

fessionellen Vorgehen gratuliert die GdP den Einsatz- und Führungskräften.“ Das gelte ebenso, so Malchow weiter, für die Kolleginnen und Kollegen in Hamburg, wo es bedauerlicherweise zu mehr Krawallen



**Oliver Malchow, damaliger stellvertretender GdP-Bundsvorsitzender, im Gespräch mit einer schleswig-holsteinischen Wasserwerfer-Besatzung am Rande der Demonstrationsstrecke der „Revolutionären-1.-Mai-Demo“.**  
Foto: Sascha Braun



**Berlins Innensenator Frank Henkel zog am Mittag eine vorläufig positive Bilanz der Polzeieinsätze rund um die Mai-Veranstaltungen. Er äußerte die Hoffnung, dass auch die ab 18 Uhr angekündigte „Revolutionäre-1.-Mai-Demonstration“ friedlich verlaufen werde. Vertreter der Gewerkschaft der Polizei aus Bund und Ländern sowie Personalräte der Berliner Polizei begleiteten den Einsatz und betreuten die Kräfte.**  
Foto: Zielasko

zistinnen und Polizisten in der Walpurgisnacht und am 1. Mai verletzt. „Jeder verletzter Polizist ist aber einer zu viel“, stellte Henkel trotz der erfreulichen Bilanz klar. Auf die Frage, ob künftig die Zahl der Polizisten an diesen Tag verringert werden könne, antwortet der Senator, dies werde jedes Jahr entsprechend der Lage neu entschieden.

Vor allem die althergebrachte „Revolutionäre-1.-Mai-Demo“, die in diesem Jahr aus dem Berliner Stadtteil Kreuzberg erst-

Michael Purper und GdP-Justiziar Sascha Braun vor Ort ein Bild des Polizei-Einsatzes in der Bundeshauptstadt zu machen.

### Hoch professionelles Vorgehen

Gegenüber der Presse bilanzierte er: „Die Polizei hat wie bereits im Vorjahr demonstriert, dass sie den Spagat zwischen Gewähren lassen und geradlinigem Durchgreifen beherrscht. Zu diesem hoch pro-

und auch schwereren Angriffen auf die Polizei gekommen war.

Als positiv bezeichnete Malchow zugleich, dass es in Berlin zu deutlich weniger verletzten Beamtinnen und Beamten als im Vorjahr, wo insgesamt 124 Einsatzkräfte den Dienst beenden mussten, gekommen sei. Auch in der Hansestadt seien nach Angaben der GdP-Hamburg deutlich weniger Verletzte zu beklagen.





*Links: Weitgehend friedliche Kapitalismus-Kritik äußerten rund 9.000 Teilnehmer der „Revolutionären-1.-Mai-Demo“.*

*Mitte: Griechische Demonstranten an der Spitze des Revolutionären Aufmarsches: die Berliner Tageszeitung „taz“ macht die Hellenen in einem Bericht über die Kundgebungen für das „ungewohnt gemächliche“ Tempo des Aufzuges verantwortlich.*

*Rechts: Vier Aktivisten hatten zunächst den Start des Neonazi-Marsches verzögert. Die Blockade-Aktion, die an Castor-Transport-Widerstand erinnerte, wurde von der Polizei mit Augenmaß beendet. Den Demonstranten droht nun eine Strafanzeige wegen Nötigung.*

*Fotos (3): Michael Zielasko*

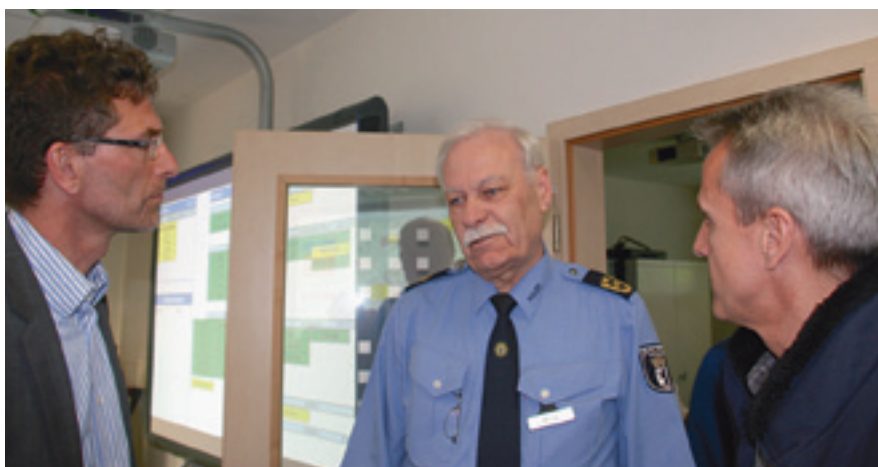
### Noch immer hoher Personaleinsatz

Der damalige GdP-Vize äußerte die

Im Gespräch mit GdP-Einsatzbegleitern bewerteten erfahrene Einsatzkräfte die Lagebewältigung rund um den Tag der Arbeit in der Bundeshauptstadt als vergleichsweise entspannt und gut organisiert. So wurde

### Friedliches Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt

Mehrere tausend überwiegend fried-



**Jürgen Klug, Leiter des Stabes des Polizeipräsidenten und Gesamteinsatzleiter des Mai-Einsatzes in Berlin, erläutert der GdP-Delegation in der Befehlsstelle die Lagebewältigung. Im Bild links, Oliver Malchow, damaliger stellvertretender Bundesvorsitzender und rechts, der Berliner GdP-Chef Michael Purper. Foto: Sascha Braun**



**Informationen aus erster Hand: Einsatzleiter Prof. Michael Knappe (l.) bringt den GdP-BePo-Bundesfachausschussvorsitzenden Bernhard Schmidt auf den neuesten Stand in Sachen Neonazi-Demo am Mittag des 1. Mai in Berlin. Foto: Zielasko**

Hoffnung, dass sich der in den vergangenen Jahren abzeichnende Trend zu nahezu störungsfreien Mai-Aufzügen fortsetzt.

Nicht zuletzt könnte so der hohe Personaleinsatz rund um den Tag der Arbeit spürbar verringert und die Belastung ihrer Kolleginnen und Kollegen deutlich gemindert werden. Malchow: „Ich wünsche mir, dass meine Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen den 1. Mai als Möglichkeit nutzen können, ihre eigenen Interessen bei Demonstrationen und Kundgebungen zum Ausdruck zu bringen.“

dem Vorsitzenden des GdP-Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei (BFA BePo), Bernhard Schmidt, während der beiden Tage fast nur Positives berichtet.

Nennenswerte Klagen über die Verpflegung und die Unterbringung während des Einsatzes, so Schmidt, hätte es nicht gegeben, eher im Gegenteil. Schmidt: „Nichtsdestotrotz ist die Belastung, der die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizeien ausgesetzt sind, noch immer zu hoch. Manche Kräfte befinden sich ja quasi auf Deutschland-Tour.“

liche Menschen hatten bereits am Morgen des 1. Mai in Berlin-Schöneeweide ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus und Fremdenhass gesetzt. Der Polizei war es unter Aufbietung massiver Präsenz gelungen, die Gegendemonstranten von den rund 400 aufmarschierenden Neonazis zu trennen und somit größere Auseinandersetzungen zu verhindern. Gegen 14 Uhr hatten die Rechtsextremen ihren etwa eineinhalbstündigen Aufzug beendet. Im



## MAI-EINSÄTZE

Vorfeld angekündigte Sitzblockaden waren von den rund 1.200 eingesetzten Beamten unterbunden worden.

### Walpurgisnacht schon ruhig

Die Demonstrationen, Kundgebungen und Feste am Vorabend des 1. Mai waren in Berlin bereits überwiegend friedlich verlaufen. Rund 3.000 Polizistinnen und Polizisten aus der Bundeshauptstadt und

mehreren Bundesländern waren im Einsatz. BFA-BePo-Vorsitzender Bernhard Schmidt lobte dabei vor allem das besondere Auftreten seiner Kolleginnen und Kollegen.

Nur vereinzelt war es zu kleineren Zwischenfällen gekommen. 20 Menschen wurden bei einem Protest gegen Neonazis im Stadtteil Schöneweide vorläufig festgenommen. Ihnen wird laut Polizei nunmehr Vermummung, Landfriedensbruch und Sachbeschädigung vorgeworfen.

Auch im Mauerpark im Berliner Prenzlauer Berg feierten am Abend hunderte Menschen. Wie im Vorjahr nahm die Polizei Taschenkontrollen vor und Anti-Konflikt-Teams wirkten deeskalierend. Auch in Hamburg, wo es in den vergangenen Jahren wiederholt zu massiven Ausschreitungen gekommen war, berichtete die Polizei von einem insgesamt ruhigen Mai-Vorabend.

Michael Zielasko

## PREISE

### Preis der Deutschen Hochschule der Polizei 2013

**Die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol) als gemeinsame Bildungs- und Forschungseinrichtung der Polizeien des Bundes und der Länder vergibt in diesem Jahr den Preis für herausragende wissenschaftliche Arbeiten zu Themen aus dem Bereich der inneren Sicherheit. Die Ehrung ist mit 10.000 Euro dotiert und kann bei mehreren preiswürdigen Arbeiten geteilt werden.**

Voraussetzungen: Noch unveröffentlichte oder nach dem 1. Januar 2012 veröffentlichte Arbeiten in deutscher oder englischer Sprache, die bedeutende Beiträge zur polizeiwissenschaftlichen Forschung leisten und den Behörden und Einrichtungen der Polizeien von Bund und Ländern neue Erkenntnisse erschließen.

In Frage kommende Themen umfassen den gesamten Bereich der polizeiwis-

senschaftlichen Forschung. Besonders erwünscht sind interdisziplinär ausgerichtete Arbeiten.

Neben Dissertationen, Habilitationsschriften und anderen wissenschaftlichen Texten können auch herausragende studentische Abschlussarbeiten (Master- bzw. Diplomarbeiten) eingereicht werden.

Von der Teilnahme ausgeschlossen sind Arbeiten von Mitgliedern der Hoch-

schule oder solche, die mit Unterstützung der DHPol entstanden sind.

Über die Vergabe des Preises entscheidet eine Kommission der Deutschen Hochschule der Polizei unter Ausschluss des Rechtsweges.

**Einsendeschluss ist der 30. September 2013 (Eingang bei der DHPol).** Der Arbeit ist eine kurze Biografie der Verfasserin oder des Verfassers beizufügen.

**Weitere Auskünfte erteilt die Deutsche Hochschule der Polizei, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Tel.: 02501/806-230, Fax: 02501/806-423,**

**E-Mail: [pressestelle@dhpol.de](mailto:pressestelle@dhpol.de)**

**Mehr Informationen unter [www.dhpol.de](http://www.dhpol.de)**  
Norbert Reckers

## SNIFFER DOGS

### Symposium taucht ein in die Welt der Hundenasen

Die Hundenasen spielt in der Verbrechensbekämpfung, der Vermisstensuche, oder der Medizin eine immer größer werdende Rolle. Die Riechleistung des tierischen Organs ist außergewöhnlich und für den Menschen unvorstellbar. Wissenschaftlich sind die Möglichkeiten und Grenzen bei der Geruchsdifferenzierung bislang wenig erforscht. Die Einsatzmöglichkeiten von speziell ausgebildeten Diensthunden – Sniffer Dogs – sind breit gefächert.

Mit der Odorologie, die Lehre vom Geruch, speziell dem Geruchsinn des Diensthundes, beschäftigt sich erstmals ein Symposium des Rechtsmedizinischen Instituts des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf vom 10. bis 12. Septem-

ber 2013 im Medizinhistorischen Museum der Einrichtung.

An den zwei Tagen des Symposiums geht es unter anderem um die Fragen: Wissen wir überhaupt wie oder was der Hund riecht, wie er lernt und denkt? Wie können wir uns das Wissen um das Wesen des Hundes in der Ausbildung zu Nutzen machen?

Einführen in die Welt des Hundes und der Hundenasen werden Prof. Dr. med. Klaus Püschel, Direktor des Instituts für Rechtsmedizin, Dr. med. Christine Schüler, Ärztin für Allgemeinmedizin, und Hansjörg Kaminski, Polizeibeamter im Ruhestand. Die Themenschwerpunkte

sind: Riechen und Geruch, Leichensuche, Geruchsdifferenzierung, Lernverhalten von Hunden, Mantrailing – Fluch oder Segen? Erfahrungsberichte von professionellen Hundeführern mit Vermisstenspürhunden (PVSH) sollen die Diskussionen anreichern.

**Voranmeldung unter E-Mail:**

**[Symposium2013@ArgeK9.com](mailto:Symposium2013@ArgeK9.com)** oder an Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, Martinistr. 52, 20246 Hamburg, Institut für Geschichte und Ethik der Medizin. Die Teilnahmegebühr beträgt 49 Euro. Die endgültigen Anmeldeunterlagen mit Ablaufinformationen werden ab Anfang April 2013 verschickt.

hol



# Kampf gegen Drogenkriminalität grenzüberschreitend führen

**In der Berliner Bundespressekonferenz haben Ende April 2013 die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Mechthild Dyckmans, und der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Jörg Ziercke, über die Zahl der Drogentoten und über die Entwicklung der Rauschgiftkriminalität im vergangenen Jahr berichtet. Zwar war die Zahl der Drogentoten, so bilanzierte Dyckmans, von 986 im Vorjahr auf 944 Personen gesunken und somit auf dem niedrigsten Stand seit 1988, große Sorge bereiteten unterdessen aber massive Steigerungen bei kristallinen Methamphetaminen, in der Szene Crystal Meth genannt. Die Gewerkschaft der Polizei forderte unterdessen international abgestimmte Bekämpfungsstrategien gegen die organisierte Rauschgiftkriminalität.**

Die erneut drastisch gestiegene Menge sichergestellter Crystal Meth (88 Prozent mehr als im Vorjahr) und eine erneut größere Zahl von Erstkonsumenten (ein Plus von 51 Prozent) kristalliner Methamphetamine verdeutlichen nach Auffassung der GdP, dass hoch kriminelle Hersteller und Schmuggler die gelockerten Grenzkontrollen in Europa ausnutzen, um ihre Märkte mit Drogen zu überschwemmen. Gegenüber der Presse sagte der bisherige GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut: „Der Kampf gegen die organisierte Rauschgiftkriminalität muss von den

Polizeien Europas gemeinsam geführt werden.

„Rauschgiftkriminalität, so Witthaut weiter, sei ein Kontrolldelikt. Polizei und Zoll müssten den Druck auf die Hintermänner des Drogengeschäfts hoch halten können. Dabei setze der Ermittlungsdruck schon bei den Drogen-Konsumenten an. Eine effektive Bekämpfung der organisierten Drogenkriminalität sei indes nur möglich, wenn die Polizei und der Zoll über ausreichende Ressourcen verfügten. Witthaut: „Nicht nur bei der Bundespolizei, sondern auch in den Fachdienststellen der Landeskriminalämter, Polizeidirekti-

onen und Zollbehörden darf am Personal nicht gespart werden. Wer das weiterhin tut, hält die Tür für die Drogenkriminellen weit offen.“

Forderungen nach einer Legalisierung von Cannabis in Deutschland erteilte Witthaut, wie auch Dyckmans und Ziercke, eine Absage. Cannabis, so Witthaut, werde zu Unrecht als harmlos dargestellt. Moderne Züchtungen erzielten eine stetige Erhöhung des Wirkstoffgehalts Tetrahydrocannabinol (THC). Der damalige GdP-Chef: „Bei Konsumenten erhöht sich die Gefahr einer Schädigung des Gehirns. Insbesondere die Entwicklung von Jugendlichen kann bedrohlich beeinträchtigt werden.“ Witthaut forderte, an den wirkungsvollen Aufklärungsinitiativen in den Schulen festzuhalten. Dort wer-



**Mechthild Dyckmans, Drogenbeauftragte der Bundesregierung und der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Jörg Ziercke, bilanzieren die Entwicklung der Rauschgiftkriminalität 2012 in der Berliner Bundespressekonferenz. Foto: Zielasko**

Anzeige

**AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont**

Spezialklinik für Verhaltenstherapie  
Akademisches Lehrkrankenhaus  
der Medizinischen  
Hochschule Hannover

**Chefarzt:**  
Prof. Dr. med. Dipl.-Psych.  
Rolf Meeremann

Die AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont ist inmitten des landschaftlich sehr reizvollen Weserberglands gelegen.

Nach unserem Motto „Handeln – nicht behandeln lassen“ leiten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen abgestimmten einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten“ für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden.

Behandelt werden alle Störungsbilder des psychiatrisch-psychosomatischen Fachgebietes sowie begleitende internistische, neurologische und orthopädische Erkrankungen. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um:

- alle Formen von Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Depressionen
- Ängste
- Zwangsstörungen
- Burn-out-Symptomatik
- chronische Schmerzstörungen
- posttraumatische Belastungsstörungen
- nicht-organische Schlafstörungen

**Kostenträger:**  
Polizei, DRV, Beihilfe, Krankenkassen, Private Krankenversicherer, Bundeswehr.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen umfassend zu beraten.

Nehmen Sie gern Kontakt auf mit unserer freundlichen Aufnahmesekretärin Frau Franz unter der kostenlosen Service-Telefonnummer 0800/619-6666 oder per E-Mail unter: [pfkpyrmont@ahg.de](mailto:pfkpyrmont@ahg.de)

Sie finden uns im Internet unter: [www.ahg.de/pyrmont](http://www.ahg.de/pyrmont)

Anschrift: Bombergallee 10, 38812 Bad Pyrmont





TV-Teams mit hohem Bedarf an sogenannten O-Tönen nach Abschluss der Pressekonferenz. Foto: Zielasko

Anzeige

de auch klar gestellt, dass die landläufig verbreitete Meinung nach dem legalen Besitz von Cannabis falsch sei. Witthaut: „Die Gewerkschaft der Polizei hält es angesichts der hohen Risiken, die in regelmäßigem Cannabiskonsum liegen, für unabdingbar, das richtige gesellschaftliche Signal zu setzen. Die Freigabe von Cannabis ist genau das falsche.“

## Anteil an Drogenkonsum verstorbenen Frauen steigt

Das Durchschnittsalter der an Drogenkonsum Verstorbenen lag bei 37 Jahren. Traurig dabei, berichtete Dyckmans, auch ein unter 13-Jähriger sei unter den Opfern gewesen. Besorgniserregend sei, so die Drogenbeauftragte weiter, dass der Anteil verstorbenen Frauen zugenommen habe. Offenbar, erläuterte sie den Hauptstadt-Korrespondenten, erreichten Hilfsangebote Frauen nicht im gleichen Maße wie Männer.

## Crystal Meth im Kommen?

Die Zahl der der Polizei erstmalig bekannt gewordenen Konsumenten harter Drogen sank gegenüber dem Vorjahr um

acht Prozent von 21.315 auf 19.559. Deutlich stieg dagegen die Zahl erstaufrälliger Crystal-Meth-Verbraucher auf 2.556 an (2011: 1.693).

BKA-Präsident Ziercke wollte vor der Bundespressekonferenz den Handel mit kristallinen Methamphetaminen noch nicht auf die gleiche Stufe mit Heroin oder Kokain heben. Es sei, so Ziercke, eine noch kleinteilige Szene, die momentan in Tschechien und den angrenzenden Ländern, Sachsen, Bayern und Thüringen agiere. Weltweite Strukturen existierten, doch sei Deutschland davon mit Ausnahme einer gewissen „Streuwirkung“ noch nicht erfasst. Die Projekt-Zusammenarbeit mit der tschechischen Seite funktioniere unterdessen sehr gut. Bei zuletzt vermehrten Razzien in Tschechien seien 41 Drogenlabore aufgedeckt worden.

Aufgrund der zunächst lokalen Beschränkung der Crystal-Meth-Problematik sehe die Bundesregierung zurzeit von einer bundesweiten Präventionskampagne ab, sagte Dyckmans. Die Gefahr eines Bumerang-Effekts bestehe, weil Neugier auf diese Droge geweckt werden könne. Laut der Drogenbeauftragten liegen aber keine Hinweise vor, dass der Konsum von Crystal Meth bundesweite Dimensionen





## RAUSCHGIFT

angenommen habe. Das hätten Nachfragen in großen Städten wie Hamburg, Frankfurt/Main, Köln oder auch Berlin eindeutig gezeigt, wo lediglich Einzelfälle gemeldet worden seien. In Kürze soll eine Studie mehr Aufschluss über die Motive der Crystal-Meth-Konsumenten geben, kündigte Dyckmans an. Ende des Jahres würden erste Ergebnisse erwartet.

### Heroin-Transitland

Keine Entwarnung gab der BKA-Präsident beim Heroin-Handel. Trotz zurückgehender Fallzahlen und Sicherstellungsmengen im Innern bleibe Deutschland nach wie vor Transitland. So waren 2012 teils große, für die Niederlande bestimmte Mengen des Rauschgiftes entdeckt worden. Dyckmans betonte indes, dass die Droge augenscheinlich an Bedeutung verliere. Einerseits sei das „Spritzen“ aufgrund der Ansteckungsgefahren we-

niger attraktiv, andererseits bestehe die Lust, etwas Neues auszuprobieren. Nicht zuletzt trage aber die Präventionsarbeit vergangener Jahre Früchte. Es habe sich einfach herumgesprochen, wie gefährlich Heroin ist.

### Keine Legalisierung von Cannabis

Auch die Zahl der sogenannten Indoor-Plantagen mit Cannabis-Pflanzen steige unvermindert, erklärte Ziercke. Im Jahr 2012 wurden 809 (2011: 717) dieser Plantagen sichergestellt, was einem Anstieg von 13 Prozent entspricht. Bedenklich sei, dass der THC-Wirkstoffgehalt permanent steige. Eine Legalisierung von Cannabis stehe, so wischte Drogenbeauftragte Dyckmans Forderungen aus dem Oppositionslager vom Tisch, nicht auf der Agenda der Bundesregierung. Das sei „keine weiche, sondern eine sehr gefähr-

liche Droge“. Immer mehr der erstmalig zu Behandlungen erschienenen Drogenkonsumenten hätten ernste Probleme mit dem Cannabis-Konsum angegeben.

### „Legal Highs“ als Herausforderung

Neuartige Designerdrogen, sogenannte Legal Highs, die unter anderem als Kräutermischungen, Lufterfrischer oder Badesalze angeboten würden, stellen nach Auffassung des BKA-Präsidenten, eine große Herausforderung für die Polizei dar. Das sei vor allem auf den Internethandel mit diesen Substanzen zurückzuführen. Allein in Deutschland seien 50 bis 60 solcher Online-Shops bekannt. 375 Postsendungen mit 70 verschiedenen Stoffen seien sichergestellt und 24 Labore zur Herstellung synthetischer Drogen aufgefliegen.

*Michael Zielasko*

Anzeige

**MEDICAL ONE**  
SCHÖNHEIT IN BESTEN HÄNDEN

Können wir Ihnen weiterhelfen?  
**0800 - 3 10 10 11**  
Rufen Sie uns jetzt kostenfrei an.

## GESUNDE UND SCHÖNE BEINE: KOMMEN SIE ZUM VENENCHECK!

Ca. 30% aller Männer und Frauen haben ein Venenleiden ohne es zu wissen.

### Ihre Vorteile bei MEDICAL ONE:

- **Kostenübernahme** durch private Krankenversicherung oder staatliche Beihilfe
- **Kostenloser Venencheck** zur rechtzeitigen **Vorbeugung** größerer Venenprobleme
- **Direkte Wiederaufnahme** normaler Aktivitäten
- **Kurze Behandlungsdauer**
- **Keine Narbenbildung**

MEDICAL ONE • [www.medical-one.de](http://www.medical-one.de)



# Für Studium und Praxis



## Kriminalistik

Für Studium,  
Praxis,  
Führung

Von **Robert Weihmann**  
und  
**Claus-Peter Schuch.**

12. Auflage 2011, 864 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
29,90 € [D]  
ISBN 978-3-8011-0662-1

Die nunmehr 12. Auflage  
dieses Buches wartet mit

einigen wesentlichen Neuerungen für den Leser auf. Das Buch wurde von Grund auf überarbeitet und inhaltlich stark erweitert. Die Themenkomplexe Kriminalistik, Kriminaltechnik, Führung, Praxis und Studium sind damit erstmals in einem Kompaktwerk zusammengeführt. Damit ist dieser Band weiterhin eine unverzichtbare Orientierungshilfe für das Selbststudium im Diplom-, Bachelor- und Master-Studiengang, für die Fortbildung und für die polizeiliche Praxis.



## Staat – Verfassung – Politik

Grundlagen für Studium  
und Praxis

Von **Helmut Dohr.**

20. überarb. und aktualisierte  
Auflage 2010, 624 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
26,90 € [D]  
ISBN 978-3-8011-0633-1

Die Grundrechte in ihrer

Funktion als Fundament und Grenze allen staatlichen Tuns und die Verfassungsbindung der Staatsgewalt stehen im Mittelpunkt dieses Lehr- und Studienbuches. Im Spannungsfeld Mensch – Gemeinschaft – Politik legt das Werk damit eine solide Grundlage für die im Polizeiberuf unerlässlichen staats- und verfassungsrechtlichen Kenntnisse.



## Kriminologie

Für Studium und Praxis

Von **Horst Clages**  
und  
**Elmar Zimmermann.**

2. Auflage 2010, 384 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
17,90 € [D]  
ISBN 978-3-8011-0602-7

Dieses Buch behandelt  
alle wesentlichen theo-  
retischen Inhalte des Stu-  
dienfaches Kriminologie.  
Ergänzt werden die jewei-

ligen Themenbereiche durch Hinweise auf die praktische Bedeutung für die polizeiliche Aufgabenbewältigung. In jedem Kapitel findet der Leser eine detaillierte Übersicht zu weiterführender Literatur sowie typische Klausuren mit Lösungen und mögliche Fragen für Fachgespräche oder mündliche Prüfung.



## Strafrecht – Strafverfahrens- recht – Ordnungswidrig- keitenrecht

Lehr- und Arbeitsbuch  
in praxisbezogener  
Darstellung

Von **Wolfram Lübke**.  
26. Auflage 2010, 680 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
32,- € [D]  
ISBN 978-3-8011-0632-4

Dieses Buch vermittelt in bewährter Form den kompletten polizeilichen Ausbildungsstoff in den Rechtsgebieten: Strafrecht; Allgemeiner und Besonderer Teil inkl. Verkehrsstraf-taten; Strafverfahrensrecht; Allgemeines Eingriffsrecht und Bußgeldbestände. Zahlreiche Exkurse in das Bürgerliche Recht, Zivilrecht und Polizeirecht veranschaulichen zudem wichtige Bezüge zu diesen Rechtsgebieten. Originalfälle des polizeilichen Alltags sichern den besonderen Praxisbezug. Falllösungen zu allen klausurrelevanten Themen ermöglichen die notwendige Kontrolle des Erlernten.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb**

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: [vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de](mailto:vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de) • [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

## Experten kritisieren Punkte-Reform und empfehlen zeitgemäße Fahrausbildung

*Mit der von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer geplanten Erneuerung des Flensburger Punktesystems beschäftigten sich die Experten des Deutschen Verkehrsgerichtstages Ende Januar 2013 im niedersächsischen Goslar und sparten nicht mit Kritik am Gesetzentwurf. Neben der „Katalog-Erneuerung“ erörterte der Expertenkreis u. a. Wege zu einer verbesserten Verkehrssicherheit. Der Verkehrsgerichtstag empfahl dabei eine Absenkung des Eingangsalters beim begleiteten Fahren auf 16 Jahre. Dadurch würde der Lernzeitraum verlängert. Insgesamt müsse jedoch an einer Effizienzsteigerung der Fahrschulausbildung und dem sicheren Start in das selbständige Fahren weiter gearbeitet werden, so das Fazit.*

### Kaum noch durchschaubar

Das Flensburger Punktesystem ist vielen Verkehrsteilnehmern, manchen auch übel, wohlbekannt. Da es bei häufigen Verstößen in letzter Konsequenz den Entzug der Fahrerlaubnis androht, geht von ihm eine erhebliche Präventivwirkung im

Interesse der Sicherheit des Straßenverkehrs aus. Es dient zudem für auffällig gewordene Personen als Anreiz und Hilfestellung, vorhandene Defizite zu erkennen und zu beheben. Allerdings ist das geltende Mehrfachtäterpunktesystem nicht nur für Autofahrer kaum noch durchschaubar. Neben den Fahrerlaubnis- und Bußgeldbehörden stellt es auch Anwälte

und Gerichte, u. a. wegen komplizierter Tilgungsregelungen und der Tilgungshemmung, immer wieder vor erhebliche Herausforderungen – und führt dabei teilweise zu schwer nachvollziehbaren Ergebnissen.<sup>1</sup>

Zwar hat die Bundesregierung inzwischen die Impulse des Verkehrsgerichtstages 2009 aufgegriffen, das Mehrfachtäterpunktesystem einfacher, transparenter und verhältnismäßiger zu gestalten. Dennoch stieß das mit Ramsauers Gesetzentwurf vorliegende Resultat, trotz befürworteter Ansätze, beim diesjährigen Gerichtstag teilweise auf heftige Kritik.

### Aus dem Knöllchen wird die Knolle

Das neu konzipierte System des Fahrzeugsregisters beinhaltet stichwort-

Anzeige

## Liebe Beamte: Geht's Ihnen zu gut?



Anders können wir uns nicht erklären, dass Tausende von Ihnen noch Monat für Monat zu hohe Kreditraten zahlen.

Die Finanzwelt hat sich verändert!

Fühlten Sie sich mit Ihrer Finanzierung noch wohl, wenn Sie wüssten, dass es eine kostensparende Alternative gibt? – **Wahrscheinlich nicht.**

Wir haben für Sie das **Beamtendarlehen** optimiert und bieten Ihnen einen fairen **Ratenkredit ohne Tilgungsversicherung, ohne Bearbeitungsgebühr**, aber mit garantierten, niedrigen Raten durch Laufzeiten von 10 bis 15 Jahren, kostenfreien Sondertilgungsmöglichkeiten, mit der Sicherheit, dass Ihre Familie kostenfrei abgesichert und der Kredit nach Zahlung der letzten Rate auch getilgt ist.

Wenn Sie Kosten sparen wollen, sind Sie bei uns genau richtig. Lernen Sie unseren **Privatkredit+** kennen und rechnen Sie aus, was Sie durch einen Wechsel zur Bankhaus Dr. Masel AG sparen können.

Infos und Antragstellung unter [www.bankhaus-masel.de](http://www.bankhaus-masel.de)

**BANKHAUS DR. MASEL**  
Wir nehmen Ihre Wünsche persönlich.





Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer im Verkehrszentralregister des Kraftfahrt-Bundesamtes in Flensburg (Schleswig-Holstein).

Foto: Carsten Rehder/dpa

artig im Wesentlichen folgende Veränderungen:

- Beschränkung der Punktevergabe auf Verstöße, die die Verkehrssicherheit gefährden,
- Anhebung der Bußgelder bei künftig nicht mehr mit Punkten versehenen Ordnungswidrigkeiten (z. B. verbotenes Befahren einer Umweltzone),
- Erhöhung der Sündenregister-Eintragungsgrenze von bisher 40 auf demnächst 60 Euro,
- Anstieg der Bußgeldsätze auch bei allen sicherheitsrelevanten Verstößen, um die Eintragungsgrenze zu erreichen (z. B. Vorfahrtsverletzung, Zulassungsverstoß, Winterreifenpflicht, Handyverbot, mangelnde Sicherung von Kindern im Kfz pp.),
- Anhebung der geltenden Verwarnungsgeldobergrenze (Paragraf 56 Abs. 1 OWiG) von bisher 35 auf 55 Euro, so dass künftig durch die Polizei im Rahmen des Verwarnungsverfahrens „Knollen“ bis 55 Euro im elektronisches Zahlungsverfahren am Terminal entgegengenommen oder zur Transaktion mittels Zahlschein vorbereitet werden,
- Feste Tilgungsfristen unter Fortfall der Hemmung:
  - Bei 3-Punkte-Verstößen (Straftaten mit Entziehung der Fahrerlaubnis bzw. isolierter Sperre): 10 Jahre,
  - bei 2-Punkte-Verstößen (übrige Straftaten sowie besonders verkehrssicherheitsbeeinträchtigende Ordnungswidrigkeiten): 5 Jahre,
  - bei 1-Punkt-Verstößen (verkehrssicherheitsbeeinträchtigende Ordnungswidrigkeiten): 2 Jahre,
- Information der zuständigen Fahrerlaubnisbehörde durch das KBA bei jedem neu in das Register eingetragenen Alkohol- oder Drogendelikt, um unabhängig von der Punkteregelung Präventionsmaßnahmen treffen zu können,
- Neuregelung der Punktebewertung und Verlust der Fahrerlaubnis künftig bereits bei 8 und nicht wie bisher bei 18 Punkten sowie
- Abschaffung des Punkteabbaus durch freiwillige Maßnahmen.

Die genannten Änderungen erscheinen auf den ersten Blick durchweg geeignet, zu Verbesserungen sowohl des bisherigen

Systems als auch mit Blick auf die notwendige Erhöhung der Verkehrssicherheit beizutragen.

Die Fachleute des Verkehrsgerichtstages begrüßten deshalb die angegangene Reform des Flensburger Punkteregisters grundsätzlich und halten sie weiterhin für dringend geboten. Präsident Kay Nehm stellte aber mahnd fest, ein Registerrecht sei „kein Experimentierfeld“, sondern ein „Dauerrecht, das für viele Jahre Bestand haben muss“, was auch für seine Struktur gelte. Deshalb sollte jetzt kein Register eingeführt werden, von dem man wisse, dass es vielleicht im nächsten Jahr zu ändern sei, weil etwas sich nicht bewährt habe. Ein solches Verfahren bedeute keinen guten Weg, betonte Nehm.

### Höhere Bußgelder für die Verkehrssicherheit verwenden?

Die zusätzlichen Einnahmen aus höheren Bußgeldern dürften alsbald erhebliche Finanzmittel in die Kassen der Kommunen und Kreise spülen. Im Inte-



## BRUNOX® LUB & COR®

ist das neueste Produkt aus dem Hause der BRUNOX AG. Es ist ein High-Tec-Schmiermittel und ein genialer Korrosionsschutz und somit die optimale Lösung für Berufs-, Sportschützen und Waffensammler. Halbautomaten und Pistolen bedürfen einer stark haftenden Schmierung von Abzug, Verschluss und Lauf. Diese Eigenschaft erfüllt BRUNOX® LUB & COR® perfekt und wird deshalb auch vom Profi, dem Schweizer Pistolenexperten Roger Geissbühler (Schiesssport-Center Geissbühler GmbH, CH – 6343 Rotkreuz) für die Wartung, Pflege und Schmierung von Verschluss und Lauf empfohlen.



Polizeibehörden wollen oder müssen Waffen oft über mehrere Jahre lagern. Dank BRUNOX® LUB & COR®, ist heute auch dies kein Problem mehr.

BRUNOX® LUB & COR® garantiert im kompletten Aussenbereich einen Korrosionsschutz bis zu 5 Monate, im überdachten Aussenbereich bis zu 1 Jahr und indoor bis zu 3 Jahren.

BRUNOX® LUB & COR® formt einen 5-10my dicken Korrosionsschutzfilm, der nicht aushärtet, auch vom Regen nicht ausgewaschen wird.

Die neue Tropfflasche erlaubt BRUNOX® LUB & COR® punktgenau und äusserst sparsam aufzutragen.

### BRUNOX Korrosionsschutz GmbH

85001 Ingolstadt  
Telefon 0841/9612904  
[www.brunox.com](http://www.brunox.com)  
E-Mail: [office@brunox.com](mailto:office@brunox.com)



## M&S Lehner GbR

Der deutsche Hersteller und Vertreter, M&S Lehner GbR bietet das für die tägliche Arbeit der Polizei benötigte Spurensicherungsband, in allen gängigen Breiten. Es werden je nach Bedarf auch spezielle Anforderungen nach Einsatzprofil oder Wunschmaß gefertigt.

Das Spurensicherungsband entspricht allen benötigten Eigenschaften für die Verwendung im Spurensicherungskoffer der Polizei zur Verwendung am Tatort. M&S Lehner GbR hat die Fertigung nach Original Spezifikationen wieder aufgenommen, nachdem diese durch einen anderen Hersteller ursprünglich eingestellt wurde. Eine zusätzliche Verbesserung hinsichtlich der „Klarheit“ (Transparenz) des Klebefilms konnte u.a. durch die moderne Weiterentwicklung der Materialbearbeitung und durch eine neue Fertigungsmethode erzielt werden. Nachweislich werden durch diese hohen Qualitätsansprüche weder das Spurenmaterial verfälscht noch eine Verunreinigung durch Kleberückstände sichergestellt. Zahlreiche Polizeibehörden der Bundesländer als auch im europäischen Ausland, zählen bereits zum Kundenkreis von M&S Lehner GbR. Für ein individuelles Angebot oder zusätzliche Informationen zu weiteren Leistungen anbei die Kontaktdaten:



M&S Lehner GbR  
88131 Lindau  
Telefon 08382/946293  
[www.mslehner.de/Spurensicherungsband-der-Polizei.html](http://www.mslehner.de/Spurensicherungsband-der-Polizei.html)  
E-Mail: [info@mslehner.de](mailto:info@mslehner.de)

## Das Motorola MTP6750 - weltweit erstes TETRA-Digitalfunkgerät mit integrierter 5-Megapixel-Kamera

Motorola Solutions bietet mit dem Motorola MTP6750 das weltweit erste TETRA-Digitalfunkgerät mit integrierter 5-Megapixel-Kamera und einem Bild-Dokumentations-System für Einsatzkräfte im Bereich der öffentlichen Sicherheit. Durch das Bild-Dokumentations-System können polizeiliche Einsatzkräfte mit dem neuen TETRA-Handfunkgerät Fotos aufnehmen und diese authentifizieren, verwalten sowie innerhalb ihres Behördennetzwerks austauschen oder archivieren. Die dokumentenechte (digitale) Kennzeichnung verifiziert Bilddokumente und verhindert eine nachträgliche Manipulation. Mit den Aufnahmen werden Metadaten wie Zeit, Datum, Ort oder Nutzerkennung erfasst und mit dem Bilddokument verbunden. Das Motorola MTP6750 unterstützt die Einsatzkräfte der Polizei, ihre Aufgaben auch vor dem Hintergrund stetig wachsender Anforderungen effizient zu erfüllen und zur Aufklärung von Straftaten einen optimalen Beitrag zu leisten.



Motorola Solutions Germany GmbH  
13507 Berlin  
Telefon 030/6686-0  
[www.motorolasolutions.de](http://www.motorolasolutions.de)



## „Phraselator“ P2 - das ultimative mobile Übersetzungssystem

Der „Phraselator“ P2 ist ein Sprachübersetzer, der eingesprochene Sätze in verschiedenen Zielsprachen ausgeben kann. Für das US-Militär entwickelt, hat er taktische und humanitäre Bedürfnisse im Irak, Afghanistan und Südostasien unterstützt. Seit 2012 ist eine deutsche Version bei der PASS-Medientechnik GmbH verfügbar. Durch eine Vielzahl von Sprachmodulen wird der P2 bei der Polizei, im Rettungsdienst oder im Strafvollzug eingesetzt. Der P2 besteht aus einem gehärteten Polymer-Gehäuse mit schockabsorbierend montierten Leiterplatten. Große Symbole bieten Komfort bei der Nutzung mit behandschuhten Händen. Mit nur 17,8 cm x 8,9 cm x 5,1 cm und 624 g Gewicht und in IP54 ausgeführt, ist der P2 nicht nur der robusteste, sondern auch einer der vielseitigsten Übersetzer auf dem Markt.



PASS-Medientechnik GmbH  
33829 Borgholzhausen  
Telefon 05425/6638  
[www.pass-medientechnik.de](http://www.pass-medientechnik.de)



resse der Hebung der Verkehrssicherheit sollten diese Mittel zweckgebunden verwendet werden, insbesondere zugunsten einer verkehrssichereren Infrastruktur. Derzeit fehlt es zum Beispiel häufig an der finanziellen Ausstattung beziehungsweise Unterstützung der Arbeit von Unfallkommissionen sowie der Bereitstellung der finanziellen Mittel für eine fehlerverzeihende oder gar selbsterklärende Gestaltung von Straßen sowie für das Entschärfen potenzieller Gefahrenstellen, z. B. für schwache bzw. ungeschützte Verkehrsteilnehmer wie Fußgänger, Radfahrer oder Motorradfahrer.

Die tatsächliche Verwendung der Einnahmen aus höheren Bußgeldern für die Verkehrssicherheit muss, damit diese überhaupt erreicht werden kann, auf der Ebene örtlicher Gebietskörperschaften in Kürze diskutiert werden. Da eine bundes- oder landesweite Zweckbindung von Bußgeldern unzulässig ist, so im Protokoll der Finanzministerkonferenz der Berliner Sitzung vom Juni 2006 unter dem Tagesordnungspunkt „Überprüfung des Sanktionsniveaus für Verkehrsverstöße“, haben die kommunalen Körperschaften über die Verwendung der zusätzlichen Einnahmen aus Verwarnungs- und Bußgeldern für Verkehrsverstöße, die ihnen nach den jeweiligen landesspezifischen Regelungen zustehen, selbst zu entscheiden.

Es wäre schon sehr bedauerlich, wenn die sich nur sehr selten finanziell bietende Möglichkeit einer durchgreifenden Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Verkehrsqualität vor Ort mangels konkreter Initiativen durch die Träger der Verkehrssicherheitsarbeit versäumt würde.<sup>2</sup>

### Mangelnde Transparenz des neuen Punktesystems

Die Experten des Gerichtstags bemängelten die noch immer mangelnde Transparenz des neu konzipierten Punktesystems. Hierzu stellte der Vorsitzende Richter am Verwaltungsgericht München, Dietmar Zwinger, in seinem Vortrag zum Thema Vorteile des Rechtskraftprinzips fest: „Die Beibehaltung des „Tattagsprinzips“ und der (damit einhergehenden) Überliegefrist wird der Absicht des Entwurfs, eine transparente Regelung, die die Verkehrssicherheit sicherstellt, nicht gerecht.“ Zur Vermeidung von Unklarheiten forderte der Arbeitskreis deshalb, durchgehend das Rechtskraftprinzip verbindlich festzuschreiben.

Der Arbeitskreis forderte weiter, ins-



Theoretische Führerscheinprüfung am PC statt auf Papierbögen

Foto: TÜV Rheinland

besondere zugunsten von Vielfahrern, die Möglichkeit des Punkteabbaus durch Absolvieren freiwilliger Maßnahmen beizubehalten. Die fehlende Möglichkeit, Punkte wieder abzubauen, um einem möglichen Führerscheinentzug zu entgehen, sei unverhältnismäßig. Dies gelte insbesondere deshalb, weil das neue verkehrspädagogische und -psychologische Fahreignungsseminar mit einem Betrag von 600 Euro zu einer Verdopplung der bisherigen Kosten für den Teilnehmer führe, was die Betroffenen unangemessen benachteilige.

Überdies wurde empfohlen, gewisse, durch die vorgeschlagene Anhebung der Verwarnungsgeld-Obergrenze entstandene Unstimmigkeiten mit der Bußgeldkatalog-Verordnung nochmals zu überprüfen.

Ferner äußerte der Arbeitskreis Bedenken, ob es erforderlich ist, das bisherige sehr differenzierungsfähige 18-Punkte-System zugunsten des vorgesehenen, grob gegliederten 8-Punkte-Systems aufzugeben. Berufskraftfahrern, und damit auch deren Familien könne, verschärft durch die fehlende Möglichkeit des Punkteabbaus, leicht die Existenzgrundlage entzogen werden.

Zudem zweifelte der Arbeitskreis an der Sinnhaftigkeit, Zuwiderhandlungen in dem von der Bundesregierung geplanten Umfang aus der Bepunktung herauszunehmen. Insgesamt wurde die Politik aufgefördert, die Reformpläne noch einmal grundlegend zu überarbeiten.

### Fahrausbildung noch zeitgemäß?

Junge Fahrer stellen trotz des Erfolgsmodells „Begleitetes Fahren ab 17“ und des seit 2007 geltenden absoluten Alkoholverbots für Fahranfänger in ihrer Gesamtheit die meist gefährdete und gefährliche Verkehrsteilnehmergruppe mit einem mehrfach erhöhten Unfallrisiko im Vergleich zu erfahrenen Fahrern dar.

Nach Einführung des Alkoholverbots für Fahranfänger hat sich das von jungen Fahrern durch Alkoholeinfluss herbeigeführte Unfallgeschehen deutlich reduziert. Im Vorher-/Nachher-Vergleich wird allein dieser Maßnahme eine Gesamtwirksamkeit von minus neun Prozent unfallbeteiligten alkoholisierten Pkw-Fahrern zwischen 18 und 20 Jahren bzw. mit Führerschein auf Probe zuerkannt.<sup>3</sup>

Das begleitete Fahren ab 17 erbringt eine Reduktion der durch diese Fahrer verursachten Verkehrsunfälle gegenüber den Fahrern mit herkömmlichem Führerscheinwerb von minus 19 Prozent. Diese Wirkung besteht nicht nur während der Begleitphase, sondern setzt sich ebenso auch im ersten Jahr des selbstständigen Fahrens fort, also nach Erreichen des 18. Lebensjahrs.<sup>4</sup>

Fast jeder vierte Unfall mit Personenschaden (23 Prozent), bei dem ein Pkw-Lenker der Hauptverursacher war, wurde 2011 von einem jungen Fahrer maßgeblich herbeigeführt. Jeder fünfte im deutschen Straßenverkehr Verletzte und Getötete befindet sich nach Angaben





Fahrschüler sollen länger lernen

Foto: DVR

des Statistischen Bundesamtes (Destatis) zu Unfallzahlen für das Jahr 2011 im Alter von 18 bis 24 Jahren, obwohl nur jeder Zwölfte der Gesamtbevölkerung zu dieser Altersgruppe zählt. Junge Fahrer hatten zuletzt, so Destatis zu Verkehrsunfällen in 2012, noch immer einen Verursacheranteil an den durch Pkw-Unfälle Getöteten von knapp einem Drittel (29,6 Prozent). Insoweit liegt der Verursacheranteil von 18- bis 24-jährigen Pkw-Fahrern bei den im Straßenverkehr Getöteten fast viermal so hoch wie der Bevölkerungsanteil der jungen Menschen. Die männlichen jungen Fahrer haben nach den Erhebungen des Statistischen Bundesamtes zu den im Jahr 2012 geschehen Verkehrsunfällen bei der Verursacherquote den weit überrepräsentativen Anteil von 83 Prozent, d. h. durch

sie werden fünfmal mehr Menschen getötet als durch junge Fahrerinnen. Diese erschreckenden Zahlen machen deutlich: Hier herrscht weiterhin Handlungsbedarf!

### Neues Konzept erarbeitet

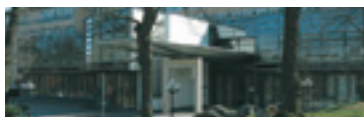
Das Bundesverkehrsministerium hat deshalb schon im Jahr 2010 die Bundesanstalt für das Straßenwesen (BASt) beauftragt, ein Rahmenkonzept zur Verbesserung der Fahranfängersicherheit zu erarbeiten, das sämtliche zielführenden Maßnahmen in das System der Fahranfängervorbereitung einbezieht und das Sicherheitspotential jeder einzelnen Maßnahme möglichst umfassend ausschöpft. Ergebnisse dieses Rahmenkonzepts, das

unter Einbindung von Wissenschaft, Fachverbänden und Verwaltung insgesamt 28 Optimierungsempfehlungen für eine sicherheitswirksame Fahranfängervorbereitung formulierte, liegen nun vor und wurden auf dem Verkehrsgerichtstag durch die Soziologin Heidrun Grossmann von der BASt in ihrem Arbeitskreis-Vortrag „Verbesserung der Fahranfängersicherheit“ vorgestellt.

Aufgrund der fachlichen Überlegungen wurden durch das Rahmenkonzept u. a. folgende wesentliche Maßnahmenprioritäten vorgeschlagen:

- Ausweitung des Begleiteten Fahrens, um unter niedrigen Risikobedingungen längere Fahrerfahrung aufbauen zu können,
- Förderung einer stärkeren Verankerung verkehrssicherheitsorientierter Einstellungen, da sicherheitsabträgliche Einstellungen im Zusammenhang mit dem so genannten Jugendlichkeitsrisiko ebenfalls eine bedeutsame Ursache des erhöhten Unfallrisikos von jungen Fahrern sind (Hinweis: Hier setzt die Empfehlung anstelle einer Fortsetzung der Freiwilligen Fortbildungsseminare für Fahranfänger (FSF) eher auf eine langfristig angelegte, sozialisationsbegleitende Einstellungseinwirkung vom Elternhaus über die schulischer Verkehrserziehung, die Fahrschulausbildung, die Sicherheitskommunikation und schließlich eine angemessene, sicherheitsfördernde Fahren begünstigende Regelsetzung für Fahranfänger.),
- Verstärkte Nutzung von Technik und Wissenschaft für die Qualitätssicherung aller relevanten Fahranfängermaßnahmen, z. B. durch
- E-Learning sowie geeignete Vermitt-

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • [www.habichtswaldklinik.de](http://www.habichtswaldklinik.de) • [info@habichtswaldklinik.de](mailto:info@habichtswaldklinik.de)

... wieder Atem schöpfen

### Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach § 111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



## VERKEHRSGERICHTSTAG 2013

lungs- und Übungskonzepte in der Fahrschule,

- Unterstützung des selbständigen Weiterlernens beim Begleiteten Fahren und in der Anfangsphase des selbständigen Fahrens durch sicherheitsrelevante Rückmeldungen mittels „elektronischer Begleiter“, d. h. protokoll- und auswertungsfähige Fahrerassistenzsysteme,
- Optimierung der praktischen Fahrerlaubnisprüfung u. a. durch Erhebung und Auswertung differenzierter Prüfungsdaten mit Hilfe eines „elektronischen Prüfprotokolls“.

Der Arbeitskreis des Gerichtstages konnte die Ergebnisse des Rahmenkonzepts nachvollziehen und forderte, die Möglichkeiten einer optimalen Verkehrserziehung und Verkehrssicherheitsarbeit besser zu nutzen. Aus- und Fortbildung der Ausbilder (Schule, Polizei, Verkehrssicherheitsverbände etc.) sollten gestärkt und Kommunikationsmittel (Internet, E-Kommunikation, öffentliche Medien etc.) für die Sicherheitsbotschaften verstärkt eingesetzt werden.

Auch sei an einer Effizienzsteigerung der Fahrschulausbildung und dem sicheren Start in das selbständige Fahren im Sinne des vorgestellten Rahmenkonzepts weiter zu arbeiten.

Das begleitete Fahren soll forciert und u. a. durch Absenkung des Eingangsalters

auf 16 Jahre als Lernzeitraum verlängert werden. Derzeit nehmen erst etwa 40 Prozent aller Fahranfänger die Ausbildungsmöglichkeit des begleiteten Fahrens wahr. Die durchschnittliche Fahrleistung im Rahmen der Begleitphase belaufe sich auf nur ca. 2.800 Kilometer, berichtete der ADAC-Diplom-Psychologe Ulrich Chielino in seinem VGT-Arbeitskreisvortrag „Der Weg von der Fahrkompetenz zur Verkehrskompetenz“.

Schließlich sollten neue Wege zur Absenkung der Unfallbelastung die Fahranfänger aus der Hochrisikophase führen. Hierzu soll eine Projektgruppe eingerichtet werden, die dazu geeignete konkrete Vorschläge entwickelt. Der Einsatz von elektronischen Begleitern und von Schutzvorkehrungen im Rahmen einer Monitoring-Phase (standardisierte elektronische Rückmeldung zur Verbesserung der Selbsteinschätzung mittels geeigneter Assistenzsysteme) sei dabei zu berücksichtigen.

**Peter Schlanstein**

### Fußnoten

- 1) Schlanstein, P.: Punktregelung in Flensburg soll lockerer werden, in: Verkehrsdienst, Heft 1/2010, S. 3 - 8
- 2) Schlanstein, P.: Höhere Standards zur Hebung der Verkehrs- und Rechtssicherheit, in: Verkehrsdienst, Heft 1/2013, S. 14, 19, 20

3) Holte, H./ Assing, K./ Pöppel-Decker, M./ Schönebeck, S.: Alkoholverbot für Fahranfänger – Evaluation der Wirksamkeit, Berichte der Bundesanstalt für Straßenwesen, Mensch und Sicherheit, Heft M 211, Bergisch Gladbach 2010, S. 24

4) Schade, Dr. F.-D./ Heinzmann, H.-J.: Sicherheitswirksamkeit des Begleiteten Fahrens ab 17 – Summative Evaluation, Berichte der Bundesanstalt für Straßenwesen, Mensch und Sicherheit, Heft M 218, Bergisch Gladbach, S. 109 f., 121 f.

### Anmerkung der Redaktion:

Inzwischen hat die geplante Reform der Flensburger Punkteartei eine weitere Hürde genommen. Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung stimmte am 24. April 2013 mit großer Mehrheit dem entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/12636) in geänderter Fassung zu. So wurde unter anderem festgelegt, dass bei (nun doch wieder möglicher) freiwilliger Teilnahme an einem Fahreignungsseminar zwei Punkte vom Konto gestrichen werden können. Außerdem wurde die Zeitspanne, nach der die Einträge in Flensburg wieder gelöscht werden sollen, von zwei auf zweieinhalb Jahre verlängert.

## Reise & Erholung



**Sommer Abenteuer bei uns**  
**TOP ANGEBOT**  
 Canyoning & Raftingtour,  
 1x grillen am Lagerfeuer und  
 2 UF / Pension DU-WC  
 Preis pro Person ab € 157,-

office@rafting-oetztal.at  
 www.rafting-oetztal.at  
 Telefon: 0043 5252 6721

**BERLIN – Komf. FeWo in 2-Fam.-Haus bis 5 Pers. – Tel.: 0 30/6 61 30 82 www.fewo-feind.de**

**Bayerischer Wald, komf. FeWo\*\*\*\* v. Kollegen ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax: 09 91 47118, www.ferienwohnung-gammer.de**

**THAILAND www.roysiamgolf.de (Ermäßigungen für Polizei u. a.)**

**Nordseebad St. Peter Ording**  
 Mod. komfort-Fewo in zentr. Lage. Alle Wohn. verf. über 2 Schlaf., 1 Wohnz., Küche, DU/WC, Balkon oder Terr. Keine Haustiere.  
 Internet: www.anitacarstens.de, Tel. 0 48 63/24 97

**Franken b. Bamberg, eig. Metzgerei.**  
 Menüwahl, Wald u. Berge, Lift, 75 Betten, DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 145,- €. Tel. 0 95 35/2 41, zur-sonne-urlaub.de/Prospekt anford.

**Fehmarn/Ostsee**  
 2-Raum-FeWo. für 4 Pers., am Süstrand, 50 m z. Promenade, Kabel-TV  
 Preise gem. Saison  
**Telefon: 040/6784581**  
**www.fehmarn4family.de**

**Nordfriesland (dän. Grenze), Nähe Sylt, 3\*-NR-FeWo., 2-4 Pers., ab 37,- €, 0 46 63/71 96, www.nordfriesland-fewo.de**

**Nordseeküste bei Büsum / St. Peter-Ording**  
 Gemütl., ruhige FeWo, gr. Terr., Spielwiese  
 www.Ferienwohnungen-Deharde.de, 0 48 37/3 30

**Spreewald, komf. FW, DU/WC, TV, Kü., ruhige Lage, Paddelboot und vieles mehr, p. Pers./Tag € 17,50, Fam. Heinze  
 Tel. 0 35 46/26 69, www.pension-heinze.de**

**TIROL: „Bergsommer“ – Silvretta-Region – Paznaunal**

Romantisch, traumhaft gelegenes, sehr gepflegtes 3-Sterne-Haus in einem der schönsten Täler Tirols. Komfortzimmer, moderne u. gemütliche Appartements, Liegewiese, Terrasse, Kinderspielplatz, beheizter Swimmingpool, Internet, Tagesbar, Tischtennis, Tischfußball usw.; wunderschöner Wellness- u. Fitnessbereich. Superwanderhotel in schönster Traumlage. Geführte Wanderungen d. d. Chef (Bergführer); Wander- u. Mountainbikeparadies.

**Superpauschalwoche „Bergsommerwoche 2013“ inkl. Frühstücksbuffet oder HP u. tolles Aktivprogramm!**

**Neu: Badese u. Freizeitanlage u. „SILVRETTA-CARD INCLUSIVE“.**  
**STARK ERMÄSSIGTE KOLLEGENPREISE!**  
**Info: Hotel Garni BERGWELT, A-6553 See 19**  
**Tel.: 00 43-54 41-83 97, Fax: -8397-19**  
**E-Mail: info@bergwelt-see.at, Homepage: www.bergwelt-see.at**

**Sommerpauschale**  
**„All in One“**  
 gültig vom 15.6. bis 30.9.2013

**1 Woche Halbpension + SilvrettaCard ab 280 €**

Alle Bergbahnen im ganzen Paznaun/Silvretta gratis, Frei- & Hallenbäder gratis, Gletschersafari, Schmutzglertour, gef. Wanderungen inkl. Wellness, Swimming Pool, gratis WLAN und Mountainbikeverleih.  
 Super Programm f. Kinder u. Jugendl. Kinderermäßigungen!

**Neu: Badese und Freizeitanlage**

**Hotel Post \*\*\***  
 Fam. Harde  
**A - 6553 SEE**  
 Tel. +43-5441-8219  
 Fax +43-5441-8219-4  
 www.postsee.at  
 info@postsee.at





# Technik von morgen, heute erleben

Die IPOMEX 2013 in Münster bot Mitte April Fachbesuchern die Möglichkeit, Blicke auf aktuelle Einsatztechnik zu werfen und Vorteile neuer Technologien zu erkennen. Ein Besuch der Fachmesse für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste aus dem Blickwinkel der Gewerkschaft der Polizei.



Premiere für den neuen der neue Ford „Transit Custom“ auf der IPOMEX 2013 in Münster. Foto: Martin Zink

Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben muss die Polizei schon heute auf durchdachte Technik zurückgreifen können. Zukünftige Herausforderungen werden aber angesichts viel diskutierten Personalabbaus und übereifriger Rationalisierungspläne nur unter Anwendung weiterentwickelter, hochmoderner Systeme effizient und sicher für die eingesetzten Polizeibeamten zu bewältigen sein. Angesichts dieser Erwartungen ermöglichte die IPOMEX 2013 einen Überblick über aktuelle und zukünftige Technologie, deren Anwendung die polizeiliche Arbeit der Zukunft erheblich mitgestalten könnte.

## Moderne Einsatztechnik

130 Aussteller führten moderne Einsatztechnik wie Arbeitsschutzkleidung, mobile Verkehrssicherungsmittel und aktuellste Fahrzeugtechnik vor. Im Messe-Fokus

standen neue Fahrzeugtechnik sowie unzählige Ausbaustufen, deren moderne Bedienkonzepte bisherige Lösungen anti-quiert erscheinen lassen.

Firmen wie Pintsch Bamag, GCD System und die Volkswagen R GmbH gewährten Einblicke in Zukunftskonzepte, deren Zielrichtung die Vereinfachung der Bedienung aller polizeispezifischen Zusatzkomponenten ist und dabei erhebliche Sicherheitsgewinne für den täglichen Dienst versprechen. Pintsch Bamag präsentierte mit „Carat“ ein im Entwicklungsstadium befindliches System, während GCD System und die Volkswagen R GmbH Systeme nahe der Serienreife vorstellten, deren Feuerprobe bereits im Echteininsatz erfolgte und erste Erfahrungswerte erbrachte.

## Touch me

Ganz im Zeichen der Zeit wird die Mehrzahl dieser Systeme über Touch-

monitore bedient, was in ausgestellten Fahrzeugen erprobt werden konnte; nebenbei eine gute Gelegenheit mit den Entwicklern der jeweiligen Firmen ins Gespräch zu kommen.

Ein harter Wettbewerb drängt verschiedene Firmen heute zu schneller Entwicklung und dem Vorantreiben einsatzfähiger Technik, wodurch verschiedene Varianten für unterschiedliche Einsatzzwecke zur Verfügung stehen.

Insbesondere konnte die Implementierung von Videotechnik in moderne Funkwagen getestet und die dadurch entstehenden Möglichkeiten in Augenschein genommen werden.

Gesetzliche Normierungen ermöglichen indes den Einsatz von Videotechnik in Einsatzfahrzeugen, weshalb die Videodokumentation zur Erhöhung der Sicherheit von Polizeibeamten in Zukunft deutlich häufiger zum Einsatz gebracht werden könnte, als es derzeit der Fall ist.

Anzeige


**ULBRICHTS WITWE GmbH**  
 Kaufing 34  
 A-4690 Schwannstadt  
 Tel: +43 7673 2781 161  
 Fax: +43 7673 27 81 115  
[www.ulbrichts.com](http://www.ulbrichts.com)  
[office@ulbrichts.com](mailto:office@ulbrichts.com)

Für Polizisten und Soldaten die beste Ausrüstung in Bezug auf Leistung, Zuverlässigkeit und Qualität zu schaffen, ist unser Ziel. Dieser Leitsatz bestimmt Denken und Handeln aller Mitarbeiter der Ulbrichts Witwe GmbH. Die Ergebnisse dieser Philosophie können unsere Kunden in unseren richtungsweisenden ballistischen Schutzhelmsystemen finden. Derzeit weltweit die einzigen Systeme, welche die Anforderungen der aktuell gültigen technischen Richtlinie (TR 05/2010) der deutschen Polizeien sowie die der Stanag 2920 erfüllen, bzw. diese sogar übertreffen.



- Unter anderem sind die Modelle des Zenturio gem. TR zertifiziert:
- Zenturio STI VPAM3 mit und ohne Visier für polizeiliche SE-Anwendungen
  - Zenturio Hybrid VPAM 3 / 4 mit Zusatzbeschuss VPAM4 für polizeiliche und militärische Anwendungen



Schon heute wäre die Integration moderner Videotechnik in Verbindung mit aktuellen Bedienkonzepten möglich. Eine neue, gleichfalls Bürger und Beamten absichernde Technik stünde dann im täglichen Einsatzdienst zur Verfügung.

## Fahrzeugpremiere

Auf der IPOMEX 2013 feierte der neue Ford „Transit Custom“ Premiere und war in verschiedenen Ausbaustufen ausgestellt. Als direkter Wettbewerber des Mercedes Vito und des Volkswagen Transporter versucht das neue Fahrzeug des deutsch-amerikanischen Herstellers, mit moderner Technik, hohem Sicherheitsstandard und durchdachtem Innenausbau Behördenkunden zu überzeugen. Auffällig ist allerdings, dass derzeit keine Automatikgetriebe und einzig Motorvarianten bis 155 PS verfügbar sind. Der Einsatz als Streifenfahrzeug oder Halbgruppenkraftwagen erscheint aufgrund der fehlenden Getriebevariante unterdessen fraglich. Sondernutzer wie Hundeführer oder Verkehrsüberwachungseinheiten dürften mit dem neuen Ford dessen ungeachtet ein aus Sicherheitsüberlegungen überlegenes Fahrzeug erwarten.

Fünf NCAP-Sterne (New Car Assessment Programme) anlässlich durchgeführter Crashtests (Insassenschutz) heben den Ford ganz erheblich von Wettbewerbern ab, die mit deutlich differenzierten Ergebnissen weniger sicher erscheinen.

Aufgrund zahlreicher Kombinationsmöglichkeiten bezüglich Dachhöhe und Radstand dürfte der Ford als variables Einsatzfahrzeug verschiedener Polizeibehörden in naher Zukunft zum Straßenbild gehören. Erste Sitztests lassen zumindest die mittelhohe Dachvariante für den polizeilichen Einsatz als geeignet erscheinen. Das wenig moderne Bedienkonzept der polizeispezifischen Sondereinbauten wie Funk oder Sondersignalanlage trübt aber den eher positiven Eindruck. Unzählige Kipp- und Drückschalter sind im Übrigen eher vergangenen Konzepten, als modernen Evolutionsstufen zuzurechnen. Ford sollte dort schleunigst nachbessern und moderne, ergonomisch durchdachtere Varianten entwickeln. Ebenso muss die polizeispezifische Sicherheitsausstattung deutlich verbessert werden. Noch gibt es keine geschützten Fenster (Polycarbonat). Dieses Material ist aber beispielsweise für Fahrzeuge der Bereitschaftspolizei unbedingte Soll-Ausstattung.

## Gewerkschaftliche Aktivität

Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei bieten Messen wie die IPOMEX gute Chancen, im direkten Kontakt mit Firmenverantwortlichen und Entscheidungsträgern Lösungen für die polizeiliche Sondernutzung zu fordern und Ideen für eine professionalisierte Verzahnung zwischen Polizeipraxis und Entwicklern zu projektieren. „Hier haben wir als große

Arbeitnehmervertretung einen günstigen Ort, uns einen Überblick über die technischen Möglichkeiten zu verschaffen“, sagte Bernhard Schmidt, Vorsitzender des GdP-Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei. Und: „Die Industrie setzt ganz deutlich auf eine Professionalisierung der Technik und geht damit auf Forderungen der GdP, beispielsweise nach einem verbesserten Arbeitsschutz, ein“ so Schmidt weiter.

## Fazit

Die sechste IPOMEX bot einen ausführlichen Vergleich aktueller Technik sowie die wichtige Bühne für den so notwendigen Erfahrungsaustausch zwischen Polizei und Herstellern. Vorhaben zur Verbesserung der heute eingesetzten Technik könnten dort dank der persönlichen Nähe zu führenden Herstellern und deren Entwicklern eingestiegt werden. Allein das Wollen der Beschaffer und Dienstherren zur Finanzierung dieser Technik steht noch zwischen heute und morgen.

Auch nach der Messe bleibt klar: Die Sicherheit der Anwender hat absolute Priorität. Moderne Technik und der Austausch alter gegen neue Technologien müssen eingefordert werden. Es wäre fahrlässig, neue Technik und deren Vorteile zu kennen, im Dienstalltag jedoch darauf zu verzichten!

*Martin Zink*

## Kapitalmarkt

<p>Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.</p> <p><b>0800 - 1000 500</b></p> <p>Free Call</p> <p>Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.</p>		<p><b>Beamendarlehen erneute Zinssenkung Mai 2013</b></p> <p><b>4,50%</b> effektiver Jahreszins* Laufzeit 7 Jahre</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Umschuldung: Raten bis 50% senken</li> <li>Beamendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €</li> <li>Baufinanzierungen günstig bis 120%</li> </ul>	 <p>Kapitalvermittlungs-GmbH Es: 11 Planken 68159 Mannheim Fax: (0621) 178180-25 Info@AK-Finanz.de</p> <p><a href="http://www.AK-Finanz.de">www.AK-Finanz.de</a></p>	<p><b>*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.</b></p> <p>Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%; Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%. Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldversicherung.</p>
--	---	---	--	---

**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwaddarlehen, Ratenkredite**

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.

Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

**IFS Hans-Joachim Janke**  
Königswall 1 • 44137 Dortmund  
[www.ifs-janke.de](http://www.ifs-janke.de) • Tel. 02 31/9 14 51 45

**BARGELD noch HEUTE!**  
**Tel. 02 01/22 13 48**

Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH Kredite von 1000–100.000 €.

- Laufzeit bis 240 Monate
- ohne Auskunft bis 10.000 €

45127 Essen Gänsemarkt 21  
[www.pecunia-essen.de](http://www.pecunia-essen.de)

**Caritas international**  
[www.caritas-international.de](http://www.caritas-international.de)  
Spendenkonto 202 753  
Postbank Karlsruhe, BLZ 680 180 75

**Diakonie Katastrophenhilfe**  
[www.diakonie-katastrophenhilfe.de](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de)  
Spendenkonto 502 707  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

**Diakonie Katastrophenhilfe**

[www.diakonie-katastrophenhilfe.de](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de)  
Spendenkonto 502 707  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

**Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!**  
**www.1a-Beamtdarlehen.de**  
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

**0800-040 40 41**  
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

**NÜRNBERGER**  
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Andreas Wendholt  
Pralat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Weselo



# Weiterer erfolgreicher Schritt in der Ausgestaltung der DHPol zu einer allgemein anerkannten Hochschule

**Die Entwicklung der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) und ihre hochschulische Ausgestaltung bleibt im Fokus des öffentlichen Interesses. Mit der Entscheidung der Innenministerkonferenz im Jahre 1998, die frühere Polizei-Führungsakademie in Münster zu einer Hochschule weiterzuentwickeln, trat ein jahrelanger Diskussions- und Abstimmungsprozess ein, der schließlich 2006 zur gesetzlichen Einrichtung der DHPol, der Transformation der Vorgängerinstitution, der Akademie, zu einer staatlichen Hochschule führte. Damit verbunden war die Einführung eines Masterstudiums für die Absolventen des höheren Polizeidienstes. Diese erhielten damit nach Jahrzehnten bundeseinheitlicher qualitativer Ausbildung einen allgemein anerkannten Bildungsabschluss – dem Master of Public Administration – Police Management, der der gesellschaftlichen Stellung der Angehörigen der höheren Polizeilaufbahn im Verhältnis zu anderen Berufsgruppen gerecht werden sollte.**

Seit 2009 schließen die angehenden Polizei- und Kriminalräte ihre berufliche Ausbildung mit einem regulären Masterabschluss ab. Dieser Prozess war nicht nur im Bereich der Polizei, der Innenressorts, von vielfältigen und teils kontroversen Abstimmungen und Kontroversen geprägt – hier war es immer wieder erforderlich, seitens der GdP mittels Gesprächen, Appelle und öffentlichen Druck den Prozess nicht stocken zu lassen. Entscheidend für die Realisierung des Vorhabens war letztlich eine einvernehmliche Zustimmung der Wissenschafts-/Bildungsressorts zu erzielen. Von besonderem Vorteil erwies sich hierbei die mit dem Bologna-Prozess im Bildungsbereich aufkommende Form der Qualitätssicherung mittels Akkreditierungen zu nutzen. Streitfragen zu wissenschaftlichen Standards des Studienganges und der Polizeihochschule zwischen Innen- und Wissenschaftsressorts wurden so auf formalisierte und flexible Bewertungsverfahren, unter Mitwirkung externer Agenturen, verlagert. Dies bot zeitlichen und inhaltlichen Gestaltungsspielraum, die Akademie und ihre Ausbildung, die bereits damals schon einen beachtlichen Qualitätsmaßstab aufwies, weiterentwickeln und auch formal den erforderlichen wissenschaftlichen Standards angleichen zu können.

Neben dem Masterstudiengang, der sich bereits 2004 einem Akkreditierungsverfahren erfolgreich stellte, wurde

zunehmend auf expliziter Forderung der Wissenschaftsressorts (der Kultusministerkonferenz) die Polizeihochschule als Einrichtung institutionell durch den Wissenschaftsrat akkreditiert. Mit Entscheidung vom 28. Januar dieses Jahres bescheinigte der Wissenschaftsrat nach einjähriger Begutachtung der neu geschaffenen Polizeihochschule grundsätzlich den allgemeinen hochschulischen Anforderungen zu entsprechen.

Die DHPol wird durch den Wissenschaftsrat für fünf Jahre akkreditiert. Das Promotionsrecht ist von dieser Entscheidung ausdrücklich ausgenommen. Als Einrichtung in Trägerschaft des Bundes und der Länder wurde die Hochschule 2005 auf gesetzlicher Grundlage gegründet. Sie bietet den Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ an, der sich an erfahrene Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte richtet. Der Wissenschaftsrat würdigte in einer Pressemitteilung das Engagement der Träger, eine Verwissenschaftlichung der Polizeiarbeit zu fördern. Die Hochschule habe im Umfeld der polizeilichen Weiterbildungsakademien europaweit Beachtung gefunden. Gleichwohl seien zusätzliche Anstrengungen notwendig, um die DHPol zu einer Hochschule auf universitärem Niveau zu entwickeln.

Zur dauerhaften Absicherung der Hochschulformigkeit wird die Akkre-

## Traurige Nachrichten erreichten DEUTSCHE POLIZEI kurz vor dem Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

Zwei Beamte der Bereitschaftspolizei Sachsen verunglückten am 8. Mai 2013 auf der Fahrt zu einem Unterstützungseinsatz für die PD Leipzig bei einem Verkehrsunfall auf der BAB 14 in Höhe der Anschlussstelle Döbeln-Ost tödlich. Drei weitere Beamte wurden dabei teilweise schwer verletzt.

Der GdP-Bundesvorstand trauert um seine tödlich verletzten Kollegen, seine Gedanken sind bei den Hinterbliebenen. Den verletzten Kollegen wünscht der GdP-Bundesvorstand eine baldige und vollständige Genesung.

Die GdP unterstützt den Spendenaufruf des Präsidiums der Bereitschaftspolizei Sachsen. Mit der Errichtung eines zweckgebundenen Spendenkontos möchten das Präsidium der Bereitschaftspolizei und auch die GdP den Familien helfen und sie in dieser schweren Zeit unterstützen.

**Ostsächsische Sparkasse  
Kontonummer 315 582 500 5  
BLZ 850 503 00  
Verwendungszweck/Betreff:  
7040 00535-3, Aost: 031605-9**

## FDP-Politiker und GdP-Mitglied Max Stadler Mitte Mai verstorben

Erschüttert über den plötzlichen Tod des bayerischen FDP-Politikers und zuletzt Staatssekretärs im Bundesjustizministerium, Max Stadler, zeigte sich der GdP-Bundesvorstand. Im Namen der GdP kondolierte der damalige Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut in einem persönlichen Brief der hinterbliebenen Familie.

Witthaut würdigte den Verstorbenen, der im Dezember 1997 GdP-Fördermitglied wurde, als sachlichen, ruhigen und kompetenten Mitstreiter in Belangen der Inneren Sicherheit.

*MiZi*



# Sicher leben

Das Präventionsportal **PolizeiDeinPartner.de** bietet allen Bürgern, Unternehmen, Institutionen und Behörden die Möglichkeit, sich online über einzelne Themenbereiche der kriminalpolizeilichen Prävention umfassend zu informieren.



## Breit gefächerte Themengebiete, z. B.:

- Diebstahl und Betrug
- Gewalt und Missbrauch
- Internet und Mobilfunk
- Sicheres Gebäude
- Verkehrserziehung und -sicherheit
- Zivilcourage

## Zielgruppenorientierte Gliederung:

- Autofahrer und ÖPNV-Nutzer
- Gewerbetreibende
- Kinder und Jugendliche
- Eltern, Lehrer und Erzieher
- Mieter und Eigentümer
- Urlauber

Und viele mehr.



## Umfangreicher Zusatz-Service:

- Viele nützliche Links und Downloads
- Monatlicher Newsletter
- Kriminalpolizeiliche Beratungsstellen
- Bußgeldrechner

# www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

## POLIZEI DEIN PARTNER

Das Präventionsportal

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



Forststraße 3a, 40721 Hilden

Telefon 0211/7104-0, Telefax 0211/7104-174

av@vdpolizei.de, www.vdpolizei.de

ditierung mit der Auflage verbunden, mindestens eine weitere zusätzliche Professur einzurichten und ein Entwicklungskonzept zu erarbeiten. Um dem im Leitbild formulierten Anspruch gerecht zu werden, wird der Hochschule zudem empfohlen, den Personalkörper auf insgesamt 13 Professuren (Vollzeitäquivalente) aufzustocken, zusätzliche Studiengänge anzubieten, einen wissenschaftlichen Beirat einzurichten und die Profilbildung durch eine Internationalisierungsstrategie zu unterstützen.

Diese Weiterentwicklung der DHPol kann nur in ihrem eigenen Interesse und dem der Polizei sein. Der gemeinsamen und einheitlichen Ausbildung der Polizeiführung wird in Polizei- und Sicherheitskreisen eine sehr hohe und fundamentale Bedeutung beigemessen. Zweifelsfrei bestehen in der Polizei und den Innenministerien die Einsicht, dass eine polizeiliche Ausbildung sich grundsätzlich nach wissenschaftlichen Kriterien auszurichten hat und die Bildungsabschlüsse der Polizistinnen und Polizisten allgemein gesellschaftlicher Anerkennung bedürfen. Dies stellt auch die Auffassung der GdP dar und sollte auch weiterhin ihr erklärtes Ziel sein.

Die Entwicklung der DHPol wird aber

nicht unproblematisch sein. Wie ich in meiner Untersuchung zur Entstehung der Hochschule aufgezeigt habe, galt es im Vorfeld der Hochschuleinrichtung mehrfach Konflikte zwischen den nach ihrer grundsätzlichen Ausrichtung differenzierten Akteursgruppen, die „Hochschulbefürworter“ einerseits und die „Qualitätssicherer“ andererseits, zu bewältigen, wobei auch innerhalb der Polizeien der Länder und des Bundes beziehungsweise der Innenressorts ein unterschiedliches Maß an Aufgeschlossenheit gegenüber einer weiteren wissenschaftlichen Öffnung der Polizeiausbildung festzustellen war. Diese mannigfaltigen Interessenlagen konnten vor allem mittels flexibler Handlungsoptionen, die sich infolge des Bologna-Prozesses ergaben, zu Kompromissen geführt und damit eine Weiterentwicklung der Einrichtung in Münster ermöglicht werden.

Von den Innenressorts der Länder und des Bundes werden nunmehr Grundsatzentscheidungen zu treffen sein, die langfristig darauf hinauslaufen, die DHPol inhaltlich, organisatorisch, aber auch finanziell zu stärken. Hier ist die Politik in der Verantwortung, dass Qualitätssteigerungen in der Ausbildung nur mit entsprechenden organisatorischen,

personellen und finanziellen Mitteln zu bewerkstelligen sind.

*Michael Böhm-Udelhoven*

*Quellen/ Literatur:*

*Michael Böhm-Udelhoven: „Die Ausbildung zum höheren Polizeidienst im Umbruch“.*

*Die Transformation der Polizei-Führungsakademie (PFA) zur Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) - Eine Politikprozessanalyse, Schriftenreihe der DHPol, Nr. 3/2012.*

*Wissenschaftsrat: Stellungnahme zur Akkreditierung der Deutschen Hochschule der Polizei, Münster vom 25.01.2013, Drs. 2843-13.*

*Wissenschaftsrat: Pressemitteilung vom 28.01.2013: Entscheidungen im Verfahren der Institutionellen Akkreditierung und Reakkreditierung (Nr. 6/2013).*

**QR-Code: DHPol-Hintergrundinformationen des Wissenschaftsrates.**



## WASSERSCHUTZ

# Nordverbund verabschiedet Positionspapier „Sicherheit an deutschen Küsten“

**Aus der – finanziellen – Not geboren, gestaltet sich die länderübergreifende Zusammenarbeit der Wasserschutzpolizeien im maritimen Vollzug als zukunftsfähig und effizient. Abgestimmte Dienstpläne zur Gewährleistung der Präsenzverpflichtungen im Küstenmeer und gegenseitige Unterstützung bei Einsätzen zeigen, dass der Schutz der Deutschen Küste durch Überwachung der Einhaltung von Verkehrs- und Umweltvorschriften auch gemeinsam erfolgen kann.**

Das bestehende polizeiliche Netzwerk wird gesteuert über die gemeinsame Leitstelle der WSP im Maritimen Sicherheitszentrum in Cuxhaven. Im Einsatzfall werden von hier alle polizeilich notwendigen Erstmaßnahmen eingeleitet, bis die polizeiliche Einsatzleitung auf die zuständige Landesbehörde übergehen.

Die Einrichtung einer Mammut-Behörde als so genannte Nationale Küsten-

wache, wie es vereinzelt noch gefordert wird, generiert, so die Auffassung des Nordverbunds, keinen fachlichen Mehrwert, sondern führt im Gegenteil gerade zum Verlust individueller behördlicher Fachlichkeit. Auch werden die bisherigen Sicherheitspartner nach Abgabe der Aufgaben dazu bewegt, ihre Einsatzmittel drastisch zu reduzieren. Im Ergebnis werden insbesondere in komplexen Schadens- und Terrorlagen noch weniger

Einsatzboote zur Verfügung stehen, so die Kernaussage des aktuellen Positionspapiers „Sicherheit an deutschen Küsten“, das von den Fachausschüssen WSP der Landesbezirke Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern erstellt wurde.

*Michael Kock*

**(DEUTSCHE POLIZEI hatte in der Mai-Ausgabe ausführlich über das Treffen des Nordverbunds berichtet.)**

**QR-Code: Zum Positionspapier des Nordverbundes auf der Homepage der GdP-Niedersachsen**



# forum kriminal- prävention



Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps  
Neues aus der Wissenschaft  
Gewalt an Schulen  
Jugenddelinquenz  
Erziehung und Pädagogik  
Kommunale Prävention  
Einbruchsprävention  
Sicherheitstechnik  
Prävention in Europa  
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –  
**forum kriminalprävention** für nur

**19,-€**  
jährlich,  
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen Sie heute Ihr Abonnement **forum kriminalprävention** um besser informiert zu sein. Als Dankeschön für Ihre Bestellung erhalten Sie diese LED-Lampe für Ihren Schlüsselbund, die Sie auf jeden Fall behalten dürfen. Weitere Informationen über die Zeitschrift und die Stiftung erhalten Sie auf [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de) (auch online-Bestellungen)

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

**Vertrauensgarantie:** Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalenderjahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5 € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei  
Forststr. 3a • 40721 Hilden  
Tel.: 0211/7104-188 • Fax: 0211/7104-4188

dass der Dienstherr bezüglich familiärer Umstände und Lebenssituationen versucht, neue Wege zu gehen. Diese Tatsache sollte als Bereicherung betrachtet werden und nicht als Ungerechtigkeit! Jeder kann plötzlich in der Situation sein, dieses in Anspruch nehmen zu müssen. Dieses Thema betrifft ja nicht nur Frauen in den Polizeien der Länder und des Bundes, sondern auch Männer, die z. B. alleinerziehend sind.

*Daniela Lüllmann, Hannover*

### Zu: GdP-Positionspapier Verfassungsschutz, DP 5/13

Selten seit meinem GdP-Eintritt 1972 habe ich eine solche Leserschrift (Klaus Pedoth, DP 5/13, GdP-Positionspapier Verfassungsschutz) gesehen, aus dem Wust der polemischen und unqualifizierten Äußerungen nur dies herausgegriffen: Natürlich könnte man den Verfassungsschutz auf den Status einer wissenschaftlichen Analysebehörde zurücksetzen. Wer dies möchte, muss sich darüber im Klaren sein, dass operative Aufgaben im Vorfeldbereich einer Gefahrenabwehr dann den Polizeibehörden zu übertragen wären. Ob dies vor dem Hintergrund einer abscheulichen Nazi-Diktatur opportun ist, muss bezweifelt werden. Das Nichterkennen der NSU-Mordserie war zweifellos eine schwere und schmerzhaft Niederlage der Staatsschutzbehörden. Polizei und Verfassungsschutz haben schwerwiegende Fehler zu verantworten. Neben Unzulänglichkeiten einzelner Behörden und Personen ist vor allem die mangelhafte vertikale und horizontale Informationspolitik der Handelnden zu beklagen. Nicht ganz unbedeutend jedoch ist hierbei die Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik. Artikel 73 und 87 unserer Verfassung setzen enge Grenzen für die Entfaltung einer Bundeszuständigkeit, z. B. hier Änderungen zu initiieren und effektive Handlungsspielräume insgesamt zu schaffen, bleibt eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft. Der Vergleich der Verfassungsschutzbehörden mit der Nazi-Ära ist infam und beleidigend. Ebenso die Unterstellung, bewusst (also vorsätzlich) Ermittlungen verzögert oder gar verhindert zu haben. Mir ist in den fast 30 Jahren meiner Arbeit in einer Verfassungsschutzbehörde nur ein Fall bekannt, in dem ein Mitarbeiter sich rechtspopulistisch engagierte. Disziplinarverfahren, Entfernung aus dem Dienst des BfV waren die unmittelbare Folge. Eine „rechtslastige Kontinuität“ innerhalb der Verfassungsschutzbehörden ist mir jedenfalls nicht bekannt. Weiß der Briefschreiber mehr?

Dann soll er es mit Daten und Fakten belegen! Fachwissen und Motivation sind bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verfassungsschutzbehörden, die vor allem im operativen Bereich vielfach aus dem Polizeibereich stammen, vorhanden. Sie arbeiten nicht mit „halber Kraft“. Es gibt keine Arbeitsverweigerung im Bereich Rechtsextremismus, -terrorismus. Wie in allen Zweigen der Bundes- und Länderverwaltungen aber ist in der Vergangenheit auch im Staatsschutzbereich Personal abgebaut worden. Wenn jedoch die „Decke zu kurz ist“ – um es einmal populistisch auszudrücken – können Sie hier und da ziehen, es bleibt immer etwas frei.

*Michael Wurm, per E-Mail*

### Zu: GdP-Interessenvertretung

Durch einen alltäglichen Einsatz sind drei meiner Kollegen und ich in die Mühen der Justiz geraten. Durch die professionelle Hilfe der GdP Kreisgruppe Bochum (namentlich möchte ich hier den Kollegen EPHK Holger Richter erwähnen), die uns sofort mit Rat und Tat zur Seite stand, ist das Verfahren mittlerweile eingestellt worden. Zudem haben wir auch von der KPB Bochum eine faire und sachgerechte Unterstützung erfahren dürfen (hier sei der Kollege EPHK Udo Lotte erwähnt). Hierzu möchte ich meinen Dank aussprechen. Es ist gut zu wissen, Mitglied einer starken Vertretung zu sein.

*Frank Seyock, PP Bochum, per E-Mail*

### Zu: Tarifrunde 2013, DP 5/13

Ich stimme den Ausführungen des Kollegen Djaschi in der Ausgabe DP Mai 2013 hinsichtlich seiner Ausführungen zum Tarifabschluss vollends zu. Seit vielen Jahren haben wir es gerade hier in NRW mit zahlreichen Einschränkungen, Kürzungen und anderen Unannehmlichkeiten zu tun. Hierzu habe ich bereits im Jahr 2001 einen Leerbrief verfasst und überaus positive Resonanz erfahren. Erhöht wurde ich von Euch aber nicht, denn statt Verbesserungen gab es weitere zum Teil weitere deutliche Einschränkungen oder Kürzungen. Dafür höre und lese ich alle zwei Jahre wieder die Floskeln „mehr war dieses Mal nicht möglich“ oder „wir haben Schlimmeres verhindern können“.

Die Abkopplung des Tarifabschlusses in NRW ab der Besoldungsgruppe A 11 durch die Politiker, die alle Jahre wieder durch eine mindestens 2/3 Mehrheit ihre

eigenen Diäten erhöhen, ihr eigenes Weihnachtsgeld auf monatlichen Zahlungen umgelegt haben, dafür aber fast zeitgleich das Urlaubsgeld der Beamtinnen und Beamten gestrichen und das Weihnachtsgeld gekürzt haben, stellt in meinen Augen eine klare Kampfansage der Politik dar. Kampf ist aber nicht nur geforderte Leistung der Basis, indem diese zu Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen aufgefordert werden, sie beinhaltet in meinen Augen auch die Kampfbereitschaft meiner Vertreter, der Funktionäre. Diese vermisste ich nur zu deutlich. Auch über die Medien ist hier nicht viel gelaufen oder publik geworden. Die Worte „wir dürfen uns die Tür zur Politik nicht vollends verschließen“ kann ich nicht mehr hören. Die Politik in NRW (egal welcher Partei) hat die Tür in Richtung Polizei (Beamtenschaft) schon lange verschlossen.

Sollte es hier in NRW bei der Abkopplung des Tarifergebnisses bleiben, die anstehende Dienstrechtsreform noch mehr schmerzliche Einschränkungen beinhaltet, sage ich den Gewerkschaften, egal welcher Polizeigewerkschaft, einen großen Mitgliederschwund voraus. Ich selber, seit über 35 Jahren Mitglied der GdP und seit über 20 Jahren als Mitglied im örtlichen Personalrat für meine Kolleginnen und Kollegen kämpfend, denke über einen solchen Austritt ernsthaft nach. Zu erwähnen bleibt noch, unsere Kreisgruppenarbeit ist mit Schulnoten ausgedrückt als gut zu bezeichnen. Alles, was nach weiter „oben“ führt und mit Tarifpolitik oder Verbesserungen für uns einhergeht, heißt es eher „Setzen – 6“

*Frank Hoffmann, per E-Mail*



Ich komme auf verschiedene Veröffentlichungen der GdP zu einem neuen Attraktivitätsprogramm, insbesondere für Tarifbeschäftigte, zurück. Derzeit ist es gängige Praxis, dass die jungen Verwaltungsfachangestellten nach erfolgreichem Abschluss ihrer Ausbildung im Anschluss einen Zeitvertrag über ein Jahr erhalten oder ihnen dies zumindest angeboten wird. Und jetzt fragen Sie mal, in welcher Entgeltgruppe dies angeboten wird. Die Antwort lautet: E 3.

Aus meiner Sicht sollte sich der Staat schämen, ein solches Angebot abzugeben. Alle Welt redet von Mindestlohn oder Lohnuntergrenzen, und der Staat kommt mit einem unterirdischen Angebot für super ausgebildete junge Leute aus dem Busch. Dass von denen niemand bleiben will, kann man sich ja leicht vorstellen.



Es ist vergleichbar, als wollte man einen frisch ausgebildeten Polizeirat mit A 6 besolden. Ich finde es beschämend und bin zugleich traurig darüber, dass unsere guten Leute zu anderen Verwaltungen abwandern. Ein echtes ATTP III ist wirklich vonnöten!

*Erhard Stock, per E-Mail*

### Zu: Arbeitsplatz Autobahn, DP 5/13

Beim Lesen des Artikels habe ich wieder einmal feststellen können, dass die Polizei das Rad immer wieder neu erfindet. 1997 hatte das Land Hessen seine Autobahnpolizeidienststellen zusammen mit der Wasserschutzpolizei, der Hubschrauberstation und der Fernmeldeleitstelle zu einem „Hessischen Polizeiverkehrsamt“ zusammengefasst, nicht zuletzt auf Initiative der GdP Hessen. Mir war es vergönnt, diese Behörde damals mit aufzubauen und zum 31. Dezember 2000 als dann amtierender Amtsleiter wieder abzuwickeln.

In dieser Zeit beschäftigte uns das Thema „Sicherheit bei der Unfallaufnahme“ nach schweren Unfällen, davon auch einem, bei dem ein Polizeibeamter getötet worden war. Für mich war das Anlass, zusammen mit dem Personalrat und den Technikern der Behörde nach Lösungen zu suchen. Eine Auswertung der Unfälle hatte ergeben, dass – im Gegensatz zu Unfällen mit Streifenfahrzeugen im innerstädtischen Bereich – die Hauptursache im Auffahren auf den stehenden Streifenwagen zu suchen war. Dies war Anlass für folgende Überlegungen, die auch im Landes Hessen umgesetzt worden sind:

Nicht allein die Motorisierung darf ein Kriterium für die Beschaffung von Streifenwagen für die Autobahn sein, sondern die Sicherheit bei Auffahrunfällen; das bedingte per se größere Fahrzeuge, weil die „kleineren“ Streifenwagen keinen ausreichenden Schutz bei Auffahrunfällen bieten! Entscheidend ist die „hintere Knautschzone“, wenn sich Beamte im Fahrzeug bei der Unfallaufnahme befinden. Aber warum fuhren nüchterne, absolut verkehrstüchtige Fahrzeugführer auf Streifenfahrzeuge auf, die schon kilometerweit zu sehen sein mussten?

Der Lösung dieser Frage bin ich selbst auf die Spur gekommen, als ich auf einer Autobahn im Rhein-Main-Gebiet bei sich verdichtendem Verkehr zwei Blaulichter in der Ferne sah und glaubte, dass durch den Streifenwagen, der sich „freie Bahn“ verschafft, auch der Verkehr wieder flüs-

siger werden würde. Als ich aber näher kam, stellte ich fest, dass diese Blaulichter sich nicht freie Bahn verschafften, sondern eine Unfallstelle absicherten. War das die Lösung? Assoziiert der Kraftfahrer bei Blaulicht nicht die Fahrschuleraufnahme, „freie Bahn machen“ und ist dann überrascht, dass da ein Hindernis steht?

Wir haben damals zunächst einen Omega-Streifenwagen mit zusätzlichen Gelbblinkern zwischen dem Lautsprecher und den Blaulichtern auf dem Dach ausgerüstet. Der Erfolg war, dass dieses gesondert schaltbare gelbe Blinklicht deutlich früher auffällt, wie das blaue Blinklicht, was mit der physikalischen Ausbreitung der Farbwellen zusammenhängt. Seit 1999 wurden dann alle Streifenwagen, die auf der Autobahn zum Einsatz kamen, mit diesem dann fest und serienmäßig ausgestatteten doppelten Blinklicht versehen, seit 2010 haben alle Funkwagen in Hessen diese Gelbblinker. Nach meiner Erinnerung hat es seit dem keine Auffahrunfälle bei der Unfallaufnahme mehr gegeben. Der Kraftfahrer registriert das gelbe Blinklicht zuerst als „Warnung vor Arbeitsstellen“ (weil weiter strahlend), ehe er das Blaulicht als Warnung von der Unfallstelle wahrnimmt.

Es war eine „kleine Lösung“, die aber bei jeder Sicherung von Unfall- oder Pannenstellen sofort zur Verfügung steht - zusammen mit einer ausreichenden Knautschzone gegen Auffahrunfälle am Heck aber eine deutliche Verbesserung für die Autobahnpolizei in Hessen (und inzwischen auch für den innerstädtischen Bereich).

Bei meiner Verabschiedung im Jahre 2010 erwähnte der damalige Personalratsvorsitzende Roland Kramer die „Mailichter“ als Beitrag zur Sicherung des Arbeitsplatzes Streifenwagen: kleine Ursache – große Wirkung.

*Rolf Mai, per E-Mail*



Bin selber Autobahnpolizist (Gö-Mengershausen, A7) und kann nur sagen: Guter Artikel. Ich persönlich finde es jetzt nicht so entscheidend, ob wir sechs Leitkegel oder schon fünf Klappschraffen auf dem Auto haben. Entscheidender ist, dass alles was defekt ist, schnell und unkompliziert ausgetauscht wird. Entscheidend ist die funktionierende Zusammenarbeit mit AM und örtlichen Feuerwehren. Bei uns werden regelmäßig, wir haben den Heidkopf-Tunnel, Übungen abgehalten, bei dem das Zusammenspiel der Kräfte verbessert werden soll. Es gibt klare

Handlungsanweisungen, wer was wann zu tun hat, egal ob Tunnelbrand oder schwerem VU. Und das läuft in der Regel gut.

Beklagenswert ist die Tatsache, dass wir uns, neben Audi und einem alten Daimler (340.000 Kilometer) mit einem VW Passat Limo abfinden müssen. Das ist die Frechheit, der Wagen ist völlig ungeeignet, aber irgendwie ist unser zweiter Daimler nicht aus dem Tagesdienst (wo er hauptsächlich in der Garage steht) zurückzuholen. Auch bedauerlich ist der Altersschnitt von 48,5 Jahren und die Tatsache, dass wir als PK mit 61 aus dem Streifenwagen-Rollator in die Pension geschickt werden.

Dem erhöhten Gefährdungspotenzial auf der BAB (quasi ist jeder Einsatz mit einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben verbunden!) wird nichts entgegen gesetzt, die Mot-Pauschale ist seit Jahren abgeschafft, Beförderungen sind hinter dem Horizont nur für andere zu vermuten. Und nicht zuletzt das „arbeiten nach Zahlen“ (-BSC-, schlimmes Wort) schlägt hier auf die Stimmung. Auch das sind Baustellen.

*Holger Patzwall, per E-Mail*



Ich arbeite seit zehn Jahren im Straßenkontrolldienst des Bundesamts für Güterverkehr (BAG). Beim Durchlesen dieses Artikels sind mir einige Parallelen zur Arbeit des BAG aufgefallen. In unserer Behörde wird vehement daran festgehalten, Standkontrollen durchzuführen. Dazu werden die Verkehrszeichen vor der jeweiligen Kontrollstelle aufgeklappt. Um die Schilder an der Mittelleitplanke zu öffnen, muss man die Autobahn überqueren. Dieses ist definitiv gefährlich! Für eine elektronische Beschilderung fehlt in den einzelnen Bundesländern das Geld.

Eingeteilt sind dazu zwei Kontrollfahrzeuge (Sprinter). Diese stehen dann mit eingeschaltetem Blaulicht auf dem Standstreifen. Es kam schon öfter zu heftigen Bremsmanövern anderer Verkehrsteilnehmer und zu brenzligen Situationen. Wenn ich zu diesem Dienst eingeteilt bin, habe ich schon im Vorfeld kein gutes Gefühl, sprich Stress und Unwohlsein bis zu Angst.

In unserem Innendienst wird dieses jedoch schön geredet, weil mit jeder ausgefallenen Standkontrolle die Zahl der kontrollierten Fahrzeuge sinkt. Das Problem ist: Nur das interessiert jedoch die Behörde! Wenn nicht pro Jahr rund 600.000 Fahrzeuge kontrolliert werden,





wird es existenzielle Schwierigkeiten in der Behörde geben, die Sicherheit der Mitarbeiter bleibt dabei – im wahrsten Sinne des Wortes – auf der Strecke! Und die vorgegebene Anzahl der zu kontrollierenden Fahrzeuge steigt von Jahr zu Jahr!

Bei den dann durchgeführten Kontrollen lässt die Verkehrsdichte stellenweise ein gefahrloses Anhalten gar nicht zu. Es gibt allerdings immer noch genügend ältere Kollegen, die der gleichen Meinung wie der Innendienst sind: „Alles halb so schlimm“. Das sind dann die Kollegen die wie Hasen über die Autobahn springen!!

„Ich mache das schon seit zwanzig Jahren, da ist noch nie was passiert!“ Das ist eine Aussage eines „älteren“ Kollegen, alleine diese Aussage zeigt, dass man hier noch viele dicke Bretter bohren muss!!!

Ich habe als einzelner in dieser Behörde leider keine Möglichkeiten, diesen Umstand grundlegend zu ändern. Es gibt wie gesagt einige unbelehrbare ältere Kollegen und dann Mitarbeiter im Innendienst, die einfach nur anordnen!

*Jörg Klemann, per E-Mail*

### Zu: Wechsel beim GdP-Bundes- und Landesvorstand

Schon wieder wird ein Mitglied des Bundesvorstandes unserer Gewerkschaft zum Polizeipräsidenten berufen – in letzter Zeit nach Herrn Richter nun Herr Witthaut (oder darf man noch „Kollege“ sagen?) – Mitgliedschaft im Bundesvor-

stand der GdP als Karriere-Sprungbrett? Ich finde diese Entwicklung (die es zugegebenermaßen auch schon in der Vergangenheit gab) unangenehm und besorgniserregend. Insbesondere im Fall des Bundesvorsitzenden, der ja bekanntlich ein sehr ordentliches Salär der GdP bekommt, bin ich der Meinung, dass von einem Funktionsträger dieses Kalibers erwartet werden kann und muss, dass er die gesamte Amtszeit, für die er bewusst kandidiert, auch zur Verfügung steht (schwere Krankheitsfälle ... natürlich ausgenommen).

Für die Zukunft rege ich an, die potenziellen Nachfolger (zumindest moralisch) darauf festzulegen, dass sie nicht „während der Schlacht das Schlachtfeld verlassen“. *Matthias Pusch, Hamburg*



## SENIOREN

### Angemerkt

Reisen bildet. Um zehn Prozent ist in den letzten fünf Jahren der Anteil der über 65-Jährigen gestiegen. Rund 15 Prozent aller Reisen werden von Menschen über 65 unternommen. Der Reisemarkt boomt, die Anbieter bauen ihre Angebote für Senioren aus. Sie wissen: die heutigen Senioren sind gesünder, rüstiger und reisefreudiger, sicher auch, weil sie finanziell unabhängiger sind. Und weil sie reiseerfahren sind, haben sie auch bestimmte Erwartungen an die Veranstalter. In den aktuellen BAGSO-Nachrichten nimmt das Thema breiten Raum ein.

Sind Busse mit hohen Stufen und ohne WC als Reisebusse überhaupt akzeptabel? Sicher nicht. Wie sieht es aus im Bereich der Dienstleistungen? Wer hilft (nicht nur) beim Reiseantritt die Koffer zu tragen?

Wie werden Alleinreisende betreut?



Zwei von drei Frauen über 75 sind alleinstehend. Wie sind Einzelzimmer unter diesem Gesichtspunkt ausgestattet? Wo werden Alleinstehende in Restaurants platziert, müssen sie am „Katzentisch“ sitzen?

Wie sieht es in Hotels aus. Haben Treppen an beiden Seiten Handläufe? Müssen die Sessel im Foyer der Hotels so tief und ohne Armlehne sein? Ältere haben große Schwierigkeiten beim Aufstehen und setzen sich also gar nicht erst hin. Wie ist das mit Haltegriffen in Duschen und an Badewannen. Sind WC's in Sitzhöhe? Wie findet man nachts den Weg zur Toilette?

Sind Lampen am Bett so angebracht, dass man lesen kann? Gibt es Kopfhörer für Fernseher? Denn den Fernseher laut stellen, stört die Nachbarn. Das muss nicht sein.

Wie sieht es mit der Verpflegung aus: Große Abendessen mit mehreren Gängen am späten Abend gelten nicht als seniorenfreundlich. Ältere Menschen brauchen weniger Schlaf und sind oft früh auf den Beinen. Ab wann bekommen sie ein Frühstück angeboten? Oder wenigstens einen Kaffee oder Tee? Oder könnte, vielleicht sollte, das auf den Zimmern möglich sein und dort ein Wasserkocher, Teebeutel und Instantkaffee angeboten werden?

Nicht zuletzt: welche – bezahlbaren – Angebote werden für Pflegebedürftige beziehungsweise für pflegende Angehörige gemacht? Da geht es um Kurzzeitpflegelplätze und flexible Betreuungsdienste als Urlaubsvertretung.

Natürlich sollten Reisen in jedem Fall gut geplant sein. Dazu gehört es, rechtzeitig mit dem Arzt über Reisepläne sprechen, nicht nur, wenn chronische Erkrankungen oder Behinderungen vorhanden sind. Oder: wie sieht's aus mit der Krankenversicherung für Reisen ins Ausland? Oder einer Reiserücktrittsversicherung? Wertvolle Tipps kann man auch im Internet bekommen, beispielsweise unter [www.reisemed-experten.de](http://www.reisemed-experten.de).

„Personen, die viel auf Reisen sind und immer neue Orte und Menschen sehen, zeichnen sich durch eine gewisse Lebensfrische aus, an der es denen mangelt, die jahrein, jahraus am selben Platz leben.“ Prentice Mulford (1834 - 1891)

In diesem Sinne wünscht der Bundesseniorenvorstand allen eine schöne Reisezeit mit belebenden Eindrücken und Erinnerungen.

*Anton Wiemers,  
Bundesseniorenvorsitzender*



## Ein Nevigeser in Berlin

In der Mai-Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI berichtete Historikerin Laura Ede über die Zerschlagung der Gewerkschaften unter der nationalsozialistischen Diktatur. Ede berichtet in ihrem Geschichtsabriss mit einem Portrait Magnus Heimannsbergs auch über einen wichtigen Wegbereiter der GdP. Er war der letzte Vorsitzende des Schrader-Verbandes, der GdP-Vorgängerorganisation.



Buchautor Henri Schmidt hat Heimannsberg gleich ein ganzes Buch gewidmet. Mit dieser komplett überarbeiteten Darstellung der beruflichen Karriere des Magus Heimannsberg schließt Schmidt zudem eine Lücke in der lokalen Geschichtsschreibung der Stadt Velbert geschlossen. Versehen mit bisher unbekanntem Dokumenten, versetzt der Autor den Leser in die Wirren der Weimarer Republik und zeigt die Abhängigkeit des einzelnen Menschen von den politischen Ereignissen im 20. Jahrhundert auf.

**Ein Nevigeser in Berlin, Henri Schmidt, SCALA Verlag, 2013, 76 Seiten, 7 Euro, Bezug direkt beim Autoren: Henri Schmidt, Von-Behring-Str. 59, 42549 Velbert**

## POLIZEIPRAXIS – das Polizei-Fachmagazin neu beim VDP!

POLIZEIPRAXIS ist das Fachmagazin für Polizisten, die im Einsatz auf sicheren Arbeitsschutz, praktische Einsatzmittel und Informationen über neueste Entwicklungen im Bereich der Arbeitsmittel Wert legen. POLIZEIPRAXIS erscheint einmal jährlich, die nächste Ausgabe ist für Frühjahr 2014 geplant. GdP-Mitglieder können sich – solange der Vorrat reicht – ein Exemplar der aktuellen POLIZEIPRAXIS unter der E-Mail: [av@polizei.de](mailto:av@polizei.de) kostenlos bestellen.



### AUSSTELLUNG „RAF – Terror im Südwesten“

Im Mittelpunkt der Ausstellung im Stuttgarter Haus der Geschichte Baden-Württemberg steht die Auseinandersetzung von Staat und Gesellschaft mit den Taten der RAF. Veranschaulicht wird auch wie die Polizei die terroristische Herausforderung bewältigte.

Die Sonderausstellung läuft vom 14. Juni 2013 bis 23. Februar 2014. Mehr unter [www.raf-ausstellung.de](http://www.raf-ausstellung.de) und in der nächsten Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI.

## Neu auf PolizeiDeinPartner.de

PolizeiDeinPartner.de, das Präventionsportal der VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung, ein Unternehmen der GdP, veröffentlicht jeden Monat neue Informationen rund um Themen der polizeilichen Prävention, z. B. Informationen über neue Drogen, Hinweise über Änderungen der Straßenverkehrsordnung oder neue Techniken im Einbruchschutz. So finden Interessierte ab Anfang Juni folgende Artikel neu auf PolizeiDeinPartner.de:

- **Interaktive Funkstreifenwagen**
- **Bußgelder treffen oft härter als Geldstrafen**
- **Amokplan an Schulen**
- **Alkohol im Alter**

Über den einmal monatlich erscheinenden Newsletter können sich die Nutzer von [PolizeiDeinPartner.de](http://www.polizei-dein-partner.de) über die aktuellen Berichte und Artikel informieren. Der Newsletter kann hier abonniert werden: <http://www.polizei-dein-partner.de/nc/service/newsletter.html>



Nr. 6 • 62. Jahrgang 2013 •  
Fachzeitschrift und Organ der  
Gewerkschaft der Polizei



**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**  
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Deutsche  
**Polizei**

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon Berlin** (030) 399921-0 Fax (030) 399921-200  
**Internet:** [www.gdp.de](http://www.gdp.de)

**Chefredakteur/Leiter Abt. Presse:**  
Rüdiger Holecek,  
**Stellv. Chefredakteurin/Stellv. Leiterin Abt. Presse:**  
Marion Tetzner  
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,**  
10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113, - 117,  
Fax (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** [gdp-pressestelle@gdp.de](mailto:gdp-pressestelle@gdp.de)  
**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf [www.gdp.de](http://www.gdp.de) und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,  
Fax (0211) 7104-174  
**E-Mail:** [av@vdpolizei.de](mailto:av@vdpolizei.de)

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35 vom 1. Januar 2013



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
177.245 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887

### Titel

Foto:  
Rembert Stolzenfeld  
Gestaltung:  
Rembert Stolzenfeld



# Kommentare zum Polizeirecht



## Bundespolizeigesetz

Kommentar

Von **Dietrich Heesen, Jürgen Hönle, Andreas Peilert** und **Helgo Martens**. Unter Mitarbeit von Karsten Fehn, Ralf Gnüchtel, Friedrich-Alexander Hoppe, Cornelia Mehrings, Steffen Richter.

5. Auflage 2012, 1496 Seiten DIN A 5, Hardcoverausgabe m. Fadenheftung  
ISBN 978-3-8011-0590-7  
79,90 € [D].

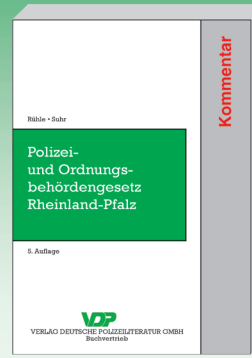
Dieser praxisorientierte Kommentar richtet sich an alle, die mit Fragen des Bundespolizeirechts und des Zwangsrechts des Bundes befasst sind. Das Werk wurde von den Autoren komplett überarbeitet und aktualisiert. Dabei orientiert sie sich in Aufbau und Inhalt an den Voraufgaben, die maßgeblich durch Professor Dietrich Heesen, der zugleich eine der herausragenden Persönlichkeiten des damaligen Bundesgrenzschutzes war, mitgeprägt wurden.

### Die Autoren:

*Jürgen Hönle*, Abteilungspräsident i. BGS a. D.

*Helgo Martens*, Polizeiberrat i. d. Bundespolizei.

*Prof. Dr. Andreas Peilert*, Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Lübeck.



## Polizei- und Ordnungsbehördengesetz Rheinland-Pfalz

Kommentar

Von **Dietrich G. Rühle** und **Hans Jürgen Suhr**.

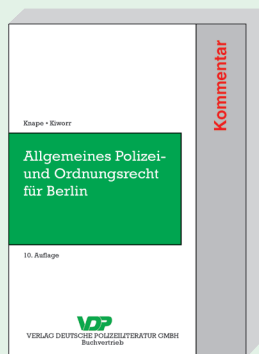
5. Auflage 2012, 592 Seiten, DIN A 5, Hardcoverausgabe m. Fadenheftung  
ISBN 978-3-8011-0660-7  
59,90 € [D].

Dieses Buch vermittelt sowohl dem Praktiker als auch dem Lernenden die Grundzüge und die Besonderheiten des rheinland-pfälzischen POG. Für denjenigen, dem diese Materie noch fremd ist, bietet es eine schnell verständliche, zum Teil mit Skizzen angereicherte Grundlage, die Strukturen zu erfassen. Für den Praktiker, der Lösungen zu einzelnen Problemen sucht, geht das Buch auf die gängigen Fälle ein. Eingehend behandelt werden auch die landesspezifischen Besonderheiten in Rheinland-Pfalz.

### Die Autoren:

*Dietrich G. Rühle*, Regierungsdirektor, Jurist, Dozent für Polizeirecht und Allgemeines Verwaltungsrecht an der FHÖV RP.

*Hans Jürgen Suhr*, Polizeidirektor a. D. und Dozent für Polizeirecht und Eingriffsrecht an der FHÖV RP.



## Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht für Berlin

Kommentar

Von **Michael Knappe** und **Ulrich Kiworr**.

10. Auflage 2009, 976 Seiten, DIN A 5, Hardcoverausgabe m. Fadenheftung  
ISBN 978-3-8011-0611-9  
59,90 € [D].

Das vorliegende, bereits in mehreren Auflagen bewährte Studienbuch kommentiert eingehend die einzelnen Vorschriften des ASOG Berlin. Insoweit kann es auch bei der Auslegung der Polizeigesetze anderer Bundesländer von Nutzen sein.

Es enthält ferner einen Überblick über Ursprung und Entwicklung der Polizei- und Ordnungsverwaltung sowie eine Reihe von ergänzenden Vorschriften.

### Die Autoren:

*Prof. Michael Knappe*, Direktor beim Polizeipräsidenten, Leiter der Polizeidirektion 6 in Berlin, Honorarprofessor an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin.

*Ulrich Kiworr*, Vorsitzender Richter am Landgericht Berlin und Dozent im Fachbereich Polizeivollzugsdienst der Fachhochschule.



## Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen

Kommentar

Von **Lambert Josef Tetsch** und **Marcello Baldarelli**.

1. Auflage 2011, 1 040 Seiten, DIN A 5, Hardcoverausgabe m. Fadenheftung  
ISBN 978-3-8011-0654-6  
59,90 € [D].

Der Studien- und Praxiskommentar verfolgt das Ziel, sowohl in das Polizeirecht des Landes Nordrhein-Westfalen einzuführen als auch spezielle Problemstellungen in der Prävention vertiefend darzustellen.

Die Autoren haben sich dabei nicht nur von der gängigen Rechtsprechung leiten lassen, sondern auch zahlreiche praktische Fälle thematisiert und mit Lösungen versehen.

### Die Autoren:

*Lambert Josef Tetsch*, Polizeidirektor a. D.

*Marcello Baldarelli*, Erster Polizeihauptkommissar.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb**

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: [vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de](mailto:vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de) • [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

Wer will schon so sein wie andere?

# Wir machen Sie einzigartig!

Travel Cover vereint  
Eleganz, Funktionalität und  
Strapazierfähigkeit in einem.  
Hochwertiges schwarzes  
Polyester/Polycarbonat-  
Material gibt dieser  
Reise-Serie das gewisse Etwas.

Mit individuell gestaltetem  
Front-Cover - ein Unikat  
auf jedem Gepäckband.



## Rucksack Cover

Gepolsterter Rücken, verstellbare  
Schultergurte, Netzfächer seitlich,  
Reißverschluss- und Laptopfach  
innen.

Maße: 39 x 30 x 15 cm

Gewicht: 1,6 kg.

**25-5614**

**65,95 €**



## Trolley Cover mit 4 Rollen 55 cm

Ausziehbarer Griff, TSA-Schloss, 2 Netz-  
fächer mit Reißverschluss, verstellbare  
Packriemen. Handgepäck geeignet.

Größe: 55 x 35 x 22 cm

Gewicht: 3,8 kg.

**25-5714**

**99,95 €**



## Trolley Cover mit 4 Rollen 67 cm

Ausziehbarer Griff, TSA-Schloss,  
2 Netzfächer mit Reißverschluss,  
verstellbare Packriemen.

Größe: 67 x 45 x 26 cm

Gewicht: 4,8 kg.

**25-5814**

**101,95 €**



**Wichtig:** Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten.  
Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung!  
Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:

**Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH**

Postfach 309 · 40703 Hilden · Tel.: 0211/7104-168 · Fax: -4165 · [osg.werbemittel@gdp.de](mailto:osg.werbemittel@gdp.de) · [www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)